

# Stenographischer Bericht

## 29. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

IX. Gesetzgebungsperiode – 10. Juli 1981

### Inhalt:

#### Auflagen:

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 601/1, betreffend Amtsräumbeschaffung für die Rechtsabteilung 1 in Graz, Dietrichsteinplatz 15, Erwerb der Wohnung von Frau Anneliese Rucker um 1,3 Millionen S (1316);

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 602/1, betreffend Bericht der Steiermärkischen Landesregierung an den Landtag über die erfolgten Übernahmen von Ausfallhaftungen im Jahre 1980;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 604/1, über den Stand und die Gebarung des Wohnbauförderungsfonds für das Land Steiermark (Landeswohnbauförderungsgesetz 1974) im Jahre 1979;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 605/1, über den Stand und die Gebarung des Wohnbauförderungsfonds für das Land Steiermark (Landeswohnbauförderungsgesetz 1974) im Jahre 1980;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 606/1, betreffend Ausfallhaftung des Landes, Ermächtigung der Steiermärkischen Landesregierung für weitere 100 Millionen S Haftungen zu übernehmen;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 607/1, betreffend die Genehmigung der Rechnungsabschlüsse des Landes Steiermark für die Rechnungsjahre 1977 und 1978 sowie den Bericht des Rechnungshofes über das Ergebnis seiner Gebarungsprüfung;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 407/4, zum Antrag der Abgeordneten Brandl, Zinkanell, Sponer, Erhart und Genossen, betreffend den Abschluß einer Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG zur Sicherung eines ausgewogenen Verhältnisses von Wald und Wild;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 504/3, zum Antrag der Abgeordneten Kirner, Loidl, Sponer, Erhart und Genossen, betreffend die Tätigkeit der Aufsichtsorgane gemäß § 35 des Lebensmittelgesetzes 1975 in der Steiermark;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 233/5, zum Antrag der Abgeordneten Harmtodt, Neuhold, Dr. Dorfer, Trummer und Schrammel, betreffend Anschluß der südöstlichen Steiermark an die Südautobahn;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 546/1, zum Antrag der Abgeordneten Loidl, Hammerl, Dr. Strenitz, Zinkanell und Genossen, betreffend die Errichtung eines Gehweges entlang der Peter-Rosegger-Straße in Graz (1316).

#### Zuweisungen:

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 601/1, 602/1, 604/1, 605/1 und 606/1 dem Finanz-Ausschuß (1316).

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 607/1 dem Kontroll-Ausschuß (1316).

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 407/4 dem Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß (1316).

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 504/3 dem Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz (1316).

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 233/5 und 546/1 dem Verkehrswirtschaftlichen Ausschuß (1316).

Antrag der Abgeordneten Feldgrill, Dipl.-Ing. Schaller, Univ.-Prof. Dr. Schilcher und Kollmann, betreffend die Schaffung von 1000 neuen Wohneinheiten im Rahmen eines Geschoßbauten-Sonderprogramms und einer weiteren Verbesserung der Förderung im Rahmen der Hausstandsgründung für Jungfamilien der Landesregierung (1316).

#### Anträge:

Antrag der Abgeordneten Feldgrill, Dipl.-Ing. Schaller, Univ.-Prof. Dr. Schilcher und Kollmann, betreffend die Schaffung von 1000 neuen Wohneinheiten im Rahmen eines Geschoßbauten-Sonderprogramms und einer weiteren Verbesserung der Förderung im Rahmen der Hausstandsgründung für Jungfamilien (1316).

Antrag der Abgeordneten Aichhofer, Präsident Buchberger, Direktor Dr. Dorfer, Dr. Eichtinger, Präsident Feldgrill, Klasnic, Harmtodt, Präsident Dr. Heidinger, Schützenhöfer, Kanduth, Kollmann, Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren, Lackner, Lind, Dr. Maitz, Grillitsch, Neuhold, Dr. Pfohl, Dr. Piaty, Pinegger, Pörtl, Pranch, Ritzinger, Dr. Schilcher, Schrammel, Schwab, DDr. Stepantschitz, Ing. Stoisser und Trummer, betreffend aktuelle Bedrohungen steirischer Arbeitsplätze und die besondere Verantwortung der Bundesregierung gegenüber den steirischen Arbeitsplätzen (1316).

#### Dringliche Anfrage:

Dringliche Anfrage der Abgeordneten Aichhofer, Präsident Buchberger, Direktor Dr. Dorfer, Prof. Dr. Eichtinger, Feldgrill, Harmtodt, Dr. Heidinger, Kanduth, Klasnic, Kollmann, Univ.-Prof. Dr. Koren, Grillitsch, Lackner, Lind, Dr. Maitz, Neuhold, Dr. Pfohl, Dr. Piaty, Pinegger, Pörtl, Pranch, Ritzinger, Dipl.-Ing. Schaller, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Schrammel, Schützenhöfer, Schwab, DDr. Stepantschitz, Ing. Stoisser und Trummer, betreffend aktuelle Bedrohungen steirischer Arbeitsplätze und die besondere Verantwortung der Bundesregierung gegenüber den steirischen Arbeitsplätzen an den Landeshauptmann Dr. Josef Krainer.

Begründung der dringlichen Anfrage: Abgeordneter Dr. Eichtinger (1317).

Beantwortung der dringlichen Anfrage: Landeshauptmann Dr. Krainer (1317).

Redner: Abgeordneter Ing. Stoisser (1319), Abgeordneter Ing. Turek (1320), Abgeordneter Loidl (1322), Abgeordneter Schrammel (1323), Abgeordneter Prensberger (1324), Abgeordneter Dr. Heidinger (1326), Abgeordneter Zinkanell (1327), Landesrat Koerner (1328), Abgeordneter Dr. Dorfer (1328), Abgeordneter Ileschitz (1330), Abgeordneter Kollmann (1332), Landeshauptmannstellvertreter Gross (1333), Landesrat Dipl.-Ing. Fuchs (1334), Abgeordneter Dr. Strenitz (1337).

Annahme des Antrages (1337).

#### Verhandlungen:

1. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 567/1, betreffend Österreichisches Rotes Kreuz, Landesverband Steiermark, Errichtung eines Einsatzzentrums in Graz, Übernahme einer Ausfallhaftung für ein Darlehen in der Höhe von 17 Millionen S.

Berichterstätter: Abgeordneter Brandl (1337).

Annahme des Antrages (1337).

2. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 606/1, betreffend Ausfallhaftung des Landes; Ermächtigung der Steiermärkischen Landesregierung für weitere 100 Millionen S Haftung zu übernehmen.

Berichterstatter: Abgeordneter Brandl (1337);  
Annahme des Antrages (1338).

3. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl. 601/1, betreffend Amtsraumbeschaffung für die Rechtsabteilung 14 in Graz, Dietrichsteinplatz 15, Erwerb der Wohnung von Frau Anneliese Rucker um 1,3 Millionen S.

Berichterstatter: Abgeordneter Brandl (1338).  
Annahme des Antrages (1338).

4. Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl. 579/1, der Abgeordneten Aichhofer, Buchberger, Dr. Dorfer, Prof. Dr. Eichtinger, Feldgrill, Grillitsch, Harms, Dr. Heindinger, Kanduth, Kollmann, Univ.-Prof. Dr. Koren, Lackner, Lind, Dr. Maitz, Neuhold, Dr. Pfohl, Dr. Piaty, Pinegger, Pörtl, Pranch, Ritzinger, Dipl.-Ing. Schaller, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Schrammel, Schwab, Dr. Stepantschitz, Ing. Stoisser und Trummer, betreffend vorzeitige Auflösung des Landtages.

Berichterstatter: Abgeordneter Dipl.-Ing. Schaller (1338).

Redner: Abgeordneter Pörtl (1338), Abgeordneter Ing. Turek (1339), Erster Landeshauptmannstellvertreter Gross (1342), Abgeordneter DDR Stepantschitz (1344), Abgeordneter Dr. Strenitz (1345), Abgeordneter Ritzinger (1348), Abgeordneter Dr. Horvatek (1348), Abgeordneter Dr. Schilcher (1350), Abgeordneter Dr. Strenitz (1351), Landeshauptmann Dr. Krainer (1352).

Annahme des Antrages (1354).

Beginn: 10 Uhr

**Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren:** Hohes Haus!

Es findet heute die 29. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der laufenden IX. Gesetzgebungsperiode als außerordentliche Tagung statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, besonders die Mitglieder der Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer an der Spitze und die Damen und Herren des Bundesrates.

Die Tagesordnung zur heutigen Sitzung ist Ihnen zugegangen.

Wird dagegen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Folgende Geschäftsstücke liegen heute auf, die ich wie folgt zuweise:

dem Finanz-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 601/1, betreffend Amtsraumbeschaffung für die Rechtsabteilung 14 in Graz, Dietrichsteinplatz 15, Erwerb der Wohnung von Frau Anneliese Rucker um 1,3 Millionen S ( );

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 602/1, betreffend Bericht der Steiermärkischen Landesregierung an den Landtag über die erfolgten Übernahmen von Ausfallhaftungen im Jahre 1980;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 604/1, über den Stand und die Gebarung des Wohnbauförderungsfonds für das Land Steiermark (Landeswohnbauförderungsgesetz 1974) im Jahre 1979;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 605/1, über den Stand und die Gebarung des Wohnbauförderungsfonds für das Land Steiermark (Landeswohnbauförderungsgesetz 1974) im Jahre 1980;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 606/1, betreffend Ausfallhaftung des Landes, Ermächtigung der Steiermärkischen Landesregierung für weitere 100 Millionen S Haftungen zu übernehmen;

dem Kontroll-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 607/1, betreffend die Genehmigung der Rechnungsabschlüsse des Landes Steiermark für die Rechnungsjahre 1977 und 1978 sowie den Bericht des Rechnungshofes über das Ergebnis seiner Gebarungsprüfung;

dem Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 407/4, zum Antrag der Abgeordneten Brandl, Zinkanell, Sponer, Erhart und Genossen, betreffend den Abschluß einer Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG zur Sicherung eines ausgewogenen Verhältnisses von Wald und Wild;

dem Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 504/3, zum Antrag der Abgeordneten Kirner, Loidl, Sponer, Erhart und Genossen, betreffend die Tätigkeit der Aufsichtsorgane gemäß § 35 des Lebensmittelgesetzes 1975 in der Steiermark;

dem Verkehrswirtschaftlichen Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 233/5, zum Antrag der Abgeordneten Harms, Neuhold, Dr. Dorfer, Trummer und Schrammel, betreffend Anschluß der südöstlichen Steiermark an die Südautobahn;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 546/1, zum Antrag der Abgeordneten Loidl, Hammerl, Dr. Strenitz, Zinkanell und Genossen, betreffend die Errichtung eines Gehweges entlang der Peter-Rosegger-Straße in Graz.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Eingebracht wurde heute folgender Antrag, den ich gleichzeitig der Landesregierung zuweise, und zwar:

den Antrag der Abgeordneten Feldgrill, Dipl.-Ing. Schaller, Univ.-Prof. Dr. Schilcher und Kollmann, betreffend die Schaffung von 1000 neuen Wohneinheiten im Rahmen eines Geschoßbauten-Sonderprogramms und einer weiteren Verbesserung der Förderung im Rahmen der Hausstandsgründung für Jungfamilien.

Eingebracht wurde weiters eine dringliche Anfrage der Abgeordneten Aichhofer, Buchberger, Dr. Dorfer, Prof. Dr. Eichtinger, Feldgrill, Harms, Dr. Heindinger, Kanduth, Klasnic, Kollmann, Univ.-Prof. Dr. Koren, Grillitsch, Lackner, Lind, Dr. Maitz, Neuhold, Dr. Pfohl, Dr. Piaty, Pinegger, Pörtl, Pranch, Ritzinger, Dipl.-Ing. Schaller, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Schrammel, Schützenhöfer, Schwab, DDR Stepantschitz, Ing. Stoisser

und Trummer, betreffend aktuelle Bedrohungen steirischer Arbeitsplätze und die besondere Verantwortung der Bundesregierung gegenüber den steirischen Arbeitsplätzen an den Landeshauptmann Dr. Josef Krainer.

Diese Anfrage hat die gemäß § 58 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages erforderliche Unterstützung.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger das Wort zur Begründung der dringlichen Anfrage.

**Abg. Dr. Eichtinger:** Hohes Haus, Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Diese dringliche Anfrage nach Paragraph 58 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages ist unterzeichnet von den Abgeordneten Aichhofer, Präsident Buchberger, Dr. Dorfer, Dr. Eichtinger, Präsident Feldgrill, Kommerzialrat Harntodt, Dr. Heidingger, Kanduth, Klasnic, Kollmann, Landtagspräsident Univ.-Prof. Dr. Koren, Grillitsch, Lackner, Lind, Dr. Maitz, Neuhold, Dr. Pfohl, Dr. Piaty, Pinegger, Pörtl, Pränckh, Ritzinger, Dipl.-Ing. Schaller, Dr. Schilcher, Schrammel, Schützenhöfer, Schwab, DDr. Stepantschitz, Ing. Stoisser und Trummer. Sie betrifft aktuelle Bedrohungen steirischer Arbeitsplätze und die besondere Verantwortung der Bundesregierung gegenüber den steirischen Arbeitsplätzen. Zu dieser dringlichen Anfrage gebe ich nun folgende Begründung:

Neben den bekannten Problemen in den verstaatlichten Betrieben der VÖEST-Alpine und der Vereinigten Edelstahlwerke, in den Zellstoffwerken von Leykam und Pöls befinden sich die Arbeitsplätze, in den Betrieben von Eumig Fürstenfeld und Fohnsdorf, die ebenfalls im Eigentum einer verstaatlichten Bank stehen, bei Felten-Guilleaume - im Besitz eines luxemburgischen Konzerns - sowie die in der Solo-Zündholz-Ges. m. b. H. Deutschlandsberg, die einem schwedischen Konzern gehört, in großer Gefahr.

Alle steirischen Regionen, sowohl die Obersteiermark als auch die Zentral- und Grenzgebiete der Ost-, Süd- und Weststeiermark, sind von Entlassungen und Betriebsschließungen bedroht.

Während der Bund im Wiener Zentralraum, dessen Arbeitsplätze ohnehin nur mehr durch Tausende Pendler besetzt werden können, für Großprojekte Milliardenförderungen zur Verfügung stellt, fehlen für dringende steirische Arbeitsplatzprojekte die notwendigen Budgetmittel - zum Beispiel verstärkte Grenzlandförderung, beschleunigter Ausbau der Schnellstraßen durch die Mur-Mürz-Furche usw.

Herr Landeshauptmann, welche Maßnahmen ergreifen Sie beziehungsweise haben Sie ergriffen, damit die Bundesregierung ihrer Verantwortung gegenüber den steirischen Arbeitsplätzen sowohl in den genannten aktuellen Beispielen als auch im allgemeinen nachkommt?

Die gefertigten Abgeordneten stellen gleichzeitig nach Paragraph 58 Absatz 4 der Geschäftsordnung den Antrag, über dieses Thema die Wechselrede durchzuführen.

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer das Wort zur Beantwortung der dringlichen Anfrage.

**Landeshauptmann Dr. Krainer:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich beantworte die dringliche Anfrage wie folgt:

Seit meiner Amtsübernahme als Landeshauptmann habe ich, beginnend mit dem 4. Juli 1980, in all meinen Aussprachen und Briefwechseln, oftmals auch zusammen mit dem Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter Gross, mit dem Bundeskanzler und den Vertretern der Bundesregierung, nachdrücklich auf den besonderen, auf den verstärkten Förderungsanspruch der Steiermark durch den Bund hingewiesen. Dieser ist durch eine Reihe von Studien, wie auch in diesem Hohen Haus immer wieder ausgeführt, untermauert. So sagt die Prognose der Österreichischen Raumordnungskonferenz: Während bis Mitte der achtziger Jahre im Wiener Zentralraum rund 110.000 zusätzliche Arbeitskräfte Beschäftigung finden werden, fehlen in den Grenzgebieten Ober- und Niederösterreichs, des Burgenlandes, Kärntens und der Steiermark rund 110.000 Arbeitsplätze. Ich habe daher dem Herrn Bundeskanzler Dr. Kreisky zusammen mit Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter Gross, Herrn Landesrat Dr. Klauser und Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Hans-Georg Fuchs anlässlich unserer Vorsprache in Wien ein Memorandum für ein alle Regionen und Bereiche unseres Landes umfassendes Übereinkommen zur Arbeitsplatzsicherung in der Steiermark überreicht, in dessen Rahmen der Bund seine Verantwortung in verstärktem Maße wahrnehmen muß, und wir haben auch dort ausdrücklich erklärt, daß wir auf eine rasche Erfüllung drängen. Durch unseren klaren - und wie ich mit gutem Recht sagen kann - gemeinsamen steirischen Standpunkt haben wir in diesen Fragen auch einige erste Erfolge erzielen können. Ich denke an die Verschiebung des Baues UN-Konferenzzentrum, das Gegenstand unserer persönlichen Verhandlung war, und an die wesentliche Reduktion der Freisetzung nach den ersten Horrorzahlen des Booz-Allan-Gutachtens bei den VEW. Ich habe auch immer wieder ohne Pathetik und aus Überzeugung, die, glaube ich jedem verantwortungsbewußten Steirer innewohnt, erklärt, wir kämpfen um jeden steirischen Arbeitsplatz, und das gilt für alle Bereiche und für alle Regionen. Wir werden auch ohne Vernachlässigung aller anderen Bereiche den Klein- und Mittelbetrieben unsere besondere Aufmerksamkeit auch in der Zukunft schenken, die das starke Rückgrad der steirischen Wirtschaft bilden und vor allem auch in den Rezessionsjahren, wie wir alle wissen und dies auch wissenschaftlich untermauert ist, die Arbeitsplätze am besten gesichert haben. Von den 29.411 Betrieben in der Steiermark sind bekanntlich nur 29 Betriebe mit über 1000 Beschäftigten, über 98 Prozent der Betriebe sind Klein- und Mittelbetriebe mit bis zu 100 Beschäftigten. Das heißt nicht, den einen gegen den anderen ausspielen, es gibt Komplimentärfunktionen, aber es ist ganz klar, daß auch das zahlenmäßige Schwergewicht auf diesen Klein- und Mittelbetrieben und insbesondere in der Beschäftigungspolitik liegt. Wir haben ungeachtet der formalen Kompetenzen ganz außerordentliche Kraftanstrengungen des Landes dort gesetzt, wo es um steirische Interessen und um steirische Arbeitsplätze geht. So haben wir 1,5 Milliarden miteinander für die reine Bundesaufgabe Autobahnbau zur Verfügung gestellt,

so geben wir für die VEW 1981 und 1982 je 100 Millionen Schilling aus Landesmitteln, obwohl der Bund Alleineigentümer ist und auch trotz der Tatsache, daß das Landesbudget – wie bekannt – nicht einmal 5,4 Prozent des Bundesbudgets umfaßt.

Die aktuellen Beispiele, die in der Anfrage genannt wurden, unterstreichen in besonders dramatischer Weise die letzten Tage, und jeder weiß, der die Probleme kennt, daß hier kein falscher Akzent der Dramatisierung gesetzt wurde. Wir wissen, daß der Bund und wir rasch und in verstärktem Ausmaße unseren Verpflichtungen nachkommen müssen; der Bund vor allem als Alleineigentümer der verstaatlichten Industrie für die verstaatlichten Betriebe. Mit tiefster Sorge haben wir alle die Äußerungen eben von Generaldirektor Apfalter gehört, daß im Bereich der VÖEST-Alpine potentiell 3000 Arbeitsplätze gefährdet seien, und ich habe ihn und den verantwortlichen Eigentümervertreter, den Herrn Bundeskanzler, um eine rasche Aufklärung dieser Aussagen telegraphisch ersucht. Ich freue mich, daß der Herr Bundeskanzler, ohne daß ich auf die Form seiner Antwort eingehen will, die zu beurteilen ich nach den heutigen Pressemeldungen gerne jedem einzelnen Steirer überlasse, so prompt reagiert hat.

Ich sage auch ganz unpolemisch, ich glaube nicht – ich bedauere es eigentlich, daß dieser Ton seitens des Bundeskanzlers eingeschlagen wurde –, daß die Menschen unseres Landes unseren gemeinsamen Einsatz für die Arbeitsplätze als lächerlich betrachten, und ich werde mich in keiner Weise in meinem Engagement beirren lassen. Gleichwohl ist es erstaunlich, daß ein so hochangesehener und qualifizierter Manager der Verstaatlichten wie Generaldirektor Apfalter innerhalb weniger Stunden fehlinterpretiert wird, nachdem er in allen Zeitungsmeldungen am Tag vorher und auch im ORF durchgehend anders zitiert wurde. Ich bin auch davon überzeugt – ich sage Ihnen das –, daß es sich um keine Fehlinterpretation durch die Journalisten gehandelt hat. Ich freue mich aber, daß zum Ausdruck gebracht wurde, daß keine aktuelle Bedrohung unmittelbar besteht, und für diese Aufklärung bin ich auch als Landeshauptmann sehr dankbar.

Die steirischen Betriebe der verstaatlichten Industrie haben bereits in den letzten zehn Jahren 3000 Arbeitsplätze verloren – wie wir alle wissen –, und ich habe daher im vergangenen Herbst die Erstellung eines umfassenden Stahlplanes für die private und die verstaatlichte Industrie gefordert, der die langfristige Sicherung der Arbeitsplätze in der Eisen- und Stahlindustrie durch zukunftsweisende Investitionen an allen Betriebsstandorten gewährleisten soll.

Unser steirischer Standpunkt ist klar. Es darf in der Verstaatlichten keine Kündigungen ohne Ersatzarbeitsplätze geben, denn der Eigentümer Bund hat in diesen schwierigen Zeiten gegenüber seinen eigenen Betrieben eine ganz besondere Verpflichtung. Sie alle kennen die vielfachen Äußerungen des Bundeskanzlers, nicht zuletzt in einer Rede in Kapfenberg am 28. Jänner 1979, in der er wörtlich gesagt hat: Kündigungen in der Verstaatlichten könne er sich, wenn überhaupt, nur zu einem Zeitpunkt vorstellen, da bereits Ersatzarbeitsplätze geschaffen sind. Es geht insbesondere auch um die Verlagerung von Produktions-, Forschungs-, Verwaltungs-, Verkaufs- und

Direktionseinheiten an die steirischen Betriebsstandorte der Verstaatlichten. Das haben wir immer wieder gesagt.

Voraussetzung für eine zukunftsweisende Sanierung der Arbeitsplatzsicherung ist die Zufuhr des notwendigen Eigen- und Investitionskapitals, für die der Eigentümer Sorge tragen muß. Die Stahlwerke in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft erhalten bereits seit 1975 kräftige Staatshilfen – wie wir alle wissen. Sie werden sich bis 1983 auf rund 420 Milliarden Schilling belaufen. Allein Belgiens Stahlindustrie – in der Größenordnung etwa vergleichbar mit der unseren – bekommt in diesem Zeitraum 50 Milliarden Schilling. Nach einer Aussage von Generaldirektor Apfalter hätten die europäischen Stahlsubventionen der Jahre 1975 bis 1980, auf die VÖEST-Alpine umgerechnet, rund 13 Milliarden Schilling bedeutet.

Eine Lebensfrage für die obersteirische Industrieregion ist der Ausbau der Schnellstraßen in der Mürz- und Mur-Furche bis zum vereinbarten Zeitpunkt 1986. Allerdings ist dieser Zeitpunkt nur durch eine jährliche Sonderdotations zu halten, die wir durch das große finanzielle Opfer des Landes beim Autobahnbau und durch unser Einverständnis zur neuen Trassenführung der Südautobahn über den Wechsel ermöglicht haben. Bei dieser Vereinbarung mit dem Bautenminister haben wir fix erklärt, daß die 1,5 Milliarden Schilling, die man sich über den Wechsel erspart, in die Mürz-Mur-Furche gehen werden.

Meine Damen und Herren, für den Halbausbau der Schnellstraße in der Mürz-Mur-Furche ist eine Milliarde Schilling jährlich, für den Vollausbau sind 1,5 Milliarden Schilling jährlich notwendig, wenn das Ziel 1986 erreicht werden soll. Ich habe dies in mehreren Briefen an den Herrn Bundeskanzler ganz deutlich ausgesprochen, und wir haben auch bei unserem letzten Gespräch mit dem Herrn Kanzler im Bundeskanzleramt, das Landeshauptmannstellvertreter Gross und ich geführt haben, diese Vorstellung unserer Straßenbaufachleute, die sich völlig mit der des Bundesministeriums für Bauten und Technik deckt, ganz deutlich vorgetragen. Trotzdem ist mir von ihm schriftlich bisher lediglich ein Betrag von 500 Millionen Schilling jährlich zugesagt worden, was weniger als die im Jahre 1980 schon vorhandene Summe von 585 Millionen Schilling ist.

Wir verlangen daher im Interesse der steirischen Arbeitsplätze, wenn dieser Termin eingehalten werden soll – und das ist eine Vereinbarung –, mit Nachdruck diese Mürz-Mur-Milliarde, und ich möchte dazu – das habe ich auch in meinem letzten Brief an den Herrn Bundeskanzler so formuliert – eine schriftliche Zusage des Herrn Bundeskanzlers.

Im Fall der Eumig habe ich mich ebenfalls sofort an den Herrn Bundeskanzler und an den Herrn Generaldirektor der verstaatlichten Länderbank gewandt, die ja der Eigentümer der Eumig ist, und eine generelle Sanierung unter besonderer Berücksichtigung der Aufrechterhaltung der Arbeitsplätze am Betriebsstandort Fürstenfeld verlangt.

Ebenso habe ich mich beim Herrn Bundeskanzler und direkt beim schwedischen Eigentümer für den Weiterbestand des Solo-Werkes eingesetzt. Herr Landesrat Dipl.-Ing. Hans-Georg Fuchs wird in der näch-

sten Woche ein Gespräch mit den Eigentümern in der Schweiz führen. Noch gestern abend habe ich in dieser Frage auch ein Telefonat mit unserem Handelsdelegierten in Stockholm geführt.

Beide Betriebe sind – wie wir alle und vor allem auch die Abgeordneten der ost- und weststeirischen Region wissen – für die Wirtschaftsstruktur des Grenzlandes von ganz außerordentlicher Bedeutung. Überhaupt ist ein verstärktes Engagement des Bundes in der Grenzlandförderung – ich sage das zum wiederholten Male –, die eine staatspolitische Aufgabe ersten Ranges ist, unabdingbar, meine Damen und Herren! Wir erwarten, daß der Landwirtschaftsminister endlich von seiner mir persönlich auch völlig unverständlichen Haltung abgeht und die von uns seit 1979 vorgeschlagene Verdoppelung des zusätzlichen gemeinsamen Grenzland-Sonderprogramms auf je 30 Millionen Schilling vornimmt und daß der Bund auch der vom Land Steiermark vorgeschlagenen 100.000-Schilling-Aktion pro neuem Arbeitsplatz in Grenz- und Problemgebieten zustimmt. Dies um so mehr, als ein neues adäquates Programm mit Niederösterreich vor ganz kurzem abgeschlossen wurde und ich die Überzeugung habe, daß der Herr Bundeskanzler anlässlich meines ersten Besuches im vorigen Jahr in Wien und immer wieder bei den Gesprächen mit ihm die ehrliche Absicht hat, eine Aufstockung dieses Grenzland-Sonderprogramms vorzunehmen. Er hat uns auch das letzte Mal, als wir bei ihm waren, gemeinsam eine Verwendungszusage gegeben, den Herrn Landwirtschaftsminister zu bewegen zu versuchen, endlich den Restbetrag zur Verfügung zu stellen. Diese 15 Millionen Schilling des Landes für das Grenzland-Sonderprogramm und die 50.000 Schilling des Landes pro neuem Arbeitsplatz stehen unsererseits – wie Sie wissen – bereit. Wir haben auch im Budget dafür vorgesorgt, und wir werden sie auch im Interesse der steirischen Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Ich sage ausdrücklich auch dann zur Verfügung stellen, wenn der Bund weiterhin auf seiner Weigerung beharren sollte.

Das gleiche gilt für das Pendlerpauschale – wir haben darüber oftmals gesprochen –, wo der Finanzminister einer entsprechenden steuerlichen Regelung seit über zehn Jahren bekanntlich nicht zustimmt. Ich habe Herrn Minister Dr. Salcher nach einem Gespräch hier in Graz auch schriftlich aufgefordert, die erforderlichen steuerlichen Maßnahmen vorzusehen. Ich sage, auch hier, wenn dies nicht geschehen wird, werden wir, so schwer es uns in dieser Budgetsituation des Landes auch fällt, eine eigene steirische Initiative setzen. Und ich wiederhole es immer wieder: Wenn der Bund für Großprojekte im Wiener Zentralraum, dessen Arbeitsplätze – wie auch in der Anfrage ausgeführt – vielfach nur mehr mit Tausenden Pendlern und Gastarbeitern besetzt werden können, Milliardenförderungen zur Verfügung stellt – und wir haben immer gesagt, wenn dasselbe bei uns geschieht, sei es drum –, so dürfen die Bundesmittel für die dringendsten steirischen Arbeitsplatzprojekte einfach nicht fehlen.

Wir müssen daher einig und stark die steirischen Interessen gegenüber den Wiener Zentralstellen vertreten und, meine Damen und Herren, um diese steirische Gemeinsamkeit in steirischen Lebensfragen ist mir auch nicht bange. Wir haben sie gezeigt auch in diesem vergangenen Jahr. In dieser Gesinnung einer

Zusammenarbeit aller Ebenen, zu der ich mich ausdrücklich bekenne, werden wir auch versuchen, unseren Teil beizutragen, damit wir die Probleme auch in diesen Fragen leichter lösen können. (Beifall bei der ÖVP).

**Präsident:** Weiters wurde die Abführung einer Wechselrede von den unterzeichneten Abgeordneten beantragt.

Ich eröffne daher diese Wechselrede und weise auf § 58 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages hin, wonach die Redezeit höchstens 20 Minuten beträgt.

Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Stoisser.

**Abg. Ing. Stoisser:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn wir in den letzten Tagen die Zeitungen gelesen haben oder in Rundfunk und Fernsehen die Nachrichten verfolgten, so hat es sich gezeigt, daß die wirtschaftliche Lage sich vor allem im Land Steiermark zuspitzt, und die Sorge für die Arbeitsplätze unserer Steirer ist eine große geworden. Aus diesem Grunde glauben wir Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei, daß sich dieses Hohe Haus hier mit diesem Problem absolut und dringend beschäftigen sollte. Es wurde schon in der Antwort des Herrn Landeshauptmannes sehr ausführlich auf die Probleme hingewiesen, ich möchte noch einiges dazu ergänzen. Wenn wir nur eine grobe Auflistung der steirischen Gebiete und Unternehmen vornehmen, sehen wir die große Breite dieses Problems. In der Mur-Mürz-Furche sind es die VEW, die Papierindustrie, die VÖEST-Alpine, Eumig Fohnsdorf, Felten-Guilleaume, in der Oststeiermark Eumig, die Maschinenfabrik Weichel, die Werkzeugfabrik Rosental, und man leidet noch immer an den Folgen der Auflösung von Merino. In Deutschlandsberg ist die Zündholzfabrik Solo vom Stillstand bedroht. In Eisenwurzen ist das Zellstoffwerk Weißenbach stillgelegt, auch davon hat man sich noch nicht erholt, und die Radiatorenfabrik Alukon. Im Grenzland ist mangels stärkeren Industrieabsatzes der regionale Entwicklungsstand ohnehin niedrig, und dort ist das Pendlerproblem ein großes. Durch die Devisenbestimmungen der Jugoslawen ist der Handel, der in der letzten Zeit im Grenzland aufgeblüht ist, ernsthaft bedroht. Wie sich das weiterentwickeln wird, ist eine Frage. Einzig die Region Graz ist derzeit ohne Probleme und einigermaßen intakt. Es ist aber hinzuzufügen, daß die Stadt Graz unter den Landeshauptstädten auch weit hinten rangiert. Die Insolvenzen im gesamten Bundesland nehmen stark zu; auch hier ist die Steiermark an zweiter Stelle von ganz Österreich. Von den großen Insolvenzen wird in den Zeitungen sehr viel geschrieben, aber es sind auch schon viele kleine Betriebe von Insolvenzen bedroht oder haben bereits Insolvenzen hinter sich. Hier ist die Eigenkapitalbildung oder der Rückgang des Eigenkapitals das große Problem.

Wenn ich zum Pendlerproblem nun einiges sagen dürfte, so ist in der Steiermark vom Jahre 1971 bis zum Jahre 1979 die Zahl der Steirer, die aus dem Bundesland in ein anderes Bundesland auspendeln, von 10.600 auf 21.000 gestiegen, das heißt, es hat sich diese

Zahl verdoppelt. Davon arbeiten allein 12.000 Steirer im Raum Wien und Niederösterreich. Es ist dabei interessant, daß sich aus den Bezirken Judenburg, Leoben und St. Gallen die Pendler vom Jahre 1971 bis 1979 um das Zweieinhalbfache vermehrt haben. In Mureck, Murau und Radkersburg haben sie sich verdreifacht. Es ist dies faktisch eine Welle der Kolonialisierung für die Steiermark. Für die Steiermark gilt in der Wirtschaft primär das Wachstumsproblem. So hat sich der Anteil des Bruttoinlandsproduktes der Steiermark in Prozenten im sozialistischen Jahrzehnt um kein Prozent verbessert. Es ist daher die Schlußfolgerung daraus zu ziehen, daß die Steiermark ein absolutes Wachstumsdefizit hat. Mit einer Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, die allein auf Sicherung bedacht ist, kann vielleicht anderswo das Auslangen gefunden werden. Die Steiermark braucht eine aktive Wachstumspolitik. Daher bringe ich einen gemeinsamen Beschlußantrag zur Vorlesung, und zwar stammt dieser Antrag von den Abgeordneten Aichhofer, Präsident Buchberger, Direktor Dr. Dorfer, Dr. Eichtinger, Präsident Feldgrill, Klasnic, Harmtodt, Präsident Dr. Heidinger, Schützenhöfer, Kanduth, Kollmann, Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren, Lackner, Lind, Dr. Maitz, Grilitsch, Neuhold, Dr. Pfohl, Dr. Piaty, Pinegger, Pörtl, Pränckh, Ritzinger, Dr. Schilcher, Schrammel, Schwab, DDr. Stepantschitz, Ing. Stoisser und Trummer, betreffend aktuelle Bedrohungen steirischer Arbeitsplätze und die besondere Verantwortung der Bundesregierung gegenüber den steirischen Arbeitsplätzen.

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung dahingehend vorstellig zu werden, daß der Bund seiner besonderen Verantwortung gegenüber den steirischen Arbeitsplätzen nachkommt, insbesondere daß das von Landeshauptmann Dr. Josef Krainer vorgelegte große Arbeitsplatzmemorandum verwirklicht wird, daß ein umfassender Stahlplan, der eine langfristige Sicherung der Arbeitsplätze in der Eisen- und Stahlindustrie unseres Landes beinhaltet, erstellt wird, daß in der verstaatlichten Industrie keine Kündigungen ohne Ersatzarbeitsplätze ausgesprochen werden dürfen, denn der Staat hat gegenüber seinen eigenen Betrieben eine ganz besondere Verpflichtung, daß der Bund endlich die vom Land Steiermark angestrebte Verdoppelung des zusätzlichen gemeinsamen Grenzlandsonderprogramms auf je 30 Millionen Schilling vornimmt und insgesamt die Grenzlandförderung intensiviert, daß der Bund der vom Land Steiermark vorgeschlagenen 100.000-Schilling-Aktion pro neuem Arbeitsplatz in Grenz- und Problemgebieten zustimmt, daß der Bundeskanzler schriftlich die Sonderdotations für die Mur-Mürz-Schnellstraßen in der Höhe von einer Milliarde (Halbausbau) oder 1,5 Milliarden (Vollausbau) Schilling jährlich zusagt, daß der Bund über die verstaatlichte Länderbank als verantwortlichem Eigentümer für eine generelle Sanierung der Eumig unter besonderer Berücksichtigung der Aufrechterhaltung aller Arbeitsplätze am Betriebsstandort Fürstenfeld Sorge trägt, daß die von der Steiermark angebotenen zweimal 100 Millionen Schilling für die VEW in Judenburg 1981 und 1982 tatsächlich gemeinsam mit den zur Bedingung gestellten 2 Milliarden Schilling des Bundes für Umstrukturierungsinvestitionen in steirischen Betrieben der VEW Verwendung finden, daß Produktions-

Verkaufs-, Direktions-, Verwaltungs- und Forschungseinrichtungen in der Verstaatlichten, insbesondere der VEW, an die steirischen Betriebsstandorte verlegt werden, daß der Anreiz für Investoren in entwicklungs-schwachen Gebieten zu vermehrten Investitionstätigkeiten führt, insbesondere durch Abschreibemöglichkeiten (erhöhte vorzeitige Abschreibung), wie dies schon seinerzeit für Grenzgebiete Geltung hatte, daß steuerliche Maßnahmen als Ausgleich für die Pendlerbelastungen ergriffen werden. Sollte die Bundesregierung innerhalb eines Jahres nicht bereit sein, auf die berechtigten Forderungen der Pendler einzugehen, müßte die Landesregierung dem Landtag Wege und Möglichkeiten vorschlagen, die eine fühlbare Erleichterung der Situation für die steirischen Pendler bringt, daß eine Beschleunigung und ein verstärkter Ausbau der Eisenbahnverbindungen, insbesondere nach Norden und Westen (Bischofshofen–Graz–Spielfeld) und der Aspang-Bahn stattfindet. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Turek. Ich erteile es ihm.

**Abg. Ing. Turek:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Österreichische Volkspartei hat mit der Einbringung dieser dringlichen Anfrage und mit der Vorbringung dieses Beschlußantrages, glaube ich, sehr deutlich den Beweis erbracht, daß die in einem weiteren Tagesordnungspunkt von ihr beantragte Auflösung des Steiermärkischen Landtages nach wie vor als Mutwillensakt bezeichnet werden kann. Sie beweist mit dieser dringlichen Anfrage, daß es sicher eine ganze Reihe anderer und wichtigerer steirischer Probleme gäbe, als den Landtag jetzt nach Hause zu schicken und hier in der Steiermark den Wahlkampf fortzusetzen, der ja ohnedies schon seit dem 4. Juli 1980 durch Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer praktiziert wird. Trotzdem, meine Damen und Herren, sind wir der Auffassung, daß es sehr wichtig ist, daß diese brennenden Probleme, wie sie heute wieder einmal von seiten der Österreichischen Volkspartei hier auf den Tisch gelegt werden und die uns alle bewegen, diskutiert werden. Sie erlauben mir aber doch die ironische Bemerkung, daß ich den Eindruck habe, daß die Diskussion dieser Probleme nicht allein von der Verantwortung um dieses Land getragen ist, sondern daß das sehr wohl schon die Einbegleitung des auf uns zukommenden Wahlkampftheaters der Österreichischen Volkspartei sein soll.

Nun, meine Damen und Herren, am Beginn der dringlichen Anfrage steht, daß sich die Bundesregierung der besonderen Verantwortung gegenüber den steirischen Arbeitsplätzen bewußt sein muß. Ich kann mich dieser Ausführung vollinhaltlich anschließen, soweit es sich um Betriebe in unserem Land handelt, in welchen Arbeitsplätze gefährdet sind, deren Eigentümer der Bund ist. Und hier ist es ganz klar, daß der Appell an den Eigentümer zu ergehen hat, sich dieser Betriebe, die in seinem Eigentum sind, entsprechend anzunehmen. Ich erlaube mir allerdings auch etwas dazu zu bemerken, daß, wenn der Herr Landeshauptmann Dr. Krainer in seinen Ausführungen gemeint hat, wir kämpfen um jeden steirischen Arbeitsplatz, das auch zu unterstreichen ist, allerdings kann man es sich

nicht so billig machen und immer drohend den Finger nach Wien in Richtung Bundesstellen erheben, sondern es wäre sehr wohl auch an der Österreichischen Volkspartei, die ja seit Jahrzehnten die Mehrheit in diesem Land hat, gelegen, hier auch selbst kräftig Hand anzulegen, um zu einer Linderung und zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Situation im Interesse der Arbeitsplätze in der Steiermark etwas beizutragen.

Ich weiß, meine Damen und Herren, daß es natürlich müßig ist, hier historische Reminiszenzen vorzubringen, aber ich möchte doch daran erinnern – damit ja nicht der Eindruck entsteht, diese schwierige Situation hat uns völlig überraschend getroffen –, daß ja bereits seit 13 Jahren ein Stahlgutachten auf dem Tisch lag und aus diesem Stahlgutachten – die Stahlindustrie ist ja in unserem Bereich die hauptgefährdete Industrie – sehr eindeutig hervorging, daß wir es bei uns in der Steiermark mit unseren Stahlbetrieben mit einer Strukturkrise zu tun haben. So etwa die Aussage des Booz-Allen-Gutachtens aus dem Jahre 1968. Und hier erhebt sich die Frage, und diese Frage richte ich natürlich an beide Fraktionen in diesem Haus, was ist seit dem Jahr 1968 passiert? Ich kann das eindeutig auf Null reduzieren, nämlich, es ist nichts passiert! Wir haben uns allerdings in der Folge zwischen 1968 und 1974 erfreulicherweise einer Hochkonjunktur erfreut. Im Zuge dieser Hochkonjunktur war es relativ leicht, die anstehenden Probleme unter den Teppich zu kehren. Man hat uns ja damals unseren Stahl um jeden Preis aus der Hand gerissen, und es sah niemand die Notwendigkeit, an eine Zeit zu denken, wo es eben diese Konjunktur nicht mehr gibt. Seit dem Jahr 1975 zeichnet sich langsam eine Überlagerung der bekannten Strukturkrise mit einer immer größer werdenden Konjunkturkrise ab.

VEW, meine Damen und Herren, wurde in den Jahren 1975 bis 1980 völlig aufgezehrt, sämtliche Rücklagen und Rückstellungen wurden zu Lasten des Betriebes und zu Lasten notwendiger Investitionen und Modernisierungen aufgebraucht, so daß im Jahr 1980 der Betrieb faktisch konkursreif war – um es ganz offen auszusprechen – und das, was ihm zwischen 1975 und 1980 genommen wurde, nun im Zuge des bekannten Sanierungsprogramms im Ausmaß von vier Milliarden Schilling zugeführt werden muß.

Das zweite – und das möchte ich hier auch betonen –, meine Damen und Herren, ist nun einmal eine Tatsache, mit der wir uns abfinden müssen. Es ist eine traurige Tatsache, aber wir müssen uns damit abfinden, daß die Industrie weltweit gezwungen ist, Arbeitsplätze einzusparen, daß die Industrie Arbeitsplätze verliert, weil sie unter einem unerhörten Konkurrenz- und Rationalisierungsdruck steht, weil sie, um überhaupt die Produktion aufrecht erhalten zu können, und zwar in demselben Umfang, einfach Rationalisierungsmaßnahmen zu Lasten der Arbeitnehmer und Arbeitsplätze vornehmen muß. Ich darf an eine Zahl erinnern, die uns Präsident Geist bei einem Vortrag, den er in Graz gehalten hat, genannt hat. Und zwar macht der Per-Kopf-Umsatz bei den VEW etwa 700.000 Schilling aus und der Per-Kopf-Umsatz bei vergleichbaren westeuropäischen Edelstahlwerken, die etwa dieselben Produktionsparten haben, 1,5 Millionen Schilling pro Jahr. Trotzdem sind diese Werke ebenso in Schwierig-

keiten, obwohl sie wesentlich bessere Umsatzziffern pro Kopf aufweisen, als es bei uns der Fall ist. Das heißt, die Industrie verliert einfach Arbeitsplätze, weil sie die Arbeitsplätze nicht halten kann, indem sie den Produktionsumfang erhöht – der ist nicht zu erhöhen, weil der Markt dafür nicht da ist –, sondern man kann nur trachten, den Produktionsumfang auf Kosten einer Reduzierung der Arbeitsplätze zu halten. Dort, wo so etwas noch möglich ist, meine Damen und Herren, daß man Arbeitsplätze nur erhält, muß die Produktion hinaufgesetzt werden. Und da gibt es das typische bekannte Beispiel, nämlich Pöls, meine Damen und Herren. In Pöls – wenn dieses Werk errichtet wird – wird es keinen einzigen Arbeitsplatz mehr geben. Die Produktion wird vervierfacht werden, und um diesen Preis werden wir in der Lage sein, die Arbeitsplätze zu erhalten, wobei ich mir sehr wünsche, daß dieser erhöhte Umfang an Zellstoffproduktion natürlich auch abgesetzt werden kann, vornehmlich, daß auch der Preis auf den Weltmärkten konkurrenzfähig gehalten werden kann. Um halten zu können, muß gewaltig investiert beziehungsweise der Umfang hinaufgesetzt werden.

Hier, meine Damen und Herren, ergibt sich die logische Konsequenz, und da meine ich, daß die Österreichische Volkspartei trotz Beteuerungen in dem Land versagt hat. In Erkenntnis dieser nicht abzuleugenden Tatsache, sprich Verlust von Arbeitsplätzen in der Industrie, muß man sich natürlich vermehrt den Klein- und Mittelbetrieben zuwenden, weil diese auch erwiesenermaßen in den letzten Jahren das, was an Abgängen in der Industrie zu verzeichnen war, aufgefangen haben. Hier sollte die Österreichische Volkspartei wirklich endlich Schwerpunkte setzen.

Ich weiß schon, die Sozialistische Partei tut sich schwer, weil das für sie eine Frage der Ideologie ist. Sie hat ja ihr Heil im Großbetrieb und in der verstaatlichten Industrie gesucht und hat jahrelang versucht, den Arbeitnehmern dort einzureden, daß es dort zu keiner Arbeitsplatzgefährdung kommen kann. Sie kann jetzt das Pferd nicht wechseln, das verstehe ich schon. Das ist eine Frage der Ideologie, sie wird aber im Laufe der Zeit ihre Korrekturen schon vornehmen. Hier müßten die Klein- und Mittelbetriebe – und hier liegen die Österreichische Volkspartei und die Freiheitliche Partei auf einer Linie – offensiv gefördert werden. Da gehört natürlich manches an Randbedingungen dazu. Hier muß ich der Volkspartei auch vorhalten, daß es zu billig ist, zu sagen, Bund komm her und schau, daß die Grenzlandförderung ausgeweitet wird, daß die Infrastruktur verbessert wird.

Meine Damen und Herren, zwischen 1965 und 1970 zum Beispiel hat die Österreichische Volkspartei in diesem Haus auch die absolute Mehrheit gehabt; sie hat aber auf Bundesebene auch die absolute Mehrheit gehabt, und man hätte annehmen können, daß diese guten Beziehungen zwischen der ÖVP in der Steiermark und der ÖVP auf Bundesebene eines hätten bringen können, nämlich daß hier kräftig ein Investitionsschub in Richtung Verbesserung der Infrastruktur, die eine sehr wesentliche – nicht die alleinige – Voraussetzung dafür ist, daß wir unsere wirtschaftspolitischen Probleme lösen, erfolgt wäre. Was ist passiert? Ich habe nicht den Eindruck gehabt, daß sich diese guten Beziehungen besonders segensreich auf

die Steiermark ausgewirkt hätten. Ich muß sogar zugehen – und das werden die Sozialisten mit Freude hören –, daß ich eigentlich den Eindruck gehabt habe, daß der Herr Bautenminister Moser als Steirer mehr für die Steiermark als Sozialist getan hat als vorher die ÖVP-Minister, die für diese Belange verantwortlich gewesen wären.

Es hilft jetzt nicht, zu jammern und zu sagen, Bund tu etwas, sondern hier hätte die Volkspartei sehr energisch vorstellig werden müssen, damit diese infrastrukturellen Maßnahmen ausgebaut werden. Das betrifft nicht nur die obersteirische Industrie, sondern das betrifft überhaupt die ganze Steiermark und ist auch das Problem unseres Grenzlandes. Mangelnde Infrastruktur ist auch die Ursache, daß das steirische Grenzland nicht attraktiv ist für Betriebsansiedlungen. Das ist ganz klar, wenn der sein Produkt zum Beispiel in Westeuropa absetzen will, dann muß er natürlich als erste Voraussetzung leistungsfähige Verkehrsverbindungen haben, und die sind einmal nicht da, und das läßt sich von heute auf morgen nicht durch kräftige Drohungen nach Wien bewerkstelligen, sondern da muß man gemeinsam in die Hände spucken und versuchen, das Problem zu lösen. Da helfen auch keine aggressiven Telegramme, Herr Landeshauptmann! Ich muß sagen, ich war echt enttäuscht, als ich gestern ein Interview gehört habe, wo man Sie gefragt hat, was haben Sie unternommen und Sie sagten: „Ja, ich habe ein Telegramm nach Wien geschickt.“ Das ist ein bißchen billig, es ist zu wenig, zu sagen, da kann nichts und da darf nichts passieren. Das ist für einen Landeshauptmann zu wenig, wenn er feststellen muß, daß Tag für Tag trotz dieses Wunsches und dieser Forderung sehr wohl was passiert. Es passiert immer wieder, obwohl der Landeshauptmann sagt, da darf nichts passieren. Da muß man versuchen – ich weiß schon, daß die Wahlkampfzeiten seit einem Jahr ausgebrochen sind, daß jetzt für sachliche Überlegungen nicht die geeignete Zeit ist, sie sind ja schuld, daß man sich nicht sachlich zusammensetzen kann, aber das ist einfach zu wenig, und hier bin ich von Ihnen, Herr Landeshauptmann, sehr enttäuscht, daß Ihnen eigentlich nichts Phantasievolleres einfällt, als hier ein Telegramm an den Bundeskanzler Kreisky zu richten. Er muß sich seiner Verantwortung sehr wohl bewußt werden, und ich glaube, daß es notwendig ist. Ich kenne nicht genau den Wortlaut dieses Antrages, aber er ist durchaus in verschiedenen Passagen akzeptabel, und ich glaube, mit einigen Veränderungen, wenn sich die ÖVP bereit erklärt, könnten wir dem sicher auch unsere Zustimmung geben. Aber so billig zu argumentieren und zu sagen, Bund komm her und löse unsere steirischen Probleme, dazu braucht die ÖVP am 4. Oktober sich nicht in ihrer Mehrheit noch einmal bestätigen zu lassen. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.)

**Präsident:** Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Loidl. Ich erteile es ihm.

**Abg. Loidl:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nachdem es die ÖVP für notwendig oder zweckmäßig gefunden hat, in diese dringliche Anfrage auch die Frage des vordringlichen Ausbaues der Mur- und Mürz-Furche aufzunehmen, möchte ich nur zu diesem Punkt einiges sagen.

Sowohl für die Bundesregierung als auch für uns war diese Frage schon eine Selbstverständlichkeit, als wir diese Unterstützung bei der ÖVP, als sie die Möglichkeit gehabt hätte, auch etwas zu tun, noch nicht gefunden haben. Denn wenn das der Fall gewesen wäre, dann wären wir jetzt nicht in der verzweifelten Lage, mit allen Möglichkeiten Versäumtes aufholen zu müssen. Ich bin seit 1965 im Landtag, und Sie brauchen nur in den Protokollen nachzulesen, wie oft wir in diesen Jahren den Ausbau des überregionalen Straßennetzes hier in diesen Jahren den Ausbau des überregionalen Straßennetzes hier in diesem Hause verlangt haben und wie lange wir darauf hingewiesen haben, daß nicht einmal Planungen bestehen. Wie wir gedrängt, ja gepeitscht haben, bis man endlich daran gegangen ist, wenigstens die Planung der Umfahrung der Städte Kindberg, Mürzzuschlag und andere in Angriff zu nehmen. Zu einem Zeitpunkt, wo es in Ihrer Macht gelegen wäre, sowohl im Land als auch im Bund das zu tun! Man muß das sagen, nicht weil man das immer wieder aufrollen will, sondern weil man 25 Jahre Versäumnisse einfach nicht aufholen kann. Wer weiß, wie lange eine Planung, eine Projektierung, die Klärung der Rechtsfragen im Straßenbau dauert, dann ist einfach nicht mehr sachlich, zu glauben, daß eine Bundesregierung, welche das immer ist, das in wenigen Jahren wettmachen kann. Ich würde Ihnen empfehlen, das alles nachzulesen. Erst seit 1970, nicht zuletzt aufgrund unseres Drängens, wurden die Planungen vorangetrieben. Jetzt kommt es darauf an, so viel Geld als möglich aufzutreiben, um die Bauten weiterzubringen. Es ist gegenwärtig so, daß selbst jetzt noch nicht die gesamte Strecke der S 6 im Detail durchgeplant ist. Das soll nur beweisen, wie schwierig und langwierig die Auseinandersetzungen um eine Trassenführung in Wirklichkeit sind. Wenn man das so vorbringt, wie das heute hier geschehen ist, kann man das nun als wahltaktisches Manöver bezeichnen, ganz abgesehen davon, daß wir natürlich auch alles tun und unseren Einfluß geltend machen, daß in die Steiermark noch mehr Geld für den Ausbau dieser Straßen kommt. Aber Herr Landeshauptmann, Sie sagen, die Milliarde soll vom Wechsel in die Steiermark kommen. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ausgemacht mit Sekanina!“)

Ja, wir sind auch dafür, daß das geschieht, aber überlegen Sie doch einmal, daß das sehr schwierig sein wird. Wenn das geschieht, dann müssen wir der Bundesregierung doppelt dankbar sein. Vergessen Sie nicht, wir wollen, daß die Pyhrnautobahn und Südbahn gleichzeitig gebaut werden. Die Oberösterreicher verlangen das mit Recht – die Innkreisautobahn –, weil die ganze Pyhrnautobahn sonst keinen Sinn hat. Nach dem Boßbrucktunnel sind noch große Stücke zu machen, und das alles kostet Milliarden über Milliarden. Wir sind doch ein relativ kleines Volk, und es ist erstaunlich, was in den letzten Jahren auf diesem Gebiet gemacht wurde. Daher würde ich sagen, daß die Bereitschaft des Bundes, heuer wieder 500 Millionen zusätzlich zu geben, eine gewaltige Leistung ist. Ich glaube, es würde niemandem schaden, auch im Wahlkampf solche Leistungen anzuerkennen und man würde glaubwürdiger werden, von einer Regierung nicht mehr zu verlangen, als sie bei größten Anstrengungen zu geben in der Lage ist. Der Landeshauptmannstellvertreter Gross ist ja sowohl mit dem Bundes-

kanzler wie mit dem Bautenminister in engster Führung was den Ausbau des Straßennetzes betrifft, weil wir wissen – was Sie nicht zeitgerecht erkannt haben, was der obersteirische Industrieraum braucht. – Wir wissen, daß eine Umstrukturierung, die Schaffung neuer Arbeitsplätze in diesen Räumen einfach nur dann möglich ist, wenn die Infrastruktur gegeben ist. Ich muß sagen, was wir in dem vergangenen Jahrzehnt auf diesem Gebiet geleistet haben, ist gewaltig. Jeder, der durch das Land fährt, kann sich das selbst ansehen. Es ist noch nie so viel, es ist noch nie so großzügig und es ist auch noch nie so schnell gebaut worden. Ich glaube, daß wir trotz aller Schwierigkeiten, in denen wir uns alle befinden, diese Überholjagd gewinnen werden, aber nicht mit wahltaktischen Manövern, sondern mit echter und ehrlicher Zusammenarbeit. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident:** Zu Worte gemeldet hat sich der Abgeordnete Schrammel. Ich erteile es ihm.

**Abg. Schrammel:** Verehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Die wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Lage zeigt schwierige Tendenzen, ich möchte nicht den Ausdruck Krise gebrauchen. Neue Pleitenrekorde, täglich lesen wir darüber in den Zeitungen und hören über die Massenmedien traurige Rekorde. Diese Berichte sind längst zu einer österreichischen Tatsache geworden. Wenn die Probleme der verstaatlichten Industrie nun auch auf die Privatwirtschaft überschlagen und die Schwierigkeiten auch in kleineren Betrieben merkbar werden, so ist das gerade für das im Grenzland kritisch, denn dort sind Mittel- und Kleinbetriebe vorherrschend. Arbeitsplatzverluste im Grenzland sind wesentlich gewichtiger als in den angestammten Industriearäumen, weil dort Ersatzarbeitsplätze kaum erreichbar sind. Wenn zwar in letzter Zeit von seiten des Bundeskanzlers und der Bundesregierung versucht wird, den Wiener Raum in wirtschaftlicher Hinsicht weiter auszubauen, so ist das für uns kein Trost. Wir fürchten vielmehr, daß damit unsere Arbeiter und Arbeiterinnen abwandern müssen und damit gezwungen werden, die Gastarbeiter der Wiener abzugeben. Das können wir einfach nicht hinnehmen!

Wir haben die Politik für die Steiermark, für die steirische Wirtschaft und für die steirischen Arbeitsplätze zu machen. Längst hat sich herausgestellt, daß die Fehler, die da und dort im örtlichen Management gemacht wurden, nicht die entscheidenden Fehler einer krisenhaft sich entwickelnden österreichischen Wirtschaftslage sind. Das Vorsicherschieben der Probleme war sicher die größte Ursache, daß nun eine Lawine auf uns hereinbricht. Mit jeder Abwanderung in der Oststeiermark und im Grenzland wird auch die Entvölkerung dieses Gebietes wieder beginnen.

Durch die Grenzlandförderung des Landes, die schon in den fünfziger Jahren sehr erfolgreich und aktiv begonnen wurde und in den darauffolgenden Jahren und Jahrzehnten dann mit viel Erfolg fortgesetzt wurde, konnte dieser Abwanderung Einhalt geboten werden.

Wir konnten alle sehr erfreulich feststellen, daß gerade unsere jungen Menschen wieder bereit waren, im Grenzland zu bleiben, sich dort seßhaft zu machen und dort ihre Familien zu gründen.

Kündigungen, von denen man in letzter Zeit spricht, bewegen uns daher. Es soll auch in Erinnerung gerufen werden, daß bereits eine Firma Merino zugesperrt werden mußte, daß andere Betriebe in den Grenzlandregionen Deutschlandsberg, auch Betriebe in den Bezirken Weiz und Hartberg Schwierigkeiten hatten und diese Schwierigkeiten zum Teil in einzelnen Bereichen zu Betriebsstillegungen geführt haben.

Wir haben nun ein besonders großes Sorgenkind in der Oststeiermark, und zwar ist das die Firma Eumig in Fürstenfeld. Wenn ich mich als Abgeordneter dieses Raumes zu Wort melde, so deshalb, weil wir echt verunsichert sind. Eumig Fürstenfeld hatte noch Ende 1978 einen Beschäftigtenstand von 1800 Arbeitskräften. Jetzt arbeiten bei Eumig in Fürstenfeld 861. Nach den Ankündigungen maßgebender Stellen, die über die Länderbank nun jetzt das Wort zu führen haben, müssen wir befürchten, daß dieser Betrieb zugesperrt wird. Das können wir nicht hinnehmen! Es muß auch erwähnt werden, daß es gerade im Grenzland in den meisten Fällen bei Schließungen von Betrieben nicht mehr möglich war – siehe Merino, siehe Weichl und andere –, Ersatzbetriebe zu schaffen. Es muß daher – (Landesrat Heidinger: „Das waren aber Private!“) Sicherlich, auch durch die Wirtschaftspolitik der letzten Jahre in diese Situation gebracht. Ich muß sehr deutlich sagen, daß gerade – (Landesrat Heidinger: „Das kann man bei Merino wirklich nicht sagen, Unfähigkeit des Vockenhuber in Fürstenfeld! Da waren Sie als politischer Referent dort zuständig!“) Ich muß eines, lieber Herr Landesrat Heidinger, sehr deutlich herausstellen:

Meine Einleitung hat gelaute, daß die Ausreden auf Versagen im Management sicher nicht ausschlaggebend für die großen, jetzt kolportierenden krisenhaften Wirtschaftsentwicklungen sind. So leicht dürfen wir es uns nicht machen! Ich erlaube mir auch zu sagen, daß es sicher ein Fehler war, mit Umschulungsmaßnahmen Hunderte Millionen Schilling – es sei den Betroffenen vergönnt – auszuschütten, die nur eines bewirkt haben, daß jetzt die Lawine der negativen Wirtschaftsentwicklungen um so gewaltiger auf uns hereinbricht, also damit keine Lösung erzielt wurde. Und das wurde bei Eumig gemacht. Und ich darf nur noch einmal, Herr Landesrat Heidinger, erwähnen: 1800 Arbeitskräfte in Fürstenfeld. (Landesrat Heidinger: „Sie wissen, daß das nie in der Größenordnung konzipiert war, das wissen Sie, Herr Kollege! Sie wissen, daß man aus Neudorf Leute abgeworben hat!“) Also 1800 Arbeitskräfte 1978 noch bei Eumig Fürstenfeld, heute nur mehr 861. Eumig Fürstenfeld ist einer der Grenzlandbetriebe, die mit wesentlicher Hilfe des Landes Steiermark aufgebaut wurden. (Landesrat Heidinger: „Wann? Im sozialistischen Jahrzehnt!“) Ich brauche den Werdegang nicht zu schildern. (Landesrat Heidinger: „Groß geworden im sozialistischen Jahrzehnt!“) Leider nicht für Ihre Klarlegungen, Herr Landesrat.

Seit dem Jahr 1965 baut sich der Eumig-Betrieb in Fürstenfeld auf. Das Land Steiermark hat für diesen Betrieb rund 33 Millionen Schilling an Förderungsmitteln aufgewendet. Vom Bund ist außer den Förderungsmitteln aus der Arbeitsmarktförderung nichts bezahlt worden. Ich begrüße es aber, daß in guter Übereinstimmung nicht nur Eumig, sondern auch andere Betriebe

im Grenzland ausgebaut und angesiedelt werden konnten und damit Arbeitsplätze geschaffen wurden.

Das Beispiel Firma Weichl sollte uns zeigen, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß man mit einer stümperhaften Politik einen Betrieb, wenn er einmal zugesperrt ist, kaum wieder in Gang bringen kann. Ich bitte daher, wenn dort örtliche Vertreter aus dem öffentlichen Leben versagt haben, daß das nicht mehr geschieht. 72 Arbeiter haben damit ihren Arbeitsplatz verloren.

Vielleicht auch kurz zu Eumig insgesamt noch ein paar Feststellungen: Im Jahr 1978 hat der Eumig-Konzern in Österreich noch 7000 Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt, heute sind es noch 2700. Seit Ende 1978 geht es bei Eumig bergab. In dieser Zeit hat Kreisky noch große Förderungszusagen im besonderen für die Ansiedlung des Werkes Fohnsdorf gemacht und bis heute nicht eingelöst.

Sicher wissen wir auch, daß mit der neuen Filmtechnologie auf dem Videosektor die Super-8-Schmalfilmproduktion in größte Schwierigkeiten gebracht wurde.

Und wenn der Herr Geschäftsführer des Eumig-Vorstandes, Dipl.-Ing. Nehr, bei der Zentralbetriebsratssitzung am 6. Juli, also erst vor einigen Tagen, erklärt hat - ganz unverblümt und trocken -, das Werk Fürstenfeld muß nach Beschlußfassung der Geschäftsführung des Eumig-Konzerns ab September geschlossen werden, so müssen wir ein solches Ansinnen der verstaatlichten Länderbank ganz entschieden zurückweisen. Am nächsten Tag, dem 7. Juli, hat Herr Generaldirektor Dr. Vranitzky von der Länderbank nach Erhalt eines Telegrammes unseres Landeshauptmannes Dr. Krainer, wo die Bereitschaft zur Hilfe des Landes Steiermark bekundet wurde, gemeint, daß man dieses Vorhaben vorerst zurückstellt. Ich danke dem Landeshauptmann Krainer für seine Unterstützung in dieser so schwierigen Situation (Beifall bei der ÖVP.), denn damit konnte verhindert werden, daß die bevorstehenden Beschlüsse in der Geschäftsführung und im Aufsichtsrat zur Schließung des Fürstenfelder Eumig-Werkes verwirklicht werden konnten. Herzlichen Dank noch einmal, Herr Landeshauptmann! Für uns ist das die große Hoffnung. 861 Beschäftigte in Fürstenfeld und ihre Familienangehörigen können damit noch auf eine positive Wende hoffen.

Es gibt zur Zeit im Zentralbetriebsrat, das berichten uns unsere Betriebsräte, eine Stimmung wie etwa: jeder rette sich, wer sich retten kann. Wenn dabei der Zentralbetriebsratsobmann aus Wiener Neudorf kommt, laufen wir natürlich in Fürstenfeld Gefahr, unter die Räder zu kommen. Wir brauchen daher eine starke Hilfe. Es geht ja letztlich um die Absicherung eines der größten Betriebe im Grenzlandbereich der Steiermark. Kurzfristige Förderungen von seiten der Öffentlichkeit sind sicher keine ganze Lösung, aber sie können das Fundament absichern.

Ein Auftrag des Verteidigungsministeriums in der Höhe von rund 500 Millionen Schilling für Funkgeräte für das Österreichische Bundesheer wäre ab sofort zu vergeben. Ich sehe nicht ein, daß mit der Auftragsvergabe so lange zugewartet wird. Wir bitten auch, daß auch andere Arbeitsaufträge des Bundes der Eumig zufallen. Wie Arbeiten zur Erzeugung von medizinischen und elektronischen Geräten. Gerade medizini-

sche Geräte kommen vorwiegend aus dem Ausland. Auch Geräte für die Sicherheitsüberwachung, zum Beispiel im Bundesstraßenbau, aber auch für das Bankwesen.

Die wirtschaftlichen Probleme im Grenzland sind nicht allein ein Eumig-Problem. Es gibt beispielsweise im kleinen Bezirk Fürstenfeld noch weitere fünf Betriebe, die größte Sorgen haben. Um diese Sorgen abzuwenden, braucht man sicher eine geschlossene Formation im Land. Ich habe auch mit der Vorverlegung - ich will ganz ehrlich sein - der Landtagswahl wenig Freude gehabt. Nun stellt sich aber heraus, daß es richtig war. Für mich, meine Herren von der sozialistischen Seite, ist das ernst. Wir können über den Sommer, wo andere meinen, Urlaub machen zu müssen, einen ruhigen und sachlichen Wahlkampf abführen und dann im Frühherbst wieder zur Arbeit schreiten. (Abg. Brandl: „Phrasenhafter geht es nicht mehr!“ - Abg. Ing. Turek: „Kollege Schrammel, was hindert Euch, das ohne Wahl zu tun?“) Sehr viel sogar! In der Unsicherheit weiter zu leben, ob nicht im nächsten Frühjahr schon Nationalratswahlen sind oder vielleicht um Monate später. Das wird uns keine ruhige Verhandlungszeit bringen. Eines sage ich offen: Ein starker Landeshauptmann ist was wert, und Krainer ist ein starker! (Beifall bei der ÖVP - Abg. Sponer: „Schrammel, ich kann dir sagen: tun wir gleich wiederwählen, denn fünf Jahre Wahlkampf sind zu lang!“) Uns geht es um Arbeitsplätze und wirtschaftliche Sicherheit. Noch einmal: Wir brauchen einen starken Landeshauptmann, wir brauchen eine starke Landesregierung. Und daß der Krainer in Wien respektiert wird, das brauche ich wohl nicht zu sagen. Wir brauchen eben starke Politiker und keine Laienspieler.

**Präsident:** Herr Abgeordneter Schrammel, die 20 Minuten gehen zu Ende.

**Abg. Schrammel:** Um noch einmal auf unsere Sorgen zurückzukommen: Helft uns und helfen wir zusammen. Es hilft uns nichts, wenn manche vielleicht heute schon unseren wirtschaftlichen Tod beweinen möchten. Das hilft uns nichts. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prensberger. Ich erteile es ihm.

**Abg. Prensberger:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn heute über Wirtschaftsprobleme gesprochen wird, wurde mit Recht von einem der Vorredner darauf hingewiesen, daß diese Probleme uns doch schon ziemlich lange bekannt sind. Strukturbereinigungen in der Wirtschaft werden nicht von heute auf morgen vorgenommen und mit schönen Worten und Versprechungen ist uns ebenfalls nicht gedient. Denn schon 1966 auf 1967, damals bestand die Bundesregierung aus einer ÖVP-Mehrheit, hatten wir erstmals einen Wirtschaftsschock in Österreich erlebt und damals mußten wir schon zur Kenntnis nehmen, daß es notwendig ist, zeitgerecht diese Strukturprobleme zu beseitigen.

Damals haben wir uns, weil heute davon gesprochen wurde, daß die Betriebsvertreter oder Personalvertreter scheinbar jetzt den Urlaub sehr notwendig haben und

sich weniger um die Probleme ihrer Betriebe kümmern, weder auf den Bund noch auf das Land ausgeredet, sondern wir versuchten sofort mit dem Management in den Konzernen diesen Erscheinungen gerecht zu werden. Niemand hat damals propagandistisch, weder in diesem Haus, weder im Bund noch in den Massenmedien, sehr viel darüber gesprochen, daß einzelne Konzerne damals durch diese erkannten Strukturprobleme einen Schrumpfungsprozeß durchmachen mußten. Ich darf in Erinnerung rufen, daß wir hier in diesem Haus einen Auftritt von Vertretern der damaligen Alpine erlebt haben, als wir uns zeitgerecht in der Konjunktur – wir haben schon vor 13 Jahren die Probleme unserer Grundindustrie durchforscht und die Schwierigkeiten aufgezeigt, dazu bekannt haben – sowohl das Management sowie der Eigentümer der verstaatlichten Industrie – eine Fusionierung vorzunehmen, um die notwendigen Investitionen aufbringen zu können und die Strukturprobleme, wenn auch schon verspätet, zu beseitigen. Wir haben damals von Ihrer Seite die Unterstützung vermißt, und wir wissen in der Zwischenzeit, daß seitens des Eigentümers hier in der Steiermark Milliarden an Beträgen investiert wurden, um bei der Alpine die Strukturschwächen zu beseitigen.

Wenn heute darauf hingewiesen wird, daß bei der Eumig große Schwierigkeiten bestehen, dann muß man – und damit ist natürlich den dort Beschäftigten nicht geholfen – hier in diesem Haus doch aufzeigen, daß das Privatunternehmer waren, und zwar Fockenhuber, der mit seinem Team total versagt hat und einen Betrieb, der in der Öffentlichkeit als dementsprechend gut situiert hingestellt wurde, in eine Situation gebracht hat, die dann nur mehr zu retten war, indem die Bank, und zwar die Länderbank, eingesprungen ist.

Wenn Sie den Bund kritisieren, daß er die Steiermark übersehen hat, dann brauche ich nichts zu wiederholen, weil Herr Kollege Loidl hier schon über die Infrastruktur gesprochen hat, aber Sie gestatten doch, daß man auf die Kohlenmisere, die Energieversorgung in der Steiermark ein besonderes Augenmerk zu richten hat. Damals hat Dr. Kreisky als Bundeskanzler versprochen, er würde Mittel für die Weststeiermark flüssig machen, und zwar hat er das nicht nur versprochen, sondern hat auch tatsächlich Mittel zur Verfügung gestellt, und es wurde ein neuer Kohlenflöz erschlossen. Man hat auch sofort begonnen, Voitsberg III zu errichten, um damit auch die Energieprobleme der Steiermark lösen zu können. Wir haben es damals erlebt, und ich habe in diesem Haus bereits erwähnt, was wir alles an Verzögerungen hinnehmen mußten.

Wenn Sie hier den Bund kritisieren, dann darf ich doch auch sagen, daß das Land – und ich selbst habe in der Überzeugung, man könnte damit Arbeitsplätze sichern, mitgestimmt – der Firma Merino dementsprechende finanzielle Injektionen gegeben hat, weil wir – und zumindest ich – davon überzeugt waren, daß damit die Arbeitsplätze gehalten werden können. Sie wurden nicht gehalten. Dieser Betrieb, ebenfalls ein Privatbetrieb, wurde trotz Hilfe des Landes geschlossen.

Das gleiche haben wir bei den Junior-Werken erlebt. Nun, Herr Weihs ist wieder zurückgekehrt und man

sagt, er sei an dieser ganzen Misere nicht schuld. Bei ausländischen Konzernen, so wie beim schwedischen Besitzer der Firma Solo-Zündholz, muß man mit Bedauern feststellen, daß diese Betriebe in Schwierigkeiten geraten. Wir Sozialisten haben verlangt, ausländische Bewerber um steirische Betriebe genau zu überprüfen und auch den ausländischen Konzern genau zu durchleuchten. Das war ja mit einer der Grundvoraussetzungen, daß wir nach dem Krieg für die Verstaatlichung so eingetreten sind.

Das interessiert mich sehr. Wir haben einen Versuch unternommen, nachdem die Firma List einen neuen Motor entwickelt hat, auch dieses Werk in der Steiermark anzusiedeln. Entsprechende Mittel wurden vom Land zugesagt, aber erst wenn der Betrieb tatsächlich hier errichtet wird. Dem war aber nicht so, denn das Werk siedelte sich in Oberösterreich an. Man kann diejenigen, die Betriebe errichten, nicht zwingen, in die Steiermark zu gehen, sondern es muß von ihnen selbst her auch eine Bereitschaft dazu gezeigt werden.

Wenn Sie dann weiterkritisieren, daß ein Arbeitsplatz eine Million Schilling kostet und dafür die Förderungen seitens des Bundes gewährt werden, dann darf ich doch in Erinnerung rufen, daß bei den Renault-Werken hier unten in Gleisdorf der Arbeitsplatz mit Förderungen des Landes Steiermark auch zirka eine Million Schilling kostet, aber nicht eine neue Sparte für Österreich und für die Steiermark darstellt, sondern ein Konkurrenzbetrieb für einen bereits bestehenden Betrieb in Leibnitz ist.

Ich bin der Meinung, wenn man dementsprechende Mittel als Startschuß für einen Betrieb zur Verfügung stellt – ansonsten sind Förderungsmittel, glaube ich, nicht richtig ausgegeben –, muß man dann bei so einem Betrieb in erster Linie ins Auge fassen, daß es eine zukunfts-trächtige Sparte ist und nicht bereits bestehenden Betrieben in Österreich zusätzlich Konkurrenz macht.

Na ja, bei den Renault-Werken in Gleisdorf kostet der Arbeitsplatz auch eine Million Schilling. Sie kritisieren immer, daß der Bund solche Förderungen ausgibt, ich halte es für richtig, daß für eine neue zukunfts-trächtige Sparte, die in Österreich nicht vorhanden ist, dementsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Ich möchte also folgendes sagen: Wenn wir hier vom Land Steiermark immer wieder darauf hinweisen, daß die obersteirischen Bereiche in Schwierigkeiten sind und nun auch die Eumig-Betriebe, und wenn Sie sagen, daß die Belegschaftsvertretung in diesem Betrieb die Kontrolle gehabt hätte und schon vor langer Zeit hätte aufzeigen müssen, daß manches in diesen Eumig-Werken daneben geht und nicht erst dann, als Fockenhuber die Pleite herbeigeführt hat.

Hier für Graz fordern wir, daß dieser Bereich von der Wirtschaft nicht übersehen wird, nach der Trassenverlegung der Autobahn sind hier Lösungen zu treffen, die aber die Politiker zu treffen haben.

Das heißt, sie brauchen keine finanziellen Förderungsmittel, keine Steuergeschenke, sondern als Politiker haben Sie im Interesse der Allgemeinheit die Entscheidungen zu treffen, daß diese Betriebe weiter

bestehen können und nicht durch Bürgerinitiativen vertrieben werden. Dann gibt es keinen Fortschritt mehr in der Wirtschaft. Das möchte ich Ihnen auch sagen: Wenn wir heute über die Probleme der Arbeitssicherung sprechen, so ist es für mich bedauerlich, daß Sie von der ÖVP, die Sie die absolute Mehrheit in diesem Land haben, und das schon seit über 35 Jahren, nicht nur kritisieren, sich nicht nur auf den Bund ausreden sollen, von Ihnen hätte ich gerne heute gehört, was Sie unternehmen wollen, welche Vorschläge Sie uns unterbreiten wollen, um diese Wirtschaftsprobleme der Steiermark zu lösen. Niemand kann bestreiten, daß die Steiermark eines von der Wirtschaft am stärksten negativ betroffenen Land ist. Sie hätten längst vorher die Weichen für eine bessere Zukunft stellen können. Was machen Sie?

Ich hätte erwartet, daß Sie heute den Antrag stellen, daß dieser Landtag nicht aufgelöst wird, dieser Landtag soll in gemeinsamer Arbeit die Wirtschaftsprobleme dieses Landes lösen. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.)

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Dr. Heidinger hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Heidinger:** Herr Präsident, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Lieber Kollege Preamsberger, ich kann dort ansetzen, wo Sie aufgehört haben. Wir sind auch der Meinung, daß der Landtag arbeiten soll und daß nicht ein permanentes Wahlkampfklimate herrschen soll. (Abg. Brandl: „Es schaut nicht danach aus!“)

Meine sehr geehrte Damen und Herren von der linken Seite des Hauses, Sie scheinen manches übersehen, und ich weiß nicht warum, unseren Antrag gar nicht gelesen zu haben. Denn sonst hätten Sie lesen können, daß die Ausschüsse für permanent erklärt werden sollen. (Abg. Brandl: „Aber mit solchen Mätzchen!“)

Lieber Herr Obmann des Finanz-Ausschusses, du weißt ganz genau, wie so etwas geht. (Abg. Brandl: „Es muß ja weitergehen!“) Wir werden weiterarbeiten, und wenn der neue Landtag gewählt ist, kann es genauso weitergehen, aber mit einem klaren Wählerauftrag. Wir hoffen, für unseren Landeshauptmann Dr. Krainer. (Beifall bei der ÖVP.)

Denn, und jetzt bin ich beim zweiten Punkt, Herr Kollege Preamsberger, wenn wir beide beklagen, daß das BMW-Motorenwerk nicht in die Steiermark gekommen ist, dann hat das sicher auch betriebswirtschaftliche Gründe, die mit dem Transportproblem zusammenhängen, und ich kann damit auch gleichzeitig den Kollegen Loidl bezüglich seiner Infrastrukturmeinung doch etwas in Erinnerung rufen: Bis 1966 haben wir eine Koalitionsregierung gehabt, wobei die Verkehrspolitik sehr weitgehend vom Verkehrsminister bestimmt wurde und der Verkehrsminister, lieber Freund Loidl, wurde von der SPÖ gestellt. (Abg. Ileschitz: „Den habt Ihr finanziell ausgehungert!“) Wenn man Fakten aufzählt und Ihnen das weh tut, dann tut mir das leid. Ich bitte Sie aber, mir zuzuhören, dann bin ich schneller fertig. (Abg. Loidl: „Sie wissen das ganz bestimmt besser!“)

Ich weiß gar nichts besser, sondern wir wissen alle, wer bis 1966 Verkehrsminister gewesen ist. Wir wissen, daß von 1966 bis 1970 ein ÖVP-Verkehrsminister bestimmt hat und seitdem wieder ein Sozialist. Der Kollege Aichholzer als Eisenbahner wird mir Recht geben, daß man bei der Infrastruktur der Eisenbahn, was die Steiermark betrifft, das kommt ja auch in unserem Beschlußantrag zum Ausdruck, eine Fülle von Versäumnissen gemacht hat, die man sicher nicht der Landesregierung und sicher nicht einem ÖVP-Minister anlasten kann. Im Detail ist sowieso in unserem Antrag gesagt, was wir meinen, und ich hoffe, daß es hier wenigstens eine Einhelligkeit gibt. Was die Renault-Werke betrifft, Herr Kollege Preamsberger, darf ich daran erinnern, daß diese Förderung durch das Land auf massiven Druck der Bundesregierung und des Herrn Bundeskanzlers erfolgt ist. Näheres gegebenenfalls vom Herrn Landesrat Fuchs. (Abg. Preamsberger: „Ich habe nur aufgezeigt, daß es auch in der Steiermark solche Arbeitsplätze gibt!“)

Ich kenne nämlich den Herrn Gewerken Fink zumindestens so lange wie Sie, und ich habe auch damals meine Überlegungen deponiert, aber das war eine *conditio sine qua non*! Wir hoffen nur, daß wenigstens diese Arbeitsplätze, die um viel Geld geschaffen wurden, sicher sind. Das wäre zu der Infrastruktur zu sagen. (Abg. Preamsberger: „Das hoffe ich auch!“)

Wir leben, das ist uns allen bewußt, in der Steiermark nicht in einem abgeschlossenen Wirtschaftsgebiet, nicht einmal innerhalb Österreichs sind wir so dominant, daß wir uns den Einflüssen entziehen können, noch weniger dem Ausland. Wir wissen alle, daß die Integration große Vorteile gebracht hat, aber unserem Gebiet besonders viele Probleme. Daher fordern wir mit Recht von der größeren Risikogemeinschaft, dem Bund, eine entsprechende Unterstützung, und diese Unterstützung, liebe Kollegen von der sozialistischen Seite, finden wir zwar beispielsweise in Ihrem neuen Wirtschaftsprogramm nicht, aber in Ihren Taten.

Ich möchte nur ein Kapitel, und zwar ein sehr wichtiges Kapitel, nämlich die Eigenkapitalausstattung der österreichischen Betriebe noch herausgreifen. Es gibt ein leider sehr wahres Witzwort, das heißt: „Wie kommt man in Österreich zu einem kleinen Vermögen? Indem man vorher ein großes gehabt hat!“

Ich werde Ihnen jetzt anhand unbestechlicher Zahlen zeigen, daß dem so ist. Wenn die Betriebe ihr Eigenkapital verlieren, dann werden sie immer anfälliger und dann kommt das, was wir und Sie bedauern, nämlich die Sozialisierung des Risikos, weil man es nicht verantworten kann, eben in Regionen wie in Fürstenfeld und in Deutschlandsberg, in der Obersteiermark und im Grenzland Arbeitsplätze wegradieren zu lassen. Es ist vor kurzem in den „Statistischen Nachrichten“, im Aprilheft, die Hauptfeststellung der Einheitswerte des Betriebsvermögens publiziert worden. Das kann jeder nachlesen. Das Rohvermögen der österreichischen Wirtschaftsbetriebe beträgt fast 2000 Milliarden Schilling. Es ist um 286 Milliarden in drei Jahren gestiegen. Aber der Einheitswert, das heißt das Reinvermögen, ist in dieser Zeit nur um 51 Milliarden oder 21,7 Prozent gestiegen. Die Schulden aber sind auf 1654 Milliarden gestiegen, um 438 Milliarden oder fast 60 Prozent. Die Folge: Das Eigenkapital, das 1974

– bitte im statistischen Schnitt – nur mehr 18,2 Prozent vom gesamten Bilanzvolumen betragen hat, ist 1977 bereits auf 14,7 Prozent gesunken, und wir liegen heute nicht mehr fern von 10 Prozent, wie alle Fachleute vermuten. Hier wurde in den „Statistischen Nachrichten“ lakonisch für diese Entwicklung festgestellt: Als Ursache hierfür dürfte die verstärkte Zunahme von Fremdkapital für Investitionen, aber auch zur Stützung der konjunkturellen Wirtschaftslage, insbesondere zur Sicherung von Arbeitsplätzen angesehen werden. Was aber nicht gesagt wurde, ist, daß Ihre sozialistische Steuerpolitik dazu ein gerüttelt Maß beigetragen hat. Denn die Steuerlastquote inklusive der Sozialversicherung ist in der Zeit Ihrer Alleinregierung – und ich glaube, das kann man nicht oft genug sagen – von 35,7 Prozent des Bruttonationalproduktes auf 41,2 Prozent gestiegen und ist Dank des Erfindungsreichtums aller Finanzminister Ihrer Couleur weiter im Steigen. Auch die deutsche Bundesregierung unter sozialistischer Führung war erfinderisch, aber sie hat immerhin die Steuerlastquote um 20 Prozent weniger in der gleichen Zeit in die Höhe getrieben, und ich glaube, jeder, der in der Wirtschaft tätig ist, und das sind die Gewerkschafter genauso wie wir, weiß, daß damit und mit der Verringerung der Eigenkapitalquote vieles heraufbeschworen wurde, was nun Gegenstand der Diskussion ist.

Ich darf Sie im Interesse der steirischen Arbeitnehmer, der steirischen Arbeitsplätze und der Weiterentwicklung sehr herzlich bitten, daß Sie unserem Beschlusantrag zustimmen. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Zinkanell. Ich erteile es ihm.

**Abg. Zinkanell:** Herr Präsident, Hohes Haus!

Der Herr Landeshauptmann Dr. Krainer und die ÖVP kommen besonders jetzt in der Wahlzeit und in der Vorwahlzeit wieder mit der unrichtigen Behauptung, daß das Land für die landwirtschaftliche Grenzlandförderung angeblich mehr gäbe als der Bund, und versuchen auf diese Weise, den Herrn Landwirtschaftsminister schuldig werden zu lassen. Ich habe schon im Dezember 1980 bei der Budgetdebatte vorgerechnet und wiederhole es: Das Land hat – der Herr Landeshauptmann hat heute gesagt, er ist bereit, das zu geben – 30 Millionen Schilling vorgesehen. 15 Millionen Schilling plus eine Erhöhung um 15 Millionen Schilling, also 30 Millionen Schilling. Der Bund hat 20 Millionen Schilling direkte Grenzlandförderung im Grenzland-Sonderprogramm ausbezahlt – also 15 plus 5 Millionen Schilling – und dazu kommen 15 Millionen Schilling Zinszuschuß im Rahmen des Agrarinvestitionskredites und das sind nun einmal nach Adam Riese – 20 plus 15 Millionen Schilling – 35 Millionen Schilling. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Brandl: „Das ist die Wahrheit, so ist es!“)

Das kann man trotz der üblen und üblichen Angriffe der ÖVP auf den Bund sagen, und es bleibt dabei, daß 35 Millionen Schilling immer noch mehr sind als die 30 Millionen Schilling des Landes. Da kann man dagegen sagen, was man will, man braucht ja nur nachzurechnen, Herr Landeshauptmann. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Das stimmt ja nicht!“ – Abg. Schrammel: „Das ist eine betrügerische Rechnung!“)

Es ist außerdem so, daß das Land für die allgemeine Landwirtschaftsförderung im Jahre 1980 und für das Jahr 1981 reduziert hat – das ist ja auch bei der Budgetdebatte deutlich zum Ausdruck gekommen – und daß der Bund erfreulicherweise wieder aufgestockt hat. Besonders kraß ist diese Differenz zwischen den Förderungsmaßnahmen insbesondere auch bei der zweiten Problemgruppe, bei den Bergbauern, die wir auch nicht ganz außer acht lassen wollen. Da hat das Land auch wesentlich weniger gegeben als der Bund; 30 Millionen Schilling beim Bergbauernflächenzuschuß, der Bund hat 47 Millionen Schilling Direktförderung für die Bergbauern gegeben. Dazu kommt als Regionalförderung der sehr beachtliche Betrag von rund einer Milliarde Schilling, die für das Bergbauern-Sonderprogramm in Österreich für 1981 vorgesehen ist. Für den steirischen Anteil sind das rund 160 bis 170 Millionen Schilling, und das sollte man nicht außer acht lassen.

Außerdem möchte ich bei dieser Gelegenheit wieder darauf hinweisen, ich habe das auch schon im Dezember oder bei einer anderen Gelegenheit gesagt: Landwirtschaft ist nun einmal vor allem Landessache. Das gilt auch für die Vorsorge bei den Unwetterschäden. Es geht nicht an, daß man nur immer ruft: Bund zahle! Man muß auch schauen, daß im Lande die entsprechenden Reserven vorgesehen sind, um im Notfall wirksam, rasch und ausgiebig helfen zu können. Man soll nicht immer nur nach Wien zeigen, denn der Bund hat bewiesen, daß er für das Land Steiermark und insbesondere für das Grenzgebiet sehr viel Verständnis hat, nicht in Worten, sondern auch in Aktionen, in Schillingen. (Beifall bei der SPÖ.) Man muß eben selbst auch im Lande mit allen Kräften, die möglich sind, finanziell wirksamer werden. Das scheint mir außerordentlich wichtig, und das gilt auch für die hagel- und frostgeschädigten Landwirte. Es wäre wichtiger gewesen, hier entsprechend Vorsorge zu treffen als zwei Jahre vor der Zeit Wahlkämpfe zu provozieren. Das ist meine Auffassung, meine Damen und Herren!

Vielleicht noch ein Wort zu den ebenfalls vom Herrn Landeshauptmann in seiner Aussage erwähnten General Motors. Ich habe auch dazu schon Stellung genommen. Nur, wenn Sie mit diesen Dingen immer wieder kommen, muß man wohl oder übel reagieren. Ich möchte dazu folgendes sagen: Wenn der Bund auf den Standortwunsch von General Motors damals nicht eingegangen wäre und diesen Großbetrieb hätte ziehen lassen, und zwar ins Ausland hätte ziehen lassen, da war leider kein Wunsch von dieser Stelle aus, von General Motors – (Abg. Dr. Maitz: „Wir sind ja steirische Abgeordnete!“) dann kann ich mir vorstellen, wie Sie dann, meine Herren von der ÖVP, den Bund deswegen in Grund und Boden kritisiert hätten. Das kann man sich lebhaft vorstellen. Weil es eben auch nicht zu verantworten gewesen wäre, den Großbetrieb aus Österreich fortgehen zu lassen. Ihnen, meine Damen und Herren von der ÖVP, geht es eben offensichtlich nicht um die sachliche Erörterung dieser Fragen, sondern um die Wahlpropaganda für die von Ihnen erzwungene Vorverlegung der Landtagswahl. Wenn es Ihnen von der ÖVP um eine effektive Zusammenarbeit in dieser Frage gehen würde, würden Sie nicht der Parteipropaganda, sondern dem gemeinsamen Bemühen um die Sicherung der Arbeitsplätze,

insbesondere im Grenzland, den Vorrang geben. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident:** Der Herr Landesrat Koiner hat sich zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Landesrat Koiner:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nur zu den eben vorgebrachten Behauptungen einige Richtigstellungen. Was den Katastrophenfonds anlangt, wird jedem bekannt sein, auch dem Herrn Abgeordneten Zinkanell, daß die Mittel, die der Bund dafür zur Verfügung stellt, aus einer Sonderbesteuerung rekrutieren, die ihm also zur Verfügung stehen, während das Land im Ausmaß 50 Prozent zu 50 Prozent Landesbudgetmittel dafür zur Verfügung stellen muß. Das nur einmal zur Klarstellung. (Abg. Brandl: „Das sagt nichts aus. Es sind ja letzten Endes auch Steuermittel!“ - Beifall bei der SPÖ.) Das ist doch völlig klar und jedem bekannt. Also bitte, keinen anderen Eindruck zu erwecken!

Die zweite Angelegenheit: In der Grenzlandförderung nun abermals eine Vorstellung und eine Präsentation, die Kraut und Rüben miteinander vermischt. (Abg. Zinkanell: „Sind die 15 Millionen kein Geld?“) 15 Millionen plus 15 Millionen sind Landes- und Bundesmittel für die Grenzlandförderung. Wenn man also, sicher aus Verlegenheit - und ich verstehe das ja wirklich nicht, und das versteht ja auch niemand, und ich glaube sogar, auch Ihr versteht das nicht, wenn der Bundeskanzler selber eine Verwendungszusage gibt, er wird den Landwirtschaftsminister ersuchen, in dieser Sache 30 Millionen zu 30 Millionen zu geben, der Herr Landwirtschaftsminister bisher nicht reagiert hat -, den Herrn Landwirtschaftsminister verteidigen will, dann verstehe ich das schon. Aber, wenn man zu den 15 Millionen Schilling Grenzlandförderung alle anderen Förderungen dazuzählt - (Abg. Zinkanell: „Im Grenzland, für die Landwirtschaft!“) im Grenzland -, dann müßte man doch vom Land aus auch das gleiche tun, und damit kommen wir ja nicht weiter. Dann zählen wir halt vom Land aus auch alle anderen Förderungen im Grenzland dazu und dann schaut die Zahl ja ganz anders aus. Ich bitte doch, hier keine falsche Darstellung zu machen. (Beifall bei der ÖVP.)

Und eine dritte Richtigstellung bitte. Es ist bekannt, daß Hagelfolgeschäden aus dem Katastrophenfonds abgegolten werden. Leider Gottes nicht jene katastrophalen Frostschäden, die wir besichtigt haben - auch die sozialistische Fraktion war dabei - und die uns alle deswegen so beeindruckt und bewegt haben, weil die Menschen dort unten nicht nur eine Neuinvestition von 200.000 Schilling je Hektar vornehmen müssen, sondern faktisch auch vor die Tatsache gestellt sind, drei Jahre aus diesen Neuinvestitionen keine Einnahme zu haben. Eine Situation, die geradezu erschütternd ist. Nun gibt es also aus den Mitteln des Katastrophenfonds hier keine Abgeltung. Ich habe mich sehr bemüht, in einer sehr kurzfristigen Form zu schauen, wie man sie gleich behandelt wie die anderen, die ja für Hagelfolgeschäden etwa 30 Prozent aus dem Katastrophenfonds erhalten. Und nun hören Sie, bitte, gut zu: Es wird diese Regelung so vonstatten gehen, daß wir Gott sei Dank diese „armen Leute“ gleich entschädigen können wie aus dem Katastrophenfonds die

Hagelfolgeschäden. Die Aufbringung der Mittel wird folgendermaßen vor sich gehen: Bund und Land zahlen je 2,5 Millionen Schilling und zu diesen 5 Millionen Schilling aus Budgetmitteln kommen aus meinem Resort noch 3 Millionen Schilling dazu. Das ist unsere Antwort darauf. (Beifall bei der ÖVP. - Abg. Brandl: „Dafür ist das Land zuständig!“ - Abg. Zinkanell: „Das ist kein Almosen, das ist die Forderung, daß man vorsieht und vorbeugt!“)

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer hat das Wort.

**Abg. Dr. Dorfer:** Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Zum Kollegen Turek, der momentan nicht hier ist, möchte ich nur eines feststellen, daß offensichtlich ein Mandatar einer Partei, die nie Verantwortung getragen hat, weder auf Bundes- noch auf Landesebene, sehr leicht redet. Er bezeichnet die Landtagsauflösung als einen Mutwillensakt. (Abg. Brandl: „Da hat er recht!“) Ich frage mich nur, was ist da ein Mutwillensakt. (Abg. Brandl: „Die Auflösung!“) Es gibt alte Demokratien, wie die Schweiz, die die Wähler mehrmals im Jahr, oft sogar sehr oft im Jahr wegen Detailfragen zu den Urnen ruft, alte Demokratien - und bei uns, wo es um grundsätzliche Fragen, die in einer Atmosphäre gelöst werden sollen, die sachlich ist und nicht einen dauernden Wahlkampf vor sich haben, gelöst werden sollen, dazu noch eine neue Mannschaft an der Spitze der Landesregierung. Hier kann es kein Mutwillensakt sein, wenn man dann dem Volk das Recht gibt, zu entscheiden, wem es zumutet, besser steirische Interessen gegenüber Wien zu vertreten. Das kann kein Mutwillensakt sein. (Beifall bei der ÖVP. - Abg. Zinkanell: „Wenn es euch nicht paßt, wählen wir nächstes Jahr im Frühjahr schon wieder!“)

Wenn der Kollege Turek meint, man sollte Klein- und Mittelbetriebe mehr fördern, meine Damen und Herren, das kommt mir wie ein Faschingsscherz vor. Wer hat denn in diesem Hause immer für die Interessen der Klein- und Mittelbetriebe gekämpft? Man hat uns wiederholt als Greißlergeist bezeichnet, hat gemeint, die Großen müßte man fördern, die Verstaatlichte und dergleichen mehr. Die Österreichische Volkspartei ist es seit zwanzig Jahren gewesen, die für die Klein- und Mittelbetriebe das Bestmögliche getan hat. Natürlich gibt es immer noch viel zu tun. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn es heute um Fragen der Wirtschaft in unserem Lande geht, Herr Kollege Zinkanell, ist es zu einfach, auf verfassungsrechtliche Kompetenzen hinzuweisen, Sie meinen, die Landwirtschaft ist nach der Verfassung Landessache, dann könnte man die Diskussion mit der Feststellung schließen: Handel, Gewerbe und Industrie sind nach Artikel 10 der Bundesverfassung ausschließlich Bundeskompetenz, daher berührt uns das nicht. So einfach werden und haben wir uns dieses Problem nie gemacht. Wenn Turek meint, ein Telegramm des Herrn Landeshauptmannes an den Bundeskanzler sei etwas billiges. Ja, bitte, an wen soll er sich denn sonst wenden, der Herr Landeshauptmann, als an den zuständigsten Herrn in diesem Lande, in ganz Österreich, gerade für die verstaatlichte Industrie und als an den Vorsitzenden der Bundesregierung, die für Handel, Gewerbe und Industrie zuständig ist. Außerdem

war es nicht irgendein billiges Telegramm, sondern es ist ja konkrete Hilfe des Landes Steiermark zugesagt worden, obwohl wir nicht dafür zuständig sind. (Beifall bei der ÖVP.) Hilfe in einem Ausmaß, das weit über das hinausgeht, was rein in Relation zu den Budgets uns überhaupt zustehen würde, wenn wir zuständig wären. Das muß einmal mit allem Nachdruck gesagt werden.

Lieber Kollege Loidl, du hast wieder einmal auf ÖVP-Versäumnisse hingewiesen. Ich glaube, nach elfeinhalb Jahren sozialistischer Alleinregierung sollte man nicht mehr in der Urvergangenheit der Wirtschaftspolitik kramen. (Beifall bei der ÖVP.) Im Jahre 1970 hat diese ÖVP-Bundesregierung geordnetste Verhältnisse der sozialistischen Regierung übergeben. (Beifall bei der ÖVP.) Es hat damals eine minimale Staatsverschuldung gegeben, es hat damals das Wort Arbeitsplatzsicherung im politischen Sprachgebrauch nicht einmal gegeben, weil die Arbeitsplätze einfach gesichert waren. Sie treiben ja Schindluder mit diesem Wort, das muß einmal gesagt werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Österreichische Volkspartei hat in der Geschichte dieses Landes schon mehrmals bewiesen, daß sie in der Lage ist, schwierige Situationen gerade im wirtschaftlichen Bereich zu meistern. Du wirst dich erinnern Loidl, daß die Jahre 1967/68 nicht leicht waren. Die damalige Bundesregierung hat diese Konjunkturkrise großartig bewältigt. Sie hat den Mut zu unpopulären und schwierigen Maßnahmen und sie hat diese Maßnahmen durchgezogen. Diesen Mut hat bis heute eine sozialistische Bundesregierung nie aufgebracht. Die Jahre 1970 bis 1974 haben eigentlich den Bazillus gelegt für jene Probleme, die wir heute in der steirischen Wirtschaft haben. Diese großartigste Hochkonjunktur, für die sicher die derzeitige Bundesregierung nichts dafür kann, denn diese Hochkonjunktur hat Mitte 1969 voll eingesetzt – das wird Ihnen jeder Wirtschaftsforscher bestätigen –, diese Hochkonjunktur wäre die Zeit gewesen, um diese Strukturprobleme zu lösen. Man hat sie offensichtlich nicht im leisesten gelöst, ja nicht einmal gedacht, sie zu lösen. Man hat geglaubt, eine Fusion ist das Allheilmittel, mit dem alle Probleme aus der Welt geräumt sind. Lesen Sie doch nach die Protokolle dieses Hohen Hauses anlässlich der Fusionsdiskussion im Jahre 1972. Selbstverständlich waren wir auch für die Fusion. Wie haben nur darauf hingewiesen, daß es eine Illusion wäre, zu glauben, daß mit dieser Fusion alle Probleme gelöst sind, wie Sie es dargestellt haben. Diese Fusion hat auch sehr viele gefährliche Entwicklungen gerade für die steirische verstaatlichte Industrie in sich geborgen, Schwierigkeiten, an denen wir heute zu beißen haben.

Meine Damen und Herren, die Zeit 1970 bis 1974 war die Zeit und deswegen nenne ich diesen Bazillus als den schlimmsten, wo man den Leuten Illusionen an die Wand gelegt hat. Der Herr Präsident des Gewerkschaftsbundes ist herumgegangen und hat von der Benja-Formel gesprochen. Drei Prozent Nettoeinkommenssteigerung mittelfristig, und weil das 1976 nicht mehr gestimmt hat, hat er gemeint, das ist jetzt vorübergehend, weil 1975 Konjunkturkrise, wird schon wieder werden. Seit Jahren hören wir von diesem Märchen nichts, das ist praktisch Salz in die Augen der Menschen streuen, und alle haben die wahren Probleme damit voll verkannt. Es ist den Menschen alles als machbar hingestellt worden, es ist eine Gefällig-

keitspolitik betrieben worden, mit der man wohl Wahlen gewinnen kann, mit der man auch die Wahlen gewonnen hat, aber mit der man nicht einmal gedacht hatte daran und auch nicht konnte, die Probleme zu lösen, die strukturell vor allem in der steirischen Wirtschaft drinnen waren. Es hat heute, glaube ich, Prensberger gesagt, das Booz-Allen-Gutachten ist überhaupt nichts Neues, das haben wir schon vor elf und zwölf Jahren gewußt. Die Hochkonjunktur wäre die Zeit gewesen, diese Probleme zu lösen. Die Ernüchterung hat dann der Konjunkturreinbruch 1975 gebracht, weil es in jeder halbwegs freien Wirtschaft, und sogar im Osten ist es so, ein Auf und Nieder im wirtschaftlichen Geschehen geben mußte. (Abg. Brand: „Das wird ja in England so hervorragend gemacht. Dort machen sie eine konservative Wirtschaftspolitik!“) Lieber Herr Kollege Brandl, ich möchte jetzt nicht urteilen über die englische Wirtschaftspolitik. Ich war vor einigen Tagen drüben. Sie wird das wieder aufbauen, was eine nächste Laborparty wieder Gelegenheit hat, hinauszuerwerfen und schlecht zu machen auch in der englischen Entwicklung. Da können Sie sicher sein. Wenn heute der Dollar und der Pfund Sterling sich sehr gut entwickeln, so deswegen, weil dort eine Wirtschaftspolitik gemacht wird, die wir sicher in vielen Belangen nicht billigen, weil sie nach unserem Empfinden zu wenig sozial ist und sozialer sein würde, wenn es eine Volkspartei machen würde.

So schlecht, wie Sie es hinstellen, ist diese Wirtschaftspolitik beileibe nicht. Und auch die Reagan-Administration hat einen „push“ in der wirtschaftlichen Entwicklung Amerikas gebracht und wird heute als Ausgangspunkt einer neuen Konjunktur, die uns hoffentlich Mitte des nächsten Jahres erreichen wird, hingestellt. Die Folge dieser Schlendrianpolitik dieser Bundesregierung der letzten Jahre war immer mehr Staatsverschuldung, immer mehr Entindustrialisierung. (Abg. Loidl: „Du brauchst ja bei uns keine Wahlrede zu halten, wir sind nicht zu überzeugen!“) Ja, ist es nicht so? Sie lachen, Herr Kollege Brandl. Haben wir vielleicht weniger Staatsverschuldung bekommen? Von 40 auf über 300 Milliarden Schilling sind wir gestiegen. Das ist unverantwortlich! Immer weniger Industrialisierung, immer weniger Mobilität! Die einzige Rettung war der gewerbliche Mittelstand. Bei den Arbeitsplätzen und vor allem, daß es heute keine Jugendarbeitslosigkeit gibt, verdanken Sie jenen Greißlerbetrieben, die Sie vor zehn, fünfzehn Jahren so als irgendein Relikt aus der Zunftzeit des Mittelalters hingestellt haben; auch an diesem Rednerpult, man bräuchte nur in den Annalen dieses Hohen Hauses nachblättern. Heute ist die Bundesregierung offensichtlich handlungsunfähig in wirtschaftspolitischer Hinsicht, weil die Staatsverschuldung ihr über den Kopf gewachsen ist, und ich höre aus nächster Umgebung des Herrn Finanzministers, wie er sich herum-schlägt.

Nun, die Probleme der steirischen Wirtschaft haben sicher ihre Wurzeln in erster Linie in der verfehlten Wirtschaftspolitik dieser Bundesregierung. Kollege Dr. Heidingger hat schon auf die Eigenkapitalentwicklung hingewiesen, die einfach grauenhaft ist. Und wenn man die Theorie vertreten hat wie der Herr Androsch, das spielt keine Rolle, weil mit weniger Eigenkapital und mehr Fremdkapital müsse man

immer mehr intelligente Produkte investieren, um die Kapitalien und Zinsen zu bezahlen, so ist das in der Theorie wunderschön, in der Praxis, wenn sich die Konjunktur abschwächt, wenn sich Strukturprobleme ergeben, sind diese Betriebe eben pleite, und das erleben wir zur Zeit. Es ist unsere wirtschaftsgeographische Randlage, weil wir nun einmal – von unseren Handelspartnern her gesehen – im Nordosten hinter dem Berg liegen, und es sind die alten Industrien mit einer geringen Wertschöpfung, deren Strukturprobleme man eben nicht bewältigt hat.

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung hat offensichtlich ein zentralistisches Wirtschafts- und Raumordnungskonzept und geht nach diesem vor. Hoffentlich liegen nicht Motive dahinter, die wir an dieser Stelle lieber nicht aussprechen wollen. Jedenfalls muß sich das ändern.

Die Milliarden, die beim AKH vergeudet werden – nur ein Zehntel kostet ein steirisches Bett in einem Landeskrankenhaus verglichen mit dem AKH –, die UNO-City, Kongreßzentrum – dort hätte man sogar Geld gehabt, aber nichts für die Lösung der VEW-Probleme. Die Länderbankmisere ist ja ein zusätzliches Kapitel trauriger sozialistischer Wirtschaftspolitik. Der Herr SPÖ-Erntl – reden wir doch einmal, wie die Dinge sind –, das hätte bei einem ÖVP-Mann, der an der Spitze der Kreditanstalt war (Abg. Loidl: „Das war ja ein ÖVP-Mann, der diese Kredite in der Länderbank bewilligt hat!“), nicht passieren können. Dieser Schlendrian! Und jetzt der Herr Vranitzky macht es ja bekanntlich nicht besser.

Meine Damen und Herren, die Tragik für die Landespolitik daraus ist, daß diese steirische SPÖ voll am Gängelband der Bundes-SPÖ hängt. Sie ist offensichtlich nicht in der Lage, steirische Interessen ohne Rücksichtnahme auf die Bundes-SPÖ zu vertreten, ganz im Gegenteil zur steirischen ÖVP, die auch in Zeiten einer ÖVP-Bundesregierung immer steirische Interessen vertreten hat, oft gegen den Willen der ÖVP auf Bundesebene. (Abg. Brandl: „Sehr zurückhaltend!“) Ich kann nur sagen, wir bedauern diesen Ohnmachtzustand der steirischen SPÖ.

Meine Damen und Herren, der Herr Abgeordnete Premberger hat die Frage aufgeworfen, ja sagen Sie uns doch, was notwendig wäre. Ich sage es Ihnen, meine Damen und Herren – es ist nicht meine Weisheit, sondern die Weisheit sehr vieler: Notwendig wären Anreize für zusätzliche Investitionen, notwendig wäre vor allem eine Verbesserung des Investitionsklimas, notwendig wäre damit ein Ende der Verunsicherung der Unternehmen – einmal indirekte Investitionsförderung weg, dann doch wieder nicht ganz weg; ja wie stellen Sie sich denn das vor, daß ein Unternehmer in ein Unternehmen heute investiert, wenn er gar nicht weiß, ob es nächstes Jahr überhaupt noch eine vorzeitige AfA gibt.

Es wären gerade in diesen Fragen klare Erklärungen dieser Bundesregierung längst fällig. Was die Wirtschaft heute braucht, auch in der Steiermark, das ist Vertrauen. Die Bundesregierung sorgt (Abg. Loidl: „Weißt du, was notwendig wäre? Den Zinssatz wie in Amerika zu senken!“), lieber Herr Kollege Loidl, seit Monaten für Verunsicherung und dem muß ein Ende gesetzt werden. Wir hoffen, daß auch die steirische

SPÖ nach den Landtagswahlen – vorher können wir es nicht erwarten – in der Lage ist, eigenständig zu sein und nicht nur ein Anhängsel der Bundes-SPÖ. Was wir brauchen, ist ein gemeinsamer Aufbruch im Kampf um steirische Interessen ohne Rücksichtnahme auf unsere Wiener Parteizentralen. Danke schön. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Präsident Ileschitz. Ich erteile es ihm.

**Abg. Präsident Ileschitz:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe mir jetzt sehr lange die Ausführungen im Hinblick auf die dringliche Anfrage, die die ÖVP an sich selbst gerichtet hat (Abg. Dr. Dorfer: „Wir schieben keine Verantwortung ab!“), angehört. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich nun da lese: „Neben den bekannten Problemen in den verstaatlichten Betrieben, der VÖEST-ALPINE, der Vereinigten Edelstahlwerke, Zellulose –“ und so weiter und so weiter, dann muß ich eines sagen: Man scheint sicherlich in diesem Hause verschlafen zu haben, daß die sozialistische Fraktion des Steiermärkischen Landtages schon seit fünfzehn, ja zwanzig Jahren auf die besondere Stellung der steirischen Wirtschaft in der Steiermark hingewiesen hat.

Immer und immer wieder haben wir – ich könnte Ihnen stundenlang Protokolle vorlesen, aber dazu haben wir keine Zeit – darauf hingewiesen, wie notwendig es wäre, sich den Sachproblemen des Landes Steiermark zuzuwenden, sich mit der Problematik der Grundstoffindustrie zu beschäftigen, sich damit zu beschäftigen, wie einer künftigen Entwicklung entgegen gesteuert werden kann. Nichts, aber gar nichts ist geschehen! Wenn es nicht anders gegangen ist, hat man eine Kommission oder einen Verein gegründet, die von Anfang an zum Sterben verurteilt waren, die nie in Bewegung gesetzt wurden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wurde gesagt – Arbeitsplatzsicherung und so weiter –, die Sozialisten tun nichts dafür. Allein schon in den Protokollen beziehungsweise in den Statuten des Österreichischen Gewerkschaftsbundes steht als Punkt zwei nach „Erhaltung der demokratischen Einrichtungen“ und so weiter „Arbeitsplatzsicherung, Erreichung der Vollbeschäftigung“. Und danach haben die Gewerkschaften in diesem Lande gehandelt, die Kammern und die Sozialistische Partei. Sonst wäre es nicht möglich, in einer Welt – im Jahre 1980 und jetzt 1981 –, wo es 26 Millionen Arbeitslose und im EG-Raum bereits 10 Millionen Arbeitslose gibt, in Österreich derzeit einen Stand von 2,810.000 unselbständig Erwerbstätigen und nur 1,3 Prozent an Arbeitslosigkeit zu besitzen. (Beifall bei der SPÖ.) In einer Welt, in der die Arbeitslosenraten gerade in der konservativen Ländern, Herr Abgeordneter Dr. Dorfer, 4, 5, 6, 8, ja 10 Prozent betragen und weiterhin steigen. Also eine großartige Leistung der sozialistischen Regierung. Das will ich einmal sehr deutlich feststellen. (Abg. Dr. Dorfer: „Herr Präsident, das verdanken Sie der Mentalität unserer Unternehmer, vor allem der mittelständischen!“)

Wir haben aber auch darauf hingewiesen, daß es in der Steiermark nicht bei 1,3 Prozent Arbeitslosen liegt,

sondern, daß die Rate um einiges höher ist. Und nun kommt die Frage, meine Damen und Herren, die Grundsatzfrage überhaupt: Wieso ist die Steiermark nicht imstande gewesen, nach 36jähriger Mehrheit der Österreichischen Volkspartei in diesem Hause zu einer entsprechenden Lösung zu gelangen wie in den anderen Bundesländern? Das ist die Frage dabei. Ich muß weiters fragen, meine Damen und Herren, warum haben Sie unsere vielen Angebote, sich in einer Wirtschaftskommission des Landes zusammzusetzen, bis heute überhaupt nicht verwirklicht? Warum hat es acht Jahre gedauert, bis es möglich war, ein Steiermärkisches Wirtschaftsförderungsgesetz, nach Ihrem Willen getrennt nach einem Mittelstands- und Industrieförderungsgesetz, zu erhalten? Warum ist es nicht möglich, dort mehr Kontrolle einwirken zu lassen? Wir warten noch immer, daß der gesetzliche Auftrag nach einer Geschäftsordnung, die dem Beirat zu geben ist, nach der er Arbeiten verteilen soll, verwirklicht wird. Abgelehnt wird es, weil man kontrollos wirtschaften will, weil man die Seite der Arbeitnehmer ausschalten will.

Und nun, meine Damen und Herren, wer sind die Schuldigen in dieser Industrie? Die Bundesregierung (Abg. Dr. Dorfer: „Das glaubt Ihnen nicht einmal der Herr Landesrat Klausner!“) – Herr Kollege Dr. Dorfer, es dürfte Ihnen gerade als Direktor der Handelskammer Steiermark bekannt sein, daß es ein Aktiengesetz gibt, daß es verantwortliche Organe für die Betriebe gibt. Wer war verantwortlich für die Österreichische Alpine-Montan-Gesellschaft? Ein Generaldirektor Oberegger und noch immer ein Generaldirektor Roth. Das sind die Herren, die den Vorstand geführt und genau den Auftrag ausgeführt haben, den Sie ihnen gegeben haben.

Meine Damen und Herren von der ÖVP, die Tatsache, daß es keine Ausweitung der verstaatlichten Industrie, keine Finalindustrie gab, sondern den billigen Rohstoff liefern müssen, egal ob das a la long gesehen vernünftig oder unvernünftig ist, haben Sie allein zu verantworten.

Ich gehe weiter. Wer ist der Vertreter zum Beispiel in der VEW? Nichts gegen Bayer, aber auch ein Mann von Ihnen, der seit Jahrzehnten diesem Werke vorsteht. Niemand anderer als der Vorstand ist zuständig und der Vorstand ist nach dem Aktienrecht verantwortlich. Der Herr Bundeskanzler kann eingreifen, wenn einmal alles kaputt ist, früher hat er keine Möglichkeit und auch gesetzlich kein Recht dazu.

Ich frage weiter. Leykam: Na, wer war dort der Verantwortliche? Wer hat die Leykam geführt, wer hat die Leute auf diesen Platz gerufen. Der Herr Generaldirektor der Creditanstalt Bankverein in Verein mit Ihnen hat die verantwortlichen Leute in diese Firmenvorstände als Generale hingesetzt. Die Herrschaften haben die Verantwortung zu tragen gehabt. Das beginnt oben, geht nach unten, das kann der Bundeskanzler nicht beeinflussen, sondern die Vorstände haben das zu tun. Wir wußten um die Dinge, aber wehe, wenn nur dem einen oder anderem die Abberufung droht, wie ein Mann sind Sie aufgestanden oder stehen Sie auf und sagen: das ist eine Verfolgung eines tüchtigen Wirtschafters. Die Pleite ist heute vollkommen. Wenn Sie sagen Pöls, ein italienisches Unternehmen. Wir Österreicher und Kreisky mußten helfen, damit dieser Standort erhalten bleibt, damit dieser

Betrieb modernisiert und weiterhin erhalten werden kann. Eumig, Ihr Aushängeschild der österreichischen Paradeunternehmer, der privaten, nicht verstaatlicht, der Voggenhuber. Ich habe Gelegenheit gehabt, mit ihm zu reden. Er ist zur Länderbank gegangen, weil er dort im sicheren Hort war und hat mit dazu beigetragen, daß diese Bank in Schwierigkeiten gekommen ist. Genauso wie der Privatbetrieb, die Klimatechnik. Das waren lauter Private. Dann kommt die Bank in Schwierigkeiten, dann sagt man, das ist die schlechte sozialistische Wirtschaft, das ist der Bundeskanzler. Meine sehr verehrten Damen und Herren, so kann man nicht Politik betreiben. Wir haben Hunderte Male Ihnen von dieser Stelle aus Angebote gemacht zu einer echten, aufrechten Zusammenarbeit. Der neue Landeshauptmannstellvertreter Gross hat Vorschläge gemacht zur Errichtung eines steirischen Industrieinstitutes. Das wird negiert. Solche Dinge werden nicht behandelt, weil sie nicht die ÖVP-Marke tragen. So kann man nicht Wirtschaftspolitik betreiben. Ich möchte gar nicht auf viele Details eingehen, ich könnte stundenlang reden.

Vielleicht ein paar Ziffern, wie sehr gerade der Staat der verstaatlichten Industrie geholfen hat, sonst wäre sie kaputtgegangen. Die Alpine-Montan-Gesellschaft wäre schon längst vor die Hunde gegangen, hätte es nicht die Fusion mit der VÖEST gegeben. Das ist eine klare Tatsache. (Beifall bei der SPÖ.) Ihre Mannen von Donawitz sind mit weißem Helm da aufmarschiert und haben gegen die Fusion gestimmt. Heute sind sie glücklich, daß es so weit ist, daß fusioniert wurde und daß die Arbeitsplätze erhalten werden konnten. Ich möchte nicht über die Milliarden Schilling, die in den letzten zehn Jahren an die Alpine-Betriebe für Investitionen und so weiter vergeben wurden, ich möchte nicht über die Milliarden reden, die auch die VEW bekommen haben als selbständiges Unternehmen. Ich möchte nicht daran denken, was geschehen ist in Milliardenhöhe im Hinblick auf die Änderung der Infrastruktur. Denn bevor die Sozialisten die Regierung übernommen haben, hat es überhaupt keinen Gedanken zum Beispiel an eine Pyhrnautobahn gegeben, das ist die Geburt aus dem Jahre 1971. Sie wurde sehr rasch verwirklicht, weil wir die Infrastruktur brauchen, weil wir den Anschluß an die Welt brauchen und heute wird mit aller Vehemenz daran gebaut. Meine Damen und Herren, anklagen ist gut, aber nicht vor einer Wahl, vor einer Wahl, die man erzwingt, um sich vor der Verantwortung zu drücken, weil man glaubt, wenn das zwei Jahre weitergeht, dann wird so vieles augenscheinlich, was hier zu Unrecht oder aus Mißverständnis oder aus Mißgunst in diesem Lande geschehen ist. Daher wählen wir früher, weg mit dem Theater, die Steirer werden das nicht überziehen, die werden nicht draufkommen. Dann haben wir eine lange Periode, vielleicht sogar eine verlängerte von sechs Jahren. Meine Damen und Herren, die Situation ist sehr ernst. Wir haben viele Male hier gesprochen, daß wir nur die Spitze des Eisberges hier erkennen können, wie schwierig die Situation der Wirtschaft in der Steiermark ist. Ich habe x-Male vor Jahren schon hingewiesen, daß wir den achten Rang in der Wertschöpfung aller Bundesländer nur einnehmen, daß wir den achten Platz in den Einkommensverhältnissen nur einnehmen, daß das Grund und Ursache ist, nicht Schlußlicht zu werden

hinter dem Burgenland, sondern, daß wir uns zusammensetzen und arbeiten. Was ist geschehen von den Angeboten der Arbeitnehmerseite? Nichts, gar nichts ist geschehen in dieser Richtung hin. Am letzten Tag, wo der Landtag aufgelöst werden soll, kommt man nun mit diesem Antrag daher und will die Bundesregierung dafür verantwortlich machen, was im Land versäumt wurde, was man hier nicht getan hat nach 36 Jahren ÖVP-Regierung. (Beifall bei der SPÖ.) Wenn es Ihnen ernst ist, zu arbeiten, meine Damen und Herren, dann ziehen Sie Ihren Antrag auf Auflösung des Landtages zurück. Setzen Sie sich mit uns sofort zusammen und arbeiten zum Wohle der Steiermark. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Kollmann hat sich zum Wort gemeldet.

**Abg. Kollmann:** Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Da der Herr Präsident Ileschitz sein Plädoyer für die Bundesregierung beendet hat, kann ich mich wieder dem zuwenden, was eigentlich der Sinn unserer dringlichen Anfrage ist, zu den Arbeitsplätzen, zur Wirtschaft, zu den Arbeitnehmern in unserem Land. (Abg. Zinkanell: „Da haben Sie überhaupt nicht zugehört!“ – Abg. Brandl: „Schlecht aufgepaßt!“)

Anlässlich der Bilanzpressekonferenz der VÖEST-Alpine hat Herr Generaldirektor Apfalter unter anderem bekanntgegeben, daß von den in Donawitz produzierten 1,2 Millionen Jahrestonnen etwa 400.000, das ist ein Drittel der Gesamtproduktionsmenge, ernstlich gefährdet sind und nun auch die Möglichkeit besteht, daß es zu Stilllegungen im Werk Donawitz kommen könnte, zu Teilstilllegungen ist wörtlich gesagt worden. Diese Nachricht, meine Damen und Herren, hat im obersteirischen Raum wie eine Bombe eingeschlagen. Das werden Sie, glaube ich, verstehen und ich bitte auch um Verständnis dafür, daß ich mich ausschließlich mit dem Leoben-Donawitzer Raum in wenigen Sätzen beschäftigen möchte.

Nicht nur, weil ich Leobner bin und die Hütte Donawitz sehr genau kenne, ich habe lange genug dort gearbeitet, sondern weil die Hütte Donawitz immer als jenes steirisches Stahlbollwerk gegolten hat, und es ist noch nicht lange her, daß es besondere Optimisten gegeben hat, die immer wieder geglaubt haben, es wird möglich sein, von anderen Konzernwerken freierwerdende Arbeitskräfte noch nach Donawitz zu überstellen. Es geht also in Donawitz um ein Drittel der Produktion und sicherlich dann um etwa ein Drittel der Arbeitsplätze in diesem Raum. Auch nachfolgende Dementis können natürlich diese traurige Tatsache keineswegs wegwischen. Ich habe nun nicht die Absicht, hier die internationalen Aspekte der Stahlkrise zu verleugnen, aber es sei sehr deutlich gesagt: Es sind nicht nur die Japaner und nicht nur die Entwicklungsländer und nicht nur die Rohstoff- und Energiekosten, es sind sicherlich nicht allein die Stahlkocher im norditalienischen Brescia. Ich möchte nun nicht auf meinen Landtagsantrag von 1975 zurückkommen, als ich eine Untersuchung der Auswirkung der VÖEST-Alpine-Fusion gefordert habe, obwohl eine derartige Studie im gegenwärtigen Zeitpunkt sehr aktuell wäre und sehr aufklärend wirken könnte. Sei-

tens der Konzernleitung der VÖEST-Alpine und vor allem auch seitens der Bundesregierung wird immer wieder betont, daß man die steirischen Standorte der verstaatlichten Industrie nicht benachteiligen, sondern im Gegenteil sogar fördern wolle. Auch der Bundeskanzler hat in der Regionalkonferenz im Oktober des vorigen Jahres in Leoben deutlich betont, er werde für diesen Raum etwas ganz Besonderes tun. Nun gibt es aber einige Dinge, die ungereimt sind, und drei dieser Dinge möchte ich herausgreifen und Ihnen kurz sagen. Die Satzungen der VÖEST-Alpine sehen drei Hauptverwaltungen vor: Wien, Linz und Leoben. Man müßte also meinen, daß eine Hauptverwaltung Leoben auch in gewisser Weise ein Entscheidungsträger sein muß, was natürlich sehr sinnvoll wäre, weil bekanntermaßen ein räumlich nahes Zusammenwirken von Management und Produktion sehr förderlich für eine rationelle und auch technisch gute Arbeitsweise sein kann. Aber wie sieht das nun wirklich aus in Leoben? Wie sehr die Hauptverwaltung Leoben entscheidungsfähig ist, sieht man daran, daß in der Hauptverwaltung Leoben von insgesamt etwa 70 VÖEST-Alpine-Prokuristen kein einziger sitzt. Wir haben überhaupt in der Steiermark nur einen Prokuristen dieses großen Stahlkonzerns, und das ist der Werksdirektor von Zeltweg. Darüber hinaus, bitte hören Sie jetzt gut zu, in der VÖEST-Alpine-Hauptverwaltung Leoben gibt es keinen einzigen Mann der ersten Berichtsebene, und das ist immerhin jene Ebene, die unmittelbar unter dem Vorstand liegt. Kein einziger Mann der ersten Berichtsebene ist in der Hauptverwaltung Leoben. (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist das Ergebnis der Fusion!“)

Ich frage hier, warum – wenn man seitens der VÖEST-Alpine und der Regierung immer wieder die steirischen Standorte betont fördern will – hat der Eigentümer, die Bundesregierung oder der Konzernvorstand noch nicht veranlaßt, daß Teile des Linzer Anlagenbaues in die Steiermark verlegt werden? Wir wollen den Linzern nichts wegnehmen, aber wir wissen, daß sie immer Arbeitskräfte suchen, Arbeitskräftemangel haben. Wir hätten sie hier. Wenn Sie bitte noch bedenken, daß sich der Auftragsstand im Linzer Anlagenbau der VÖEST-Alpine derzeit bei 38 Milliarden Schilling bewegt, und wir in der Steiermark zittern um die Arbeitsplätze in der VÖEST-Alpine. Das ist doch nicht normal! Da draußen ein Auftragsstand von 38 Milliarden Schilling, und wir wissen nicht, wie wir die Leute in unserem Raum beschäftigen sollen. (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist die Liebe der SPÖ zur Steiermark!“)

Ein drittes und letztes Beispiel, meine Damen und Herren: Der VÖEST-Alpine-Konzern beabsichtigt, in Ferlach in Kärnten die Drahtproduktion mit einem Aufwand von 380 Millionen Schilling auszubauen, obwohl die Fachleute meinen, daß eine solche Drahtproduktion natürlich nur in die Hütte Donawitz oder zumindest in den obersteirischen Raum aus technischen und kostensparenden Gründen zu legen wäre.

Also, meine Damen und Herren, man darf seitens der VÖEST-Alpine nicht die Ertragslage der steirischen Betriebe beweinen und Teilschließungen androhen, wenn man vorher nicht bereit war, gewinnträchtige Produktionssparten hierher zu verlagern oder Teile davon hier anzusiedeln. Wir alle hoffen, daß sich die Preissituation auf dem Stahlmarkt erholt und daß das

Donawitzer Produktionsdrittel und damit auch die Arbeitsplätze gerettet werden können. Wenn sich aber diese Gefahr nicht abwenden läßt, dann verlangen wir mit unserem Landeshauptmann, vor jeder Freisetzung von Arbeitskräften die Schaffung neuer Ersatzarbeitsplätze. (Beifall bei der ÖVP.) Wir dürfen und müssen diese Forderung hier in der Steiermark erheben, weil die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung sehr wesentlich zum Substanzverlust auch der verstaatlichten Unternehmungen beigetragen hat und sehr wesentlich dafür verantwortlich ist, daß die verstaatlichte Industrie aus eigenem nicht mehr Arbeitsplätze zu schaffen imstande ist. (Abg. Dr. Dorfer: „2. Abgabenänderungsgesetz!“) Genau! Das zweite Abgabenänderungsgesetz wird ebenfalls sehr vom Konzernvorstand der VÖEST-Alpine beweint.

Herr Generaldirektor Apfalter hat in der letzten Ausgabe der Mitarbeiterzeitschrift „Blick“ einen Satz geschrieben, den ich Ihnen nicht vorenthalten möchte. Ich zitiere: „Niemand braucht eine große Phantasie, sondern muß nur über den eigenen Werkszaun schauen, um zu erkennen, welche katastrophalen Folgen die Aushöhlung der Substanz eines Unternehmens nach sich zieht. Sichere Arbeitsplätze gibt es nur auf einer gesunden wirtschaftlichen Grundlage und darum geht es jetzt vorrangig.“ Soweit der Herr Generaldirektor Apfalter. Wir stimmen in diesem Fall mit dem Generaldirektor völlig überein und müssen daher als Steirer vom Bund verlangen, daß er diese gesunden wirtschaftlichen Grundlagen für alle steirischen Betriebe und auch natürlich für die Betriebe der Verstaatlichten schafft. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Der Herr Erste Landeshauptmannstellvertreter Gross hat sich zum Wort gemeldet.

**Erster Landeshauptmannstellvertreter Gross:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die ÖVP hat heute eine dringliche Anfrage eingebracht und einen Beschlußantrag vorgelegt; der sich mit den besonderen wirtschaftlichen Problemen der Steiermark beschäftigt. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß uns diese Probleme der Steiermark seit Jahren bekannt waren und daß wir alles in unserer Kraft Stehende getan haben, um diese Probleme bestmöglich zu meistern. Ich bin persönlich der Überzeugung, daß die Österreichische Volkspartei heute hier diesen Antrag und die dringliche Anfrage vor allem aber deshalb eingebracht hat, weil sie damit das zudecken will, was von den meisten Steirern und Steirerinnen nicht verstanden wird, nämlich die Verlegung der Landtagswahlen um zwei Jahre in diesem Lande. (Beifall bei der SPÖ.)

Nun, meine Damen und Herren, wenn hier in Diskussionsreden politische Unsicherheit, Handlungsunfähigkeit in diesem Lande festgestellt wird, dann frage ich mich, gibt es nicht einen funktionierenden Landtag, gibt es nicht eine funktionierende Landesregierung (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Gott sei Dank!“), gibt es nicht eine große Gemeinsamkeit in den Grundsatzen dieses Landes, nicht nur in den letzten Problemen, wie sie bei Eumig, Solo, VÖEST aufgeschienen sind. Es hat eine gemeinsame Linie der Steiermark gegeben und wird sie geben, auch um den Standort Pöls, um den wir gemeinsam gerungen haben. Es hat

eine gemeinsame steirische Linie gegeben nicht nur für die Schnellstraße in der Mur- und Mürz-Furche, die wir so dringend brauchen, sondern auch für die Pyhrn- und Südautobahn. Das heißt, in allen Lebensfragen der Steiermark haben wir diese gemeinsam mit unserer Kraft auf allen Ebenen, wo uns dies möglich war, vertreten. Ich bedarf hier keines Aufrufes von ÖVP-Abgeordneten – ich möchte sie gar nicht zitieren –, die sagen, die steirische SPÖ ist handlungsunfähig, sie ist gegenüber dem Bund ohnmächtig, sie hat keine eigene Meinung – meine Damen und Herren, wenn es um die Lebensinteressen der Steirerinnen und Steirer geht, dann haben wir sehr wohl eine steirische und eine eigene Meinung. Und wir haben das auch wiederholt bewiesen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, wir alle wissen, daß die Fragen der Arbeitsplatzsicherung heute absolut im Vordergrund stehen, und es kann nicht meine Aufgabe sein – das würde zu lange dauern –, die ganze Problematik unserer Situation hier näher zu schildern. Denn sie kommt ja nicht nur allein aus Versäumnissen, aus der schlechten Infrastruktur, nicht nur aus der geographischen Randlage, sondern hier spielen einfach viele Faktoren zusammen, und ich glaube, man kann das nicht einfach damit wegwischen, daß man sagt, all das, was nicht geschehen ist, dafür ist die Bundesregierung verantwortlich. Denn, meine Damen und Herren, eines bleibt ganz klar bestehen, daß diese Bundesregierung seit ihrem Amtsantritt der Steiermark nicht nur in den Fragen des Straßenbaues, sondern auch der Arbeitsplatzsicherung absoluten Vorrang und Priorität eingeräumt hat. (Beifall bei der SPÖ.)

Schauen Sie, nur ein Beispiel: Im Budget des Jahres 1981 finden Sie bundesweit über eine Milliarde Schilling für arbeitsmarktfördernde Mittel. Von dieser einen Milliarde Schilling werden fast 300 Millionen Schilling in die Steiermark gehen. Das heißt, der Bund erkennt unsere Schwierigkeiten, und so sehr wir froh sind, daß man uns hier in diesem Ausmaße hilft, zeigt es aber auch die besondere Schwierigkeit, in der wir uns als Steirer befinden.

Meine Damen und Herren, Fragen der Arbeitsplatzsicherung waren für mich nie ein Wahlkampfthema. Aus meiner jahrzehntelangen beruflichen Tätigkeit, glaube ich, kann ich mit echter Überzeugung sagen, daß viele Menschen in diesem Lande wissen, daß das für mich eine Herzensangelegenheit ist und ich um jeden Arbeitsplatz gemeinsam mit den Sozialisten in diesem Lande und – wenn Sie wollen – auch mit Ihnen kämpfen werde. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, wenn Sie in diesem Zusammenhang der Bundesregierung über Versäumnisse oder nicht gesetzte Aktivitäten Vorwürfe machen, dann, glaube ich, wollen Sie einfach nicht wahrhaben, in welcher Situation wir uns derzeit weltweit befinden. Der Kammerpräsident Ileschitz hat das bereits angedeutet, und das kann man hier auch nicht einfach vom Tisch wischen. 30 Millionen Arbeitslose im OECD-Raum, 7 Millionen Arbeitslose im Raum der EWG und die größten Arbeitslosenraten und die höchsten Inflationsraten in jenen Staaten, die von konservativen Regierungen regiert werden. (Beifall bei der SPÖ.) Und, meine Damen und Herren, wir als Österreicher sind so stolz, daß wir in dieser weltweiten schwierigen wirtschaftlichen Situation bewiesen haben, daß

Arbeitslosigkeit „nicht etwas Gottgewolltes ist“, wenn es eine Regierung gibt, die bereit ist, dagegen etwas zu unternehmen. Um diesen Weg, den wir seit der Krise 1976/77 gegangen sind, werden wir heute in aller Welt beneidet; beneidet von wirtschaftlich ungleich stärkeren Staaten als es das kleine Österreich ist. Wenn Sie versuchen, das alles heute hier negativ zu beurteilen, dann sage ich Ihnen: Die österreichische Bevölkerung hat in einem hohen Ausmaße dieser Bundesregierung immer wieder ihr Vertrauen gegeben. Wenn wir uns gemeinsam bemühen, die Probleme zu beherrschen, dann sage ich Ihnen, daß wir hier keine Trennung vornehmen sollen zwischen verstaatlichter Industrie hier und Privatindustrie dort. Wenn hier gesagt worden ist: keine Freistellungen ohne Ersatzarbeitsplätze, dann muß das für den gesamten Bereich der Wirtschaft gelten, aber nicht einseitig gehandhabt werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich habe bereits in einer Pressekonferenz angekündigt und es ist für uns eine Forderung: In der Bundesverfassung wird das Recht auf Arbeit verankert. Ich bin persönlich der Meinung, wenn wir das als das Problem Nummer eins nicht nur ansehen, sondern uns auch tatsächlich dazu bekennen, dann sollen wir das auch in entsprechender Form in der Landesverfassung verankern. Damit soll der Bürger in diesem Lande das Gefühl haben, für uns hat sein Arbeitsplatz absoluten Vorrang vor allen anderen Problemen. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn hier einzelne Forderungen aufgestellt worden sind über einen Stahlplan für die Steiermark und anderes mehr, dann möchte ich nur sagen: Diesen Stahlplan gibt es ja bereits, es sind ungeheure Investitionen vorgenommen worden. Wenn sie nicht getätigt worden wären, dann wäre die Steiermark heute in einer ungleich schlechteren Situation als wir sie heute vorfinden. Aber ich sage Ihnen trotz dieses frühzeitigen Auflösungsbeschlusses des Landtages: Wenn die Erhaltung und Sicherung der Arbeitsplätze in diesem Lande für uns bedrohlich erscheint, dann werden wir steirischen Sozialisten immer das Interesse der Menschen, die hier leben und arbeiten, im Vordergrund sehen. Und wenn Sie wollen, dann werden Sie uns auch in dieser Frage immer an Ihrer Seite finden. Wir sagen das nicht nur, weil wir Wahlkampf haben, wir haben es durch Jahre und Jahrzehnte auch hier in der Steiermark bewiesen. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident:** Herr Landesrat Fuchs hat sich zum Worte gemeldet.

**Landesrat Dipl.-Ing. Fuchs:** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist nicht leicht, zur mittägigen Stunde nach so einer emotional aufgeladenen Debatte mit ein paar sachlichen Dingen zu kommen. Noch dazu, wenn das Pult kaputt ist, das erleichtert die Situation überhaupt nicht. (Abg. Ileschitz: „Das hat ein Tischler gemacht, kein Metallarbeiter!“) Jawohl, ein privater Tischler noch dazu, Herr Präsident! Es ist mir auch nicht vergönnt, wie dem Herrn Abgeordneten Landeshauptmannstellvertreter Gross, von hier aus zu sprechen, und ich bin daher aus meiner Situation zur besonderen Sachlichkeit verpflichtet als Regierungsmitglied. Nachdem man mich aber aufgefordert hat – der Herr Abgeordnete Prensberger ganz konkret, ich möge

mich zu Wort melden – und nachdem mir der Auftrag der Abgeordneten immer ein Auftrag bleibt, melde ich mich auch zu Wort. Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Präsident! ich verstehe und nehme an, daß diese Debatte hier, und vor allem die Art, von der die Bundesregierung seitens der sozialistischen Fraktion verteidigt wurde, daß dieses einem gewissermaßen übertriebenen Gerechtigkeitsgefühl auf Ihrer Seite entspringt, daß Sie deshalb der Meinung sind, die Bundesregierung... (Abg. Brandl: „Ins rechte Licht gerückt!“) Ich habe es, glaube ich, richtig getroffen. Es würde diesem Gerechtigkeitsempfinden, das sehr ausgeprägt zu sein scheint, natürlich auch entsprechen, wenn wenigstens ein Redner – ich habe es fast bei Herrn Landeshauptmannstellvertreter Gross vermutet, darauf hingewiesen hätte, was das Land in Sachen Wirtschaftsförderung und Arbeitsplatzsicherung tut. Er hat es aber nicht übers Herz oder über die Lippen gebracht. Wenn wenigstens ein Redner statt zu sagen, wie mehrere, „na, was tut das Land, das Land tut gar nichts“, darauf hingewiesen hätte! Denn so erfreulich es ist, Herr Landeshauptmannstellvertreter Gross, daß 300 Millionen Schilling vom Bund in der Steiermark für arbeitsplatzsichernde Maßnahmen ausgegeben werden, so bescheiden ist dieser Betrag gemessen an den 250 Millionen Schilling etwa und noch mehr, die wir jährlich ausgeben. Und ich darf dem Hohen Haus der Ordnung halber mitteilen, daß in den Jahren 1967 bis 1980 insgesamt 2,7 Milliarden Schilling an Wirtschaftsförderungsmitteln ausgegeben wurden, wobei ich durchaus mit Ihnen übereinstimme, daß Geld nicht alles ist. Aber nachdem nun einmal von Geld gesprochen wurde, ist es ein wesentlicher Punkt. Dem selben Gerechtigkeitsempfinden – und das ist etwas, was mir fast lächerlich vorkommt, ich bitte diesen Ausdruck zu verzeihen, hochgeschätzte Abgeordnete –, es kommt mir lächerlich vor, wenn man sagt, „in den konservativen Ländern wird so gewirtschaftet, daß es dort nichts wie Arbeitslose gibt“. Jetzt stellen Sie sich vor, wenn einer käme und sagen würde „und in der sozialistisch verwalteten Bundesrepublik Deutschland wird so Politik gemacht, daß wir dort den schlimmsten Terrorismus haben“. Das sind doch Dinge, die man sich nicht so einfach machen kann. Genau! Meine sehr geehrten Damen und Herren, so kann man die Dinge nicht nehmen. (Abg. Brandl: „Das ist ein schlechter Vergleich!“) Es geht auch nicht so, daß der Herr Abgeordnete Präsident Ileschitz sich herstellt und sagt: „Und der Oberegger – der schon tot ist im übrigen – war bei der ÖVP“. Und ich weiß nicht, wer noch bei der ÖVP war. Auf der anderen Seite, Herr Präsident, wissen Sie ganz genau, daß es die sozialistischen Mitglieder des Aufsichtsrates der Leykam AG waren, die den Antrag gestellt haben, das Werk Niklasdorf zu sperren. Das waren die sozialistischen Mitglieder des Aufsichtsrates, die diesen Antrag gestellt haben, und es war dann der sozialistische Minister Vizekanzler Androsch, der in Leoben bei der Raumordnungskonferenz gesagt hat, das wird nicht stattfinden. Also da gewinnen wir überhaupt nichts, wenn wir uns gegenseitig vorwerfen, welcher Partei wer angehört hat, denn wir gehen im allgemeinen davon aus, daß die, die Verantwortungsträger in den Betrieben sind, nach wirtschaftlichen und vernünftigen Überlegungen vorgehen und nicht nach parteipolitischen. Jedenfalls glaube ich nicht, daß man dem Herrn Oberegger nachträglich auch nicht ins

Grab hinein nachsagen kann, daß er einen Parteauftrag erfüllt hat, wenn er dies und jenes gemacht hat. Es ist aber auch unbestritten und hier zum wiederholten Male auf dieselbe Ansprache, die Sie heute gehalten haben, geantwortet worden, daß von 1945 bis inklusive 1981 vermutlich auch noch die nächsten Jahre, nämlich bis zur nächsten Nationalratswahl, nachher weiß man es nicht, immer mit Ausnahme von vier Jahren ein Sozialist verantwortlicher Ressortminister für die verstaatlichte Industrie war und daß die meiste Zeit und vor allem in den letzten Jahren der Bundeskanzler höchstpersönlich diese Verantwortung wahrgenommen hat. Und wenn Sie die Meldungen der Presse von heute genau ansehen, sagt Dr. Kreisky sogar ganz deutlich: „Überhaupt geschieht dort nichts, was ich nicht will!“. Bitte sehr! (Abg. Ileschitz: „Wer war die Regierungsmehrheit? Was hat man an Geldern zugestanden?“) Was ist denn ein armer Oberegger gegen einen Minister, was ist ein Roth gegen einen Minister? Wir haben in Österreich eine Verfassung, die eine Ministerverantwortlichkeit festlegt. Es hätte jeder einzelne sozialistische Minister jedes ÖVP-Konzept zum Schaden der verstaatlichten Industrie zum Fall bringen können, indem er nicht zugestimmt hätte. (Landesrat Gruber: „Das ist pure Demagogie!“) Wenn ich, meine sehr geehrten Damen und Herren, sei es im Wege eines Koalitionspaktes oder sei es im Wege einer Zustimmung in der Landes- oder in der Bundesregierung, zu etwas ja sage, dann muß ich auch nachher den Mut haben, dieses Ja nach außen zu vertreten. Die meisten Forderungen, die die Kollegen heute hier aufgestellt haben, die meisten Forderungen, die im Beschlußantrag drinnen sind, entsprechen Forderungen, die einstimmig in der Landesregierung in der vergangenen Zeit beschlossen wurden. Es ist also überhaupt kein Grund zur Aufregung gegeben, und es ist überhaupt nicht notwendig, daß, wenn man sagt, man will einen ordentlichen raschen Ausbau der Mürz-Mur-Furche, man will die Arbeitsplätze sichern, daß man dann kommt und sagt, es ist doch allerhand, was die ÖVP da verlangt, die Bundesregierung tut sowieso alles. Das sind alles Dinge, meine sehr geehrten Damen und Herren, die seit längerer Zeit bekannt sind, die in der Landesregierung oder hier im Landtag beschlossen wurden in Resolutionen oder in tatsächlichen Beschlüssen, gegen die Sie heute aus, verzeihen Sie, vermutlich rein parteitaktischen Gründen im Zusammenhang mit der kommenden Wahl Sturm gelaufen sind (Abg. Ileschitz: „Das war ein Meisterstück der Verdrehung!“) und so getan haben, als ob das die größten und schlimmsten Unterstellungen wären.

Ich möchte, um der Gerechtigkeit hier zum Durchbruch zu verhelfen, doch sagen, daß das Land Steiermark auf dem Sektor der Arbeitsplatzsicherung allerhand unternimmt. Vergleichsweise und im Verhältnis zum Bund, und wir sind ja einmal in der Steiermark, mehr unternimmt als der Bund in der Steiermark. Wir haben gemeinsam mit dem Bund eine 100.000-Schilling-Aktion in der Mürz-Mur-Furche ins Leben gerufen, und die ersten Anträge sind positiv erledigt. Diese Aktion wird zur Hälfte vom Bund und zur Hälfte vom Land finanziert. Das ist für die Steiermark eine ungleich größere Anstrengung als für den Bund. Der Herr Bundeskanzler hat bei der Raumordnungskonfe-

renz in Leoben gesagt: „100 Millionen Schilling stelle ich zur Verfügung, und ich werde glücklich sein, wenn sie aufgebraucht sind“. Vor wenigen Wochen hat er einen Brief geschrieben, in dem steht drinnen, für das heurige Jahr sind 50 Millionen Schilling zur Verfügung und für das nächste Jahr sind auch nur 50 Millionen Schilling zur Verfügung. Also, die Geste ist etwas bescheidener geworden. Aber wir sind froh um jeden Schilling, und wir werden unseren Anteil beitragen. Wir haben in den letzten 13 Jahren insgesamt fast 2,8 Milliarden Schilling an Wirtschaftsförderung eingebracht. Eine Ziffer, die durch überhaupt keinen Aufwand des Bundes in derselben Größenordnung ausgeglichen wird. Die Vorfinanzierung der Autobahn, 1,5 Milliarden Schilling, wir betreiben Lehrplatzförderung und Lehrlingsförderung. Die Steiermark ist das erste Bundesland, das eine eigene Wirtschaftsförderung überhaupt hat und das einzige, das auch eine eigene Grenzlandförderung hat. Das sind Leistungen, meine sehr geehrten Damen und Herren, auf die wir, oder auf die Sie alle, ich bin noch nicht lange genug dabei, stolz sein müssen und stolz sein dürfen und die wir nicht selbst schlecht machen müssen, indem wir immer sagen, ja aber der Bund, der Bund ist so großartig. Sagen wir doch einmal, wie großartig wir sind. Sagen wir doch einmal, was wir für eine Politik machen. Verantworten wir doch diese Politik nach außen gemeinsam und sagen wir nicht, das tut das Land. Ein Abgeordneter, der steht hier und sagt, was tut das Land? Wer ist denn dieses Land? Ist das eine fremde dritte Stelle oder sind das wir, die Repräsentanten dieses Landes? Das ist meine Frage. Und hier fehlt es an der richtigen Perspektive. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.) Die Steiermärkische Landesregierung hat sich verpflichtet, zur Neugründung, Umstrukturierung und Neuformierung der Pölscher Zellulosefabrik 110 Millionen Schilling zu zeichnen. Wir haben, und der Herr Landeshauptmann hat das in einer Fernsehsendung zuerst getan, und hat einstimmige Zustimmung in der Regierung gefunden, zweimal 100 Millionen Schilling der VEW angeboten. Wenn der Herr Landesrat Gruber jetzt hier wäre, ich frage Sie, durchaus einverstanden. Meiner Meinung nach könnten wir die ersten 100 Millionen Schilling sofort überweisen, dann wäre die ganze Rederei weg. Ich bin nur neugierig, wann der Bund mit seinen ersten Überweisungen kommen wird. Wir sind bereit, das Geld flüssigzumachen. Wir könnten es ohne weiteres der VEW auf ein uns bekanntzugebendes Konto überweisen, die Drange des heurigen Jahres und nächstes Jahr die nächsten 100 Millionen Schilling. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.) Wäre vielleicht eine überlegenswerte Maßnahme. Es hat, glaube ich, der Herr Abgeordnete Prensberger, aber ich will ihm nicht unrecht tun, darauf hingewiesen, daß in der Weststeiermark ein neuer Kohleflöz erschlossen wurde. Und der Steiermärkische Landtag ist nicht stolz darauf, daß die Steiermärkische Landesregierung aus Budgetmitteln über Beschluß des Landtages 35 Millionen Schilling zu dieser Aufschließung zugeschossen hat? Ist das keine Leistung, auf die wir stolz sein können? Müssen wir nur reden, was die anderen gemacht haben? Ich frage mich, was das für eine Mentalität ist, die die eigenen Leistungen völlig übersieht und immer redet. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Ileschitz: „Wir reden nicht davon. Sie reden ja davon!“) Ich habe hier in einer Anfragebeantwortung vor wenigen Wochen

mitgeteilt, vielleicht sind es auch schon einige Monate, daß zwanzig Prozent der Wirtschaftsförderungsmittel dieses Jahres der verstaatlichten Industrie zur Verfügung gestellt wurden. Das ist etwas, worauf wir stolz sind, was wir aber auch vertreten können, und die anderen 80 Prozent gehen in erster Linie in die Klein- und Mittelbetriebe, denn in der Steiermark gibt es insgesamt 28 Unternehmen mit über 1000 Beschäftigten, die zum größten Teil der verstaatlichten Industrie angehören. Wir haben, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch etwas, was immerhin bemerkenswert ist, zwei Gesellschaften aus der Taufe gehoben, am Montag findet die Gründung statt, einstimmige Beschlüsse der Landesregierung liegen vor, die sich mit Betriebsweiterung, Betriebsansiedlung, Technologie, Transfer und Vermittlung von Patenten und Lizenzen und so weiter befassen. Ich frage mich, was in dem Zusammenhang der Ruf nach dem Industrieinstitut soll, denn genau diese Aufgaben werden diese Gesellschaften und die zwei, die noch nachfolgen, die in der nächsten Landesregierungssitzung beschlossen werden, wahrnehmen. Es ist also eine wirklich bemerkenswerte Palette.

Und wenn ich jetzt zum Schluß komme. Einer der Herren hat gesagt, machen Sie doch Vorschläge, was zu geschehen hat. Bitte sehr, die Vorschläge sind da – die Vorschläge sind seit Weihnachten in der Landesregierung. Es hat einige Zeit gebraucht, bis man sich damit befreundet hat, aber wir werden in Radkersburg und in Mureck, um dort die Bevölkerungsabwanderung und die wirklich trostlose Situation dieses Bezirkes hintanzuhalten, und der Herr Abgeordnete Prutsch kennt die Situation dort bestens, Industrieparks bauen. Und der Baubeginn wird im heurigen Herbst stattfinden und die Festlegung erfolge lang, bevor die Landtagswahl beschlossen wurde. Das heißt, wir setzen konkrete Maßnahmen, wir setzen wahrscheinlich etwas konkretere Maßnahmen im Rahmen unserer Möglichkeiten als es andere Institutionen, wie etwa die Bundesregierung, tun. (Abg. Sponer: „Den Bezirk Murau haben Sie vergessen!“ – Abg. Dr. Dorfer: „Die Bundesregierung hat Murau vergessen!“) Nein, den Bezirk Murau habe ich nicht vergessen. Wenn Sie den Beschlusantrag lesen würden, dann steht das genau dort drinnen, daß wir eine Ausdehnung der 100.000-Schilling-Aktion auf das Grenzland und die strukturschwachen Gebiete wollen. Zu den strukturschwachen Gebieten gehört der Bezirk Murau genauso wie das Obere Feistritztal, wie der Passailer Kessel, wie der Raum St. Gallen – Altenmarkt, der so halbwegs in der jetzigen Aktion schon drinnen ist, wie gewisse Bereiche südlich von Gleisdorf, wie viele Bezirke im Bezirk Deutschlandsberg, den wir aber im allgemeinen zum Grenzland dazurechnen. Wir haben uns jedenfalls bemüht im Rahmen unserer Möglichkeiten, all das zu tun, was notwendig ist, um die Situation in der Steiermark – soweit es in unseren Kräften liegt – zu bessern. Wenn man aber schon dabei ist, so gerecht zu sein und sagt, der Bund tut so viel für uns, dann bitteschön, vielleicht könnte der Bund auch einmal etwas für die Straßen im vermehrten Maße tun. Vielleicht könnte der Bund auch einmal etwas für die Eisenbahnen der Steiermark tun. Das ist etwas, was überhaupt noch niemandem eingefallen ist. (Abg. Ileschitz: „Wir reden seit Jahren für den Ausbau der Strecke St. Michael

– Selzthal!“) Ich bitte, Herr Präsident Ileschitz, das ist Ihnen noch nicht eingefallen! Sie reden vom Straßenbau. Der Herr Abgeordnete Loidl hat heute hier vom Straßenbau gesprochen, er hat aber nicht mit einem Wort die katastrophale Situation auf den steirischen Bahnen erwähnt. Aber das ist doch ein Unfug. Was wollen wir denn mit der Schnellbahn? Das ist doch nicht das dringendste Vorhaben. Das dringendste Vorhaben ist, daß einmal die Eisenbahn von Bischofshofen herunter wenigstens zweigleisig wird! (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Ing. Turek: „Gerade, wenn wir von den Pendlern sprechen, müssen wir einen leistungsfähigen öffentlichen Verkehr haben!“) Was willst du denn, wir gehen in einem Schnecken tempo von oben herunter. (Abg. Ileschitz: „Stimmt nicht mehr ganz. Sie müssen einmal mit dem Zug fahren!“) Das Wichtigste ist, daß man einmal den Güter- und Personenverkehr nach dem Westen halbwegs internationalen Maßstäben entsprechend macht. Man sieht es ja noch ein, daß auf der Südbahn die wirklich letzten Garnituren fahren. Wahrscheinlich ist das nicht mehr wert, wo man da hinfährt. Aber von Bischofshofen herunter ist es eine Katastrophe. Der von Ihnen, der mir sagt, wie man mit der Eisenbahn von Graz nach Linz kommt, dem zahle ich etwas, weil das ist eine unzumutbare Reise mit einer Länge, die einfach lächerlich ist. (Abg. Ileschitz: „Zweimal täglich, Sie fahren nie mit der Eisenbahn!“)

So, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin damit zum Schluß gekommen. Ich habe mich bemüht, so sachlich als dies in Anbetracht der Thematik möglich und dem persönlichen Temperament entsprechend ist, zu erörtern. (Abg. Brandl: „Es war wenig möglich!“) Vielleicht, wenn Sie noch bitte zur Kenntnis nehmen, als allerletztes, daß die Steiermark im grenzüberschreitenden Güterverkehr sträflichst benachteiligt wird. Wir bekommen eine Zuteilung der sogenannten Deutschlandkarten, die zehn Prozent des österreichischen Kontingentes entsprechen, obwohl wir nach der Bevölkerung auf einen wesentlich höheren, und zwar einen etwa 60 Prozent höheren Anteil Anspruch hätten. Das ist auch etwas, wo die Bundesregierung zeigen könnte, welches Verständnis sie für unsere Probleme hat, denn der Export der steirischen Güter, auch der von Waagner-Biró hängt natürlich damit zusammen, daß unsere leistungsfähigen Frächter in der Lage sind, die Güter tatsächlich wegzubringen. Die Eisenbahn ist nicht da, um es zu machen und der Straßenverkehr ist nicht in der Lage, weil uns einfach nicht die Möglichkeit gegeben wird. Wir müssen mit holländischen und deutschen Frächtern fahren, damit wir unsere Exportgüter wegbringen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist, glaube ich, nicht notwendig und trägt jedenfalls nicht zu der viel strapazierten Arbeitsplatzsicherung in der Steiermark teil. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Meine Damen und Herren! Es ist üblich, vor der Beschlußfassung über einen Antrag nach einer dringlichen Anfrage die Sitzung zu unterbrechen. Ich komme auch diesmal einem Wunsch der drei politischen Parteien in diesem Hause entgegen. Aber es besteht noch ein anderer Grund, die Sitzung zu unterbrechen, denn ich habe heute die Regierungsvorlagen, Einl.-Zahl 606/1, betreffend Ausfallhaftung des Landes, Ermächtigung der Steiermärkischen Landesregie-

rung, für weitere 100 Millionen Schilling die Haftung zu übernehmen, und Einl.-Zahl 601/1, betreffend Amtsräumbeschaffung für die Rechtsabteilung 14, dem Finanz-Ausschuß zugewiesen. Wegen der gegebenen Dringlichkeit unterbreche ich daher die Sitzung jetzt auf 45 Minuten, um dem Finanz-Ausschuß die Möglichkeit zu geben, über diese beiden Geschäftsstücke zu beraten.

Es ergeht sich Murren auf der Regierungsbank, so gehe ich auf 30 Minuten zurück – aber ich wette jetzt mit niemandem wegen der 45 Minuten. Bitte 30 Minuten!

Ich unterbreche und ersuche die Mitglieder des Finanz-Ausschusses, sich in den Rittersaal zu begeben! (Unterbrechung der Sitzung von 12.50 Uhr bis 13.20 Uhr.)

Ich nehme die Sitzung wieder auf. Ich bin froh, daß ich nicht gewettet habe, aber ich bin überzeugt, daß meine Bereitschaft dazu zur Straffung der Pause mitgewirkt hat.

Wir kommen zuerst zur Abstimmung über den Beschlußantrag der Österreichischen Volkspartei zur eingebrachten dringlichen Anfrage.

Eine Wortmeldung – bitte, Herr Abgeordneter Dr. Strenitz meldet sich zum Wort.

**Abg. Dr. Strenitz:** Meine Damen und Herren! Namens des Klubs der SPÖ-Abgeordneten erkläre ich, daß in Ihrem Beschlußantrag, wie das unsere Debattenredner am heutigen Vormittag bereits dargelegt haben, keine Initiativen im Interesse der Steiermark gelegen sind. Es handelt sich hierbei in Ihrem Vorgehen vielmehr um ein wahltaktisches Manöver. Da wir es aber ablehnen, den steirischen Landtag zu einem Propagandaforum der ÖVP degradieren zu lassen, werden wir vor der Abstimmung den Saal verlassen!

**Präsident:** Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Der Antrag ist angenommen.

Der Finanz-Ausschuß hat die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 606/1, betreffend Ausfallhaftung des Landes, Ermächtigung der Steiermärkischen Landesregierung für weitere 100 Millionen Schilling die Haftung zu übernehmen und die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 601/1, betreffend Amtsräumbeschaffung für die Rechtsabteilung 14 in Graz, Dietrichsteinplatz 15, Erwerb der Wohnung von Frau Anneliese Rucker um 1,3 Millionen Schilling, behandelt, um nunmehr dem Hohen Haus antragstellend zu berichten.

Ich schlage vor, diese beiden Geschäftsstücke als Tagesordnungspunkte 2 und 3 auf die heutige Tagesordnung zu setzen und den bisherigen Tagesordnungspunkt 2 als Tagesordnungspunkt 4 zu behandeln.

Gemäß § 27 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages ist hierfür die Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich. Gleichzeitig wäre vom Erfordernis der 24stündigen Auflagefrist Abstand zu nehmen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die meinem Vorschlag zustimmen, eine Hand zu erheben. Mein Vorschlag ist angenommen.

Herr Abgeordneter Brandl wartet darauf als Berichterstatter zum Punkt 1 der Tagesordnung zu sprechen.

### 1. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 567/1, betreffend Österreichisches Rotes Kreuz, Landesverband Steiermark, Errichtung eines Einsatzzentrums in Graz, Übernahme einer Ausfallhaftung für ein Darlehen in der Höhe von 17 Millionen Schilling.

Herr Abgeordneter, ich bitte um den Bericht.

**Abg. Brandl:** Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren!

Aus dieser Regierungsvorlage geht hervor, daß der Neubau des Einsatzzentrums des Österreichischen Roten Kreuzes in Graz rund 50 Millionen Schilling beträgt. Die Finanzierung dieses Vorhabens soll wie folgt erfolgen:

bisherige Subventionen	
des Landes Steiermark . . . . .	S 15,250.000,-
Subventionen der Gemeinde Graz . .	S 6,000.000,-
Eigenmittel	
des Österreichischen Roten Kreuzes .	S 11,990.000,-
zusammen daher ein Betrag von . . .	S 33,240.000,-

Der Restbetrag von 17 Millionen Schilling soll als Darlehen bei einem Geldinstitut aufgenommen werden.

Ich darf im Namen des Finanz-Ausschusses den Antrag stellen, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Das Land Steiermark übernimmt zugunsten des Österreichischen Roten Kreuzes, Landesverband Steiermark, für ein Darlehen in der Höhe von 17 Millionen Schilling die Ausfallhaftung.

Die Besicherung dieses Darlehens hat durch Einverleibung eines Pfandrechtes auf der Liegenschaft 1.105, KG. Jakomini, zu erfolgen. Ich bitte um Annahme.

**Präsident:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, möchten ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag ist angenommen.

### 2. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 606/1, betreffend Ausfallhaftung des Landes, Ermächtigung der Steiermärkischen Landesregierung für weitere 100 Millionen Schilling Haftung zu übernehmen.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Brandl:** In den Beratungen zum Landesvoranschlag 1981 und in der Beschlußfassung wurde die Steiermärkische Landesregierung ermächtigt, gegen nachträgliche Berichterstattung Ausfallsbürgschaften für Kredite im Ausmaß bis zu 100 Millionen Schilling zu übernehmen. Mit einem Landtagsbeschluß vom 28. April dieses Jahres wurde dieser Haftungsrahmen um weitere 100 Millionen Schilling erweitert. Auch dieser Haftungsrahmen ist bereits erschöpft, so daß es notwendig ist, einen weiteren Haftungsrahmen von 100 Millionen Schilling zu beschließen. Es wäre daher die Steiermärkische Landesregierung zu ermächtigen unter den gleichen Voraussetzungen weitere 100 Millionen Schilling Haftungen übernehmen zu dürfen. Ich ersuche im Namen des Finanz-Ausschusses, um Annahme dieser Regierungsvorlage.

**Präsident:** Wer diesem Vorschlag zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag ist angenommen.

**3. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 601/1, betreffend Amtsraumbeschaffung für die Rechtsabteilung 14 in Graz, Dietrichsteinplatz 15, Erwerb der Wohnung von Frau Anneliese Rucker um 1,3 Millionen Schilling.**

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Brandl:** Im Haus Dietrichsteinplatz 15 ergibt sich die Möglichkeit, eine Wohnung anzukaufen und damit sehr wesentlich beizutragen, daß die Amtsraumbeschaffung für die Rechtsabteilung 14 erweitert werden kann. Der Betrag, der dafür aufzubringen ist, ist 1,3 Millionen Schilling. Ich bitte um Annahme dieser Regierungsvorlage.

**Präsident:** Wer dem Antrag zustimmt, möge ein Händezichen geben. Danke. Der Antrag ist angenommen.

**4. Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 579/1, der Abgeordneten Aichhofer, Buchberger, Dr. Dorfer, Prof. Dr. Eichinger, Feldgrill, Grillitsch, Harmtodt, Dr. Heidinger, Kanduth, Kollmann, Univ.-Prof. Dr. Koren, Lackner, Lind, Dr. Maitz, Neuhold, Dr. Pfohl, Dr. Piaty, Pinegger, Pörtl, Pranckh, Ritzinger, Dipl.-Ing. Schaller, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Schrammel, Schwab, DDr. Stepantschitz, Ing. Stoisser und Trummer, betreffend vorzeitige Auflösung des Landtages.**

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Schaller. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Ing. Schaller:** Hohes Haus!

Die Abgeordneten Aichhofer, Buchberger, Dr. Dorfer, Dr. Eichinger, Feldgrill, Grillitsch, Harmtodt, Dr. Heidinger, Kanduth, Kollmann, Dr. Koren, Lackner, Lind, Dr. Maitz, Neuhold, Dr. Pfohl, Dr. Piaty, Pinegger, Pörtl, Pranckh, Ritzinger, Schaller, Dr. Schilcher, Schrammel, Schwab, Dr. Stepantschitz, Ing. Stoisser und Trummer haben in der letzten Landtags-sitzung einen Antrag eingebracht, betreffend vorzeitige Auflösung des Landtages. Als Begründung wurde angeführt:

Die Eigenständigkeit der Landtagswahlentscheidung ohne Überschneidung mit anderen Wahlgängen und das Streben nach einer möglichst langen Zeitspanne konstruktiver, sachlicher Arbeit im Interesse der Steiermark und einem möglichst kurzen und sparsamen Wahlkampf bestimmen die Festlegung des steirischen Landtagswahltermines seit Jahrzehnten. Nunmehr hat Bundeskanzler Dr. Kreisky seine Absicht deutlich gemacht, die Nationalratswahlen auf Frühjahr oder Herbst 1982 vorzuverlegen. Gleichzeitig hat er aber ab Herbst 1981 eine wahlkampfartige Informations-campagne angekündigt. Dies ließe in der Steiermark, würde daraus keine Konsequenz für die Landtagsperiode gezogen, einen im Herbst 1981 beginnenden, zwei Jahre dauernden permanenten Wahlkampf, für den es bereits in den letzten Monaten deutliche Anzei-

chen gegeben hat, und eine Behinderung der notwendigen sachlichen Arbeit befürchten. Darüber hinaus hat es im Sommer 1980 ohne Landtagswahl den größten Wechsel innerhalb der Landesregierung in der Geschichte der Zweiten Republik gegeben. Die großen und schwierigen Probleme der achtziger Jahre verlangen aber gerade in unserem Land sachliche und ernste Arbeit und größte gemeinsame Anstrengung durch den Landtag und die Landesregierung, die mit einem neuen und klaren Wählerauftrag ausgestattet ist. Es ist daher dringend geboten, möglichst rasch einen neuen Landtag zu wählen. Die nunmehr beginnende und bis 15. Oktober 1981 andauernde tagungsfreie Zeit ist für die Vorbereitung und Durchführung eines Wahlganges besonders geeignet, da der neue Landtag im Herbst seine Tätigkeit ohne Unterbrechung wieder im vollen Umfang aufnehmen kann. Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der Steiermärkische Landtag beschließt gemäß § 10 Abs. 2 Landesverfassungsgesetz 1960, LGBl. Nr. 1, seine Auflösung.

2. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, gemäß § 10 Abs. 4 des Landesverfassungsgesetzes 1960, LGBl. Nr. 1, Wahlen auszuschreiben.

3. Der Steiermärkische Landtag beauftragt gemäß § 13 Abs. 4 des Landesverfassungsgesetzes 1960, LGBl. Nr. 1, alle bestehenden Ausschüsse, ihre Arbeit fortzusetzen. Dieser Antrag ist in der heutigen Sitzung des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses behandelt worden.

Namens des Ausschusses stelle ich den Antrag auf Annahme.

**Präsident:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Pörtl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Pörtl:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

In der vorigen Diskussion wurde von einigen Rednern und konkret vom Abgeordneten Loidl zum Ausdruck gebracht, daß, je schwieriger unsere Wirtschaftslage und alle damit verbundenen Auswirkungen sind, wir um so notwendiger eine solide Basis für eine sachliche Arbeit brauchen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, für uns als steirischer Landtag und als Landesregierung ist es sicherlich eine Pflicht, wie es auch in der Vergangenheit geschehen ist, nach besten Kräften diese Arbeit und diese Herausforderung anzunehmen. Und wir sind überzeugt, daß eine solide Arbeit sicherlich nicht durch lange Wahlkämpfe gefördert wird, weil bei einer Wahlauseinandersetzung eigentlich die Gegensätze und Unterschiede sehr stark hervorgestrichen werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade diese Erscheinungen sind es, die eigentlich sehr viele Menschen reserviert im allgemeinen gegenüber Wahlen stimmt. Im Grunde ist es also nicht der Unwillen, mitzuentcheiden und mitzugestalten, sondern eigentlich oft der Eindruck, daß bei solchen Auseinandersetzungen unsachlich empfundene Auseinandersetzungen oft abstoßen und im Grunde diese keine Probleme lösen. (Abg. Hammer: „Daher mehrere Wahlkämpfe, um das zu bestätigen!“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist auch ein Gewohnheitsrecht der Steirer, das möchte ich behaupten, und eigentlich eine alte Tradition, daß wir

eigenständig, ohne Überschneidung mit Nationalrats- und Gemeinderatswahlen, wie auch in anderen Bundesländern, wählen. (Abg. Hammer: „Wo bleibt unsere Funktionsperiode?“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ausgelöst hat diese Diskussion die Meinung des Bundeskanzlers Kreisky, es wäre vielleicht eine gute Idee, die Nationalratswahl auf 1982 vorzuerlegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch bei der letzten Nationalratswahl haben wir immer wieder die Meinung vernommen, wir werden am 1. Sonntag im Oktober 1979 wählen. Wir haben am 6. Mai gewählt. (Abg. Brandl: „Ein halbes Jahr, nicht zwei Jahre!“) Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Schlagzeile der „Neuen Zeit“ vom 26. Mai 1981 unterstreicht diese Vermutung: „Nächste Wahlen mit Kreisky als Spitzenkandidat 1982.“ Eine weitere Feststellung, die die Eigenständigkeit unserer Entscheidung untermauert. Auf eine konkrete Frage hat sich Bundeskanzler Kreisky im Zusammenhang mit einer eventuellen Zusammenlegung der Wiener Gemeinderatswahl mit den Nationalratswahlen dagegen ausgesprochen. Die Leute sollen wissen, was sie wählen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das gleiche gilt auch für die Steirer. Und wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben bereits vom Antragsteller vernommen, daß seit der letzten Landtagswahl große Veränderungen in personeller, aber auch in der wirtschaftlichen Situation zum Teil eingetreten sind. Wir alle wissen sehr genau, daß Landeshauptmann Niederl und Landeshauptmannstellvertreter Sebastian durch Landeshauptmann Krainer und Landeshauptmannstellvertreter Gross abgelöst wurden und noch drei weitere Regierungsmitglieder. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gerade die wirtschaftliche Entwicklung unterstreicht – wie es bereits von unseren Rednern bei der vergangenen Diskussion ausgeführt wurde –, daß unsere steirischen Amtsträger, wenn es um die Vertretung der Steiermark geht, mit einem direkten Auftrag vom Wähler her ausgestattet sein müssen. Und meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Bevölkerung der Steiermark hat diese Männer kennengelernt in diesem Jahr. (Abg. Brandl: „Der Landeshauptmann ist einstimmig gewählt, will er noch stärker werden?“)

Es haben auch die Parteien in ihren Modellen und in ihren Leitlinien die Vorstellungen der beiden Parteien mit ihren neuen Führungsgremien dargelegt. Meine Damen und Herren! Gerade in dieser schwierigen Zeit brauchen wir eine Entkrampfung für eine sachliche Zusammenarbeit. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte nicht noch einmal auf die umfassenden Probleme eingehen, die die Steiermark betreffen, wo direkt vom Bund her entscheidende und klare Verpflichtungen gegeben sind und wir diese Verpflichtungen mit sehr intensiven Vorstellungen zur Verwirklichung bringen wollen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, nur ein Satz dazu. Die Österreichische Raumordnungskonferenz hat ganz konkret vorgelegt, daß struktur- und wirtschaftspolitische Maßnahmen schwerpunktmäßig in der Steiermark zu setzen sind. Wir haben, meine sehr verehrten Damen und Herren, um eben die Eigenständigkeit unserer Landtagsentscheidung zu wahren und auch in einer relativ kurzen Zeit der Wahlwerbung, ohne daß wir die Arbeit dabei

vernachlässigen müssen, uns entschlossen, diese Vorverlegung der Landtagswahl zu beantragen und, wie es normal in einer Demokratie üblich ist, das Vertrauen der steirischen Bevölkerung zu erbitten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin überzeugt, daß das keineswegs, wie es in der Demokratie überhaupt nicht üblich ist, ein Diktat einer Partei sein kann. Meine sehr verehrten Damen und Herren! (Abg. Brandl: „Was ist es sonst?“ – Abg. Loidl: „Das ist das steirische Klima!“)

Wenn wir um diese Entscheidung bitten, ist es keine Willkür, sondern ein Ausdruck einer demokratischen Gesinnung. Ich möchte, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sehr herzlich um Ihre Zustimmung bitten, damit wir in der Steiermark die dringenden Probleme, und zwar das Notwendige, das Nützliche und das Angenehme zum Wohle unserer Menschen lösen können. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Zum Wort hat sich Herr Abgeordneter Ing. Turek gemeldet.

**Abg. Ing. Turek:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Kollege Pörtl ist ein von mir sehr geschätzter aufrechter Kollege, und ich habe gemerkt, wie schwer er sich getan hat, etwas zu vertreten (Abg. Brandl: „Wir haben es auch bemerkt!“), wovon er selbst nicht überzeugt ist, daß es richtig ist. Es gibt in der Fraktion Leute, die können etwas mannhaft und überzeugend vertreten, wovon sie selbst nicht überzeugt sind. Die ÖVP hätte sich hier einen anderen Redner aussuchen sollen. (Landesrat Dipl.-Ing. Fuchs: „Welche Sorgen du dir machst, ist unglaublich!“)

Nun, meine Damen und Herren! Gerade der Herr Landeshauptmann Krainer ist derjenige, der landauf, landab fährt und immer wieder das steirische Klima beschwört. Und wir haben in diesem Hause oft und oft über das steirische Klima, wie es tatsächlich von der Mehrheit praktiziert wird, diskutiert, und wir als Freiheitliche standen nicht an, dort und da auch zuzugeben, daß in dieser Landesstube ein steirisches Klima im guten Sinne manchmal vorherrscht. Allerdings, meine Damen und Herren, widerspricht das völlig einem steirischen Klima, dem vielzitierten steirischen Klima, wie es die ÖVP immer vorgibt zu handhaben, wenn wir uns mit der Vorgangsweise, wie es zur Auflösung des Landtages nunmehr kommen soll, auseinandersetzen. Durch ein Diktat – und nichts anderes ist es –, das uns am 22. Juni dieses Jahres zur Kenntnis gebracht wurde, wurde uns sehr profan und kaltschnäuzig erklärt, die ÖVP trägt sich mit der Absicht, am 23. Juni dieses Jahres einen Auflösungsantrag in den Landtag einzubringen. Sie stellt sich weiter vor, daß am 10. Juli – am letzten Schultag, das muß man auch wissen, daß sie nicht ein sehr gutes Gewissen hat, sie meint, die Eltern und die Wähler werden heute in den Urlaub fahren und vergessen eigentlich den Schildbürgerstreich (Abg. Dr. Maitz: „Da war der Pörtl überzeugender!“) – eine außerordentliche Landtagssitzung stattfinden soll und daß auch nach Vorstellung der ÖVP nicht mit heutigem Tage die Wahl ausgeschrieben werden soll, sondern die ist ja schon in den letzten Tagen ausgeschrieben worden. Die Bürgermeister haben ja bereits die Unterlagen bekommen. Aber es ist

nur ein Formalakt, ich möchte mich nicht darüber alterieren, daß also am 4. Oktober Neuwahlen stattfinden sollen. Die Begründung der Volkspartei ist in den meisten Punkten dieselbe, wie sie schon im Jahre 1978 eine vorzeitige Auflösung begründet hat. Gerüchte über Vorverlegung der Nationalratswahl, das notwendige zeitliche Auseinanderliegen und Auseinanderlegen von Nationalrats- und Landtagswahlen, das wird unter „steirisch eigenständig“ interpretiert. Ich werde mich noch damit befassen. Und das dritte ist, daß der Landeshauptmann Krainer und mehr als die Hälfte der Landesregierungsmitglieder ihre Funktion ohne Volkswahl bisher ausüben. Meine Damen und Herren, das sind fadenscheinige Argumente, und Kollege Pörtl war ja auch nicht in der Lage, diese fadenscheinigen Argumente etwas griffiger darzustellen. In Wirklichkeit bleibt eines übrig, und für mich eines übrig. Es mag jeder interpretieren, wie er es will. Für mich und für uns bleibt übrig, der Ausdruck der Unfähigkeit der Volkspartei ist, daß sie sich nicht zutraut, diese dringenden Probleme der Steiermark mitzulösen. Bisher, meine Damen und Herren, ist es der Volkspartei – das gebe ich zu – mit einigem Erfolg sehr wohl gelungen, den Ball – wie sie es heute vormittag gemacht hat – an den Bund immer weiterzugeben, und ich bin der letzte, der den Bund hier in Schutz nehmen möchte, aber ich habe auch vormittag gesagt, so einfach geht es nicht, immer das Ballerl nach Wien zu schupfen und so zu tun (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist die Injektion vom Herrn Steger!“), als wenn die Volkspartei hier in der Steiermark bisher gehindert worden wäre, diese Maßnahmen zu setzen, die sie in ihrem Bereich hätte setzen müssen. Das ist bisher gelungen und es gibt – das wissen wir – Meinungsforschungsergebnisse, die vorerst einmal für die Volkspartei sehr gut ausschauen. Das ist der einzige Grund, daß man versucht, bevor der Wähler eigentlich dahinterkommt und sich fragen könnte, gut, bitte, welchen Beitrag leistet eigentlich die ÖVP zur Lösung dieser Probleme, bevor der Wähler daraufkommen sollte, daß sie sich es ein bißchen zu billig macht, versucht man hier die Flucht nach vorne zu begehen und in Neuwahlen zu flüchten. (Abg. Dr. Dorfer: „Im Jahre 1971, nach eineinhalb Jahren, sind im Nationalrat die gleichen Leute geblieben!“)

Und noch etwas muß man ja dazu sagen. Es ist natürlich, das wissen wir alle, und wir bewegen uns ja unter Menschen und haben auch Kontakte zu den Freunden der anderen Fraktionen, ist die Solidarisierung in der Volkspartei auch noch eine große. Das stimmt ja, nachdem sie nicht zuletzt als letzte Auswirkung der TKV-Geschichte ziemlich am Sand waren und mit Krainer – das gebe ich zu – eine Hoffnung ins Lager der ÖVP hier eingeflossen oder eingeströmt ist und diese innerparteiliche Solidarisierung soll – bevor sie wieder flöten geht – natürlich auch noch anläßlich einer Wahl hier nutzbar eingesetzt werden.

Aber nun, meine Damen und Herren, die Frage steirischer Eigenständigkeit. Und hier erscheint mir die Erklärung und die Interpretation, wie sie von Seiten der Volkspartei gegeben wird, höchst unlogisch zu sein. Wie schaut es nämlich aus? Ist das sehr eigenständig, wenn man sich einen Wahltermin, und wenn man es ganz genau durchdenkt, vom Bund vorgeben läßt? Nämlich, wenn der Bund beginnt, mit Wahlterminen zu jonglieren, wenn dem so sein soll, und es schaut fast so

aus, auf einmal fängt die ÖVP in der Steiermark mit Wahlterminen zu jonglieren an. Ist das eigenständig? Eigenständig wäre, daß ich unberührt von den Vorgängen des Bundes meinen klaren Weg gehe und sage, wir wählen im Herbst 1983 (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.), unabhängig, welche Spekulationen der Bund anstellt. Das erscheint mir höchst unlogisch zu sein, mit dem Bund mitzujonglieren und zu sagen, das ist eigenständig. Das ist uneigenständig, das ist eine klare Abhängigkeit vom Bund, die die ÖVP hier praktiziert. Wir haben, meine Damen und Herren, eine fünfjährige Legislaturperiode, und es wäre nur recht und billig, daß man diese fünfjährige Legislaturperiode im Sinne des Landeshauptmannes zum Arbeiten und nicht zum Wahlkämpfen ausnützt. Nur meinen wir offensichtlich etwas anderes, als er darunter meint. Nun, meine Damen und Herren, weil der Kollege Pörtl gemeint hat, das gibt es ja nirgends. Es gibt hier begrüßenswerte Beispiele. In Oberösterreich wird jene Eigenständigkeit in dem Sinne praktiziert, wie ich sie gemeint habe. In Oberösterreich ist nämlich vorgesehen, daß der Landtag nur mit Zweidrittelmehrheit aufgelöst werden kann. (Abg. Brandl: „Sehr demokratisch!“) Die pfeifen sich gar nichts, wie der Bund wählt und wie der Bund seine Wahltermine ansetzt, sondern hier wird mit Zweidrittelmehrheit aufgelöst. Wenn es eine zwingende Notwendigkeit ist, daß alle Parteien meinen, die Arbeit ist einfach nicht mehr möglich, dann werden sie sich gemeinsam einigen und auflösen. Aber wenn es, wie bei uns, überhaupt keinen zwingenden Grund gibt, kam es in Oberösterreich nie zum vorzeitigen Auflösen. Dort passiert noch etwas, meine Damen und Herren. Dort hat die Österreichische Volkspartei keine Angst, in den Strudel der Bundes-ÖVP zu kommen und mit dem Strudel mit in den Abgrund gezogen zu werden. Das ist eine Ursache, warum die ÖVP mit der Bundes-ÖVP hier nicht in Zusammenhang gebracht werden will und nicht in die Nähe der Nationalratswahl kommen will. Meine Damen und Herren, und noch etwas. Wenn ich unbedingt darauf bestehe und betone, und Herr Abgeordneter Pörtl, das ist eine Mißachtung der demokratischen Reife unseres Wählers, wenn ich ihm unterstelle, daß er eigentlich mit dem Stimmzettel nicht weiß, welche Körperschaft er wählt. Das ist eine Mißachtung, und gerade von einer Partei, die den mündigen Wähler immer wieder propagiert und im Mund hat, ist es enttäuschend, daß sie hier jenem Wähler nicht diese Mündigkeit zugesteht, sehr wohl zu wissen, für welche Körperschaft er seinen Stimmzettel abgibt. Offensichtlich hat die Österreichische Volkspartei in Oberösterreich, und sie ist ja dort die Mehrheitspartei, vom oberösterreichischen Wähler auch wieder eine bessere Meinung. Weil dort passiert folgendes, dort werden Landtagswahlen und Gemeinderatswahlen an einem Tag durchgeführt. Ich habe mir die Ergebnisse angeschaut. An einem Tag mit zwei Stimmzetteln, der Gemeinderat und der Landtag. Ich habe mir die Ergebnisse angeschaut, ich habe sie hier liegen. Das Stimmverhalten ist ein ganz verschiedenes bei einer ganzen Reihe von Wählern, und das ist der Beweis, daß sie sehr wohl zwischen Gemeinderatswahl und Landtagswahl auseinanderhalten können. (Abg. Dr. Schilcher: „Dann müssen wir es wie in Oberösterreich machen, um eigenständig zu sein!“) Offensichtlich dürfte die Oberösterreichische Volkspartei von ihrem Wähler die Vorstellung haben, daß er demokratisch reifer ist als die

Österreichische Volkspartei dies dem steirischen Wähler zugesteht. Das möchte ich damit sagen, Herr Kollege Schilcher, damit mir das Wort ja nicht im Mund umgedreht wird. Und wenn wir der Argumentation der Volkspartei folgen wollten, dann würde ja, das wissen Sie auch, spätestens im Frühjahr 1983 die Nationalratswahl stattfinden müssen. Wir würden unsere Landtagswahl, wenn sie auslaufen würde, im Herbst 1983 über die Bühne bringen müssen, das hieße also, daß ein halbes Jahr Differenz ist. Ich erhebe die Frage, müssen das unbedingt eineinhalb bis zwei Jahre sein? Für mich eine große Frage, die durch die Volkspartei nicht schlüssig beantwortet wurde.

Und nun zur Frage Volkswahl, meine Damen und Herren. De jure, und ich weiß, daß das eigentlich nur de jure so ist, de jure ist natürlich die Wahl des Landeshauptmannes und der Regierungsmitglieder, keine Volkswahl, das wissen wir alle, sondern gewählt wird, ich möchte betonen, gewählt wird der Landtag, gewählt wird die Zusammensetzung des Landtages, gewählt werden wir, werden die Abgeordneten, und wir wählen dann den Landeshauptmann und die Landesregierungsmitglieder. Wir haben ja nicht einmal die Chance, den Landeshauptmannstellvertreter zu wählen. Der Landeshauptmannstellvertreter ist ja nicht einmal durch die Wahl der Abgeordneten Landeshauptmannstellvertreter geworden. Das ist eine juristische Auslegung, das heißt, das ist so. In der Praxis weiß ich, daß es natürlich zu Entscheidungen zwischen Personen und über Personen kommt. Es ist einfach der Zug zur Personifizierung der Wahlkämpfe da, der etwas Positives, vielleicht aber auch, wenn wir es genau überdenken, durchaus auch negative Akzente hat. Aber nun, meine Damen und Herren, wenn sich der Herr Landeshauptmann Krainer durch das Volk bestätigen lassen will, dann ist es inkonsequent, dann glaube ich, wäre es richtiger und ehrlicher gewesen, den Landtag anlässlich des Rücktrittes von Dr. Niederl aufzulösen und zu sagen, der ist jetzt weg, jetzt komme ich und jetzt lasse ich mich durch das Volk bestätigen. Das ist inkonsequent, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.)

Ich hoffe, daß sehr viele Damen und Herren, Wähler dieses Landes, eigentlich diesen Taschenspielertrick durchschauen, nämlich sie werden ja vor vollendete Tatsachen gestellt. Was ist das für eine Volkswahl, wenn ich bereits, durch den Landtag vorgegeben, mich zum Landeshauptmann wählen lasse, ein Jahr agiere oder nicht agiere, darüber kann man ja streiten, es ist das Wort Volksschauspieler hier gefallen, ich weiß nicht, wer es gesagt hat, in der Beziehung ist ganz gut agiert worden. Das möchte ich durchaus sagen und bestätigen. Der Herr Landeshauptmann Krainer und die anderen damals neu in die Landesregierung aufgenommenen Regierungsmitglieder sind durch alle Fraktionen dieses Landtages gewählt worden, und zwar einstimmig gewählt worden, und wenn ich das System der repräsentativen Demokratie nicht in Frage stelle, muß ich natürlich sagen, daß damit auch das Vertrauen des Wählers und des Volkes gegeben ist. Daraus sicher auch keine Notwendigkeit, den Landtag vorher aufzulösen. Dann, meine Damen und Herren, wäre allerdings eine Auflösung des Landtages verständlich, wenn die anderen Parteien die Zusammenarbeit stören würden. Ich kann mir sogar vorstellen, daß eine abso-

lute Mehrheit eigentlich nicht immer überstimmen möchte, daß eine absolute Mehrheit, wenn sie das Gefühl hat, sie muß immer gegen den Widerstand der anderen Parteien Mehrheitsbeschlüsse fassen, daß sie sagt, in so einem Klima möchten wir nicht arbeiten, wir möchten uns wirklich durch den Wähler neu bestätigen lassen. Aber ich habe keine einzige Äußerung der Österreichischen Volkspartei oder des Landeshauptmannes Krainer in die Richtung hin gehört, daß er gesagt hat, es ist kein Arbeiten mehr mit dem Landtag, es ist kein Arbeiten mehr mit der Landesregierung, jetzt müssen wir wählen. Im Gegenteil, der geht ja in seiner steirischen Breite her und umarmt uns ja alle bis zum Bischof hinauf und lobt uns ja, wie es nur geht. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.) Kein Wort von Kritik, sondern es wird immer das gute Klima gelobt, wo allerdings gemeint ist, daß der Vater Krainer für das gute Klima sorgte, und er schaut schon, daß die Buben schön brav sind. Es wird immer das gute Klima in den Vordergrund gestellt. Wir wissen ja, daß die Landesregierungsbeschlüsse in der letzten Zeit, im letzten Jahr, fast alle einstimmig über die Bühne gegangen sind und im Landtag detto. Ein paar Dinge hat es gegeben, wo wir uns nicht geeinigt haben. Wir haben uns nicht ganz geeinigt in drei Puschgesetzen, das muß man sagen, das gehört auch in Ihre Ära, Herr Landeshauptmann. Die 4. Krankenanstaltengesetznovelle ist ja kein Ruhmesblatt für die Mehrheit im Land, und es ist das Lichtspielgesetz kein Ruhmesblatt, da haben wir mitgestimmt. Wir haben uns viel zu wenig mit der Frage befaßt. Aber ich habe angenommen, nachdem der Herr Landeshauptmann gesagt hat, daß er so bewährte Verhandlungspartner und Sprecher hat, daß er sich auf diese verlassen kann. Einmal verlasse ich mich auf den Dorfer und schon geht es daneben. Das war beim Lichtspielgesetz. (Allgemeine Heiterkeit.)

Und das dritte Puschgesetz, meine Damen und Herren, ist das Elektrizitätswirtschaftsgesetz. Also drei bedeutende Materien, drei bedeutende Materien in der Ära Landeshauptmann Dr. Krainer beschlossen und drei bedeutende Materien, die einfach daneben gegangen sind. Also bitte, Herr Landeshauptmann, Volksschauspieler waren Sie ein guter, regiert – weiß ich nicht – ob Sie im selben Ausmaß gut haben, wie Sie als Volksschauspieler agiert haben. Meine Damen und Herren! (Abg. Dr. Schilcher: „Du hast Ansätze dazu!“ – Landeshauptmann Dr. Krainer: „Du wirst es auch einmal schaffen!“)

Ich möchte wirklich angesichts der fortgeschrittenen Stunde und nachdem ja vormittag die ÖVP in einem Ablenkungsmanöver versucht hat, hier vom wahren Thema des heutigen Tages und vom auch in der Öffentlichkeit erwarteten Thema des heutigen Tages abzulenken, möchte ich Ihre Geduld nicht über Gebühr in Anspruch nehmen. Aber nun, meine Damen und Herren, ich habe hier die Wahlbroschüren des Herrn Landeshauptmannes – er ist gut fotografiert darauf, keine Frage – ein fescher Bursch –, ich habe die Wahlbroschüre und hier steht auch, daß er sich bestätigen lassen möchte, er sich selbst und auch seine Partei bestätigen lassen will. Nun frage ich mich, er hat bisher und die ÖVP hat bisher in dem Hause zwischen 1965 und 1970 die absolute Mehrheit gehabt und seit 1974 hat sie wiederum die absolute Mehrheit, ich frage mich und ich werde den Wähler auch fragen, ob er das

sehr sinnvoll findet und was er glaubt, damit verändern zu können, wenn er die Volkspartei noch einmal mit so einer Mehrheit unter Umständen – was ich hoffe, daß nicht der Fall eintritt, aber wenn dem der Fall sein sollte, wieder mit so einer Mehrheit auszustatten und was er eigentlich glaubt, damit erreichen zu können. Meine Damen und Herren, ich habe den Eindruck, daß in den letzten Jahren – hier gab es ja ÖVP-Mehrheiten – sich Ratlosigkeit gegenüber unseren Problemen der Steiermark gezeigt hat. Daß das Ballerlschupfen zwischen Land und Bund eigentlich nichts bringt, und ich habe vormittag schon die markigen Telegramme angeschnitten – ich will es hier nicht wiederholen, aber es soll trotzdem noch einmal ausgesprochen sein. Die markigen Telegramme haben bisher auch nichts gebracht. Und was bringt, meine Damen und Herren, ein Modell Steiermark, das zehn Jahre Entwurfszeit gebracht hat. Zehn Jahre hat man am Modell Steiermark gearbeitet. Ich kann mich irren, aber zehn Jahre etwa dürften es sein. Das ist eine sehr lange Zeit, und, meine Damen und Herren, es wäre eigentlich langsam Zeit, daß die ÖVP die Wähler dieses Landes mit den Vorstellungen des Modells Steiermark beglückt und endlich an die Arbeit geht. Ich möchte zum Schluß kommen. Es ist schon in den Zeitungen gestanden, und ich habe das einige Male auch in der Öffentlichkeit erklärt. Wir haben auch einen schönen Prospekt. Ich hoffe, daß ihn schon alle zur Information gelesen haben. Mein Bild ebenso schön wie das Krainers, meine Damen und Herren.

Wir haben die Bevölkerung informiert, daß wir als Freiheitliche Partei kein Verständnis haben, weil es keinen wie immer gearteten Grund gibt, den Landtag vorher aufzulösen. Und daß wir voll dem Landeshauptmann zustimmen in der profanen Aussage „arbeiten und nicht wahlkämpfen“. Und daß wir die letzten sind, die ihn an dieser Arbeit hindern wollen. Nur scheint er offensichtlich jetzt sich selbst zu behindern, und das verstehen wir nicht. Wir haben bei der letzten – und das möchte ich auch sagen, vielleicht bringt es jemand – Auflösung des Landtages unsere Zustimmung gegeben, weil, wie ich eingangs sagte, mit denselben Argumenten gearbeitet wurde, und da man auch gemeint hat, na gut, jetzt wählen wir und dann soll wieder sachlich gearbeitet werden. Das war eine große Hoffnung von uns. Wir haben gedacht, gut, gehen wir wählen und dann wird hoffentlich sachlich gearbeitet werden. Wir müssen feststellen, daß diesmal zwei Jahre vorverlegt wird und wir keine Hoffnung haben, daß nämlich ebenso wie bisher trotzdem die sachliche Arbeit in dem Haus nicht Platz greifen wird. Wir werden aus diesen Gründen diesem Antrag der Österreichischen Volkspartei auf vorzeitiges Nachhause-schicken des Landtages nicht unsere Zustimmung geben. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ.)

**Präsident:** Der Herr Erste Landeshauptmannstellvertreter Gross hat sich zum Wort gemeldet.

**Erster Landeshauptmannstellvertreter Gross:** Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Der Artikel 10 der steirischen Landesverfassung sieht die Möglichkeit vor, die Auflösung des steirischen Landtages durch einfachen Mehrheitsbeschluß vor dem Ende der Legislaturperiode herbeizuführen. Von

dieser Möglichkeit wurde bisher einige Male bereits Gebrauch gemacht. So wurde die vorletzte um ein halbes Jahr, die letzte um ein Jahr verkürzt und jetzt will die ÖVP mit ihrer absoluten Mehrheit den Landtag zwei Jahre vor der Zeit auflösen. Es ist gar nicht zu bezweifeln, daß die immer größere Verkürzung der Arbeitsperiode des Landtages formal-rechtlich gedeckt ist. Ebenso wenig aber ist zu bezweifeln, daß dieses Vorgehen ein vollkommen einseitiges ist, das meiner Meinung nach gegen den Geist der Landesverfassung verstößt. Wenn ich sage, Ihr Vorgehen, meine Damen und Herren von der ÖVP, verletzt den Geist der Landesverfassung, so berufe ich mich dabei nicht nur auf die unbestreitbare Tatsache, daß der Verfassungsgesetzgeber die Legislaturperiode mit fünf Jahren festgelegt hat und die vorzeitige Auflösungsmöglichkeit offensichtlich nur im Falle des Eintretens ganz außergewöhnlicher Umstände vorsieht. Ich nehme vielmehr Bezug auf jenen Grundgedanken unserer Landesverfassung, zu dem auch Sie sich, meine Damen und Herren von der ÖVP, bisher immer wieder auch heute vormittag bekannt haben, auf den Grundgedanken der Zusammenarbeit der politischen Kräfte im Lande. Und wenn man den Willen des Verfassungsgesetzgebers wirklich ernst nimmt, so darf man diese Zusammenarbeit nicht nach Belieben unterbrechen und sistieren, sondern hat sie im Interesse des Landes und seiner Menschen kontinuierlich weiterzuführen. Sie selber, Herr Landeshauptmann, haben in einem Interview nach Ihrer Wahl erklärt, Legislaturperioden sind da, um auszulaufen. Wir haben das damals als ein Bekenntnis zu jenem Geist der Verfassung unserer steirischen Heimat betrachtet, gegen den heute mit einem Mehrheitsbeschluß verstoßen werden wird. Ich will Ihnen, Herr Landeshauptmann, gar nicht entgegenhalten, daß Ihr Parteikollege Ludwig aus Niederösterreich ganz anderer Meinung ist als Sie, zumindest was die Vorverlegung der Landtagswahlen anbelangt. Aber ich will doch an Hand einer Formulierung, die Herr Bundesparteiobermann Dr. Mock vor wenigen Wochen in einer Fernsehsendung geliefert hat, Ihre eigene und wahrscheinlich auch persönliche Argumentation ein wenig darstellen. Dr. Mock hat gesagt, die Vorverlegung von Wahlen ist ein Schwächezeichen der Regierung. Er hat damit natürlich auf die durch nichts bewiesene ÖVP-Behauptung angespielt, daß die SPÖ die Nationalratswahlen von Frühjahr 1983 auf 1982 vorziehen will. Wenn die Theorie des ÖVP-Bundesobmannes Gültigkeit hätte, müßte sich die steirische Landesregierung derzeit in einer außerordentlichen Situation befinden. Immerhin handelt es sich um eine noch nie dagewesene Verkürzung der Arbeitsperiode des Landtages.

Aber wie sieht es nun wirklich mit der Arbeitsfähigkeit unserer Regierung und des Landtages aus. Sie, Herr Landeshauptmann, und die Regierungskollegen von der ÖVP werden sicher und mit Recht jede Behauptung zurückweisen, die dem Steiermärkischen Landtag und der Steiermärkischen Landesregierung Unfähigkeit oder Zerstrittenheit unterstellen wollte. Und wir Sozialisten würden solchen Vorwürfen mit mindestens eben solcher Vehemenz entgegenreten. Das hat nichts damit zu tun, daß wir in manchen Fragen anderer Meinung sind als die ÖVP-Mehrheit.

Aber die Arbeitsfähigkeit dieses Landtages und dieser Regierung steht auch am heutigen Tage außer

Frage. Für uns hier in der Steiermark kommt daher diese Vorverlegung um so überraschender, als es in Grundsatzfragen unseres Landes im letzten Jahr stets ein gemeinsames Vorgehen gegeben hat. Die Interessen der Steiermark, und das haben wir auch wiederum heute vormittag bekräftigt, wurden von allen Verantwortlichen in unserer Republik immer wieder gemeinsam vertreten. Als Vorsitzender der zweitgrößten Partei in unserem Lande möchte ich feststellen, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Lage unserer Heimat so schwierig ist, daß wir alle unsere Kräfte auf die Lösung der anstehenden Probleme konzentrieren müssen. Deshalb glaube ich in aller Überzeugung, daß es besser gewesen wäre, die Legislaturperiode tatsächlich voll auszuschöpfen. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.)

Ich halte es, meine Damen und Herren, für notwendiger und wichtiger, für unsere grüne Mark, für unsere gemeinsame Zukunft zu arbeiten, als nun in einem Wahlkampf unsere Kräfte zu konzentrieren, und ich sage es sehr deutlich, teilweise auch, meiner Meinung nach, zu verzetteln. Wir haben in den letzten Monaten vor allem in den letzten Landtagssitzungen mehrere Gesetze eingebracht, die von ihren Anliegen und Notwendigkeiten berufen wären, so rasch als möglich beraten und beschlossen zu werden. Ich erwähne hier das Kulturförderungsgesetz, Jugendförderungsgesetz, Wissenschafts- und Forschungsförderungsgesetz, Tierschutzgesetz und die Objektivierung der Personalrichtlinien im Lande. Vor allem aber denke ich hier an die dringend notwendige Novellierung der Steiermärkischen Landesverfassung, die Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages sowie an die Schaffung eines Landesrechnungshofes. Diese Gesetzesmaterien würden der steirischen Bevölkerung mehr direkte Demokratie bringen und eine verstärkte Kontrolle im Lande gewährleisten. Meine Damen und Herren, vor allem von der ÖVP. Wir steirischen Sozialdemokraten verhehlen nicht, daß uns dieser frühe Wahltermin überrascht hat. Wir haben uns auf die Arbeit für unsere Heimat konzentriert gehabt und tun das noch immer. Wenn nun dieser Wahlkampf beginnt, so findet uns die steirische ÖVP trotz aller Überraschungseffekte aber nicht gänzlich unvorbereitet. Wir werden, und das verspreche ich hier, einen fairen und sparsamen Wahlkampf führen, denn, meine Damen und Herren, wir alle brauchen in diesem Lande über den 4. Oktober hinaus die gemeinsame Gesprächsbasis, das gegenseitige Vertrauen, um die anstehenden Probleme lösen zu können, zum Wohle unserer Heimat. Wir wollen dieses Gesprächsklima auch nicht durch einen Wahlkampf zerstören, weil es eben nach dem 4. Oktober auch einen 5. Oktober geben wird. Darüber sollen wir uns im Klaren sein. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir steirischen Sozialdemokraten haben dieser Tage unseren Diskussionsentwurf über die Alternativen 2000 der Öffentlichkeit präsentiert. Wir haben einige Prioritäten in diesen Alternativen gesetzt. Ein Teil davon hat bereits heute Vormittag, und zwar wichtigste Teil, bei der Diskussion eine Rolle gespielt. Es waren die Fragen der Arbeitsplatzsicherung und hier unsere Forderung, die ich noch einmal betonen möchte, das Recht auf Arbeit, wie es in der Bundesverfassung steht, auch in die Landesverfassung einzubinden. Ich habe auch am Vormittag betont, daß für uns der Ausbau der Straßen der Mur-Mürz-Furche, der Pyhrnautobahn, der

Südautobahn etwas äußerst Notwendiges und Wichtiges ist, denn, meine Damen und Herren, ich bin persönlich der Überzeugung, daß wir trotz aller Strukturveränderungen und gigantischen finanziellen Mittel, die wir brauchen werden, um die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den Griff zu bekommen, diese Probleme trotz allem nicht meistern werden, wenn es uns nicht gelingt, zusätzlich Betriebe in der Steiermark anzusiedeln, und hier ist einfach die Verbesserung der Infrastruktur Voraussetzung. (Beifall bei der SPÖ.) Wir haben auf diesem Gebiet wertvolle Jahre, wenn nicht Jahrzehnte verloren.

Und, meine Damen und Herren, für uns ist ein weiterer Schwerpunkt, daß wir ein Sonderwohnbauprogramm für die Steiermark fordern. Die ÖVP hat heute einen diesbezüglichen Antrag eingebracht. Wir haben diese Forderungen bereits in den Alternativen 2000, und wir stimmen vollkommen mit Ihnen überein, indem wir sagen, wir brauchen mehr Wohnungen, billigere Wohnungen vor allem für die Jungfamilien. Sie werden also, wenn Sie diesen Antrag im Herbst zur Abstimmung bringen, sicherlich mit unserer Zustimmung rechnen können. Vielleicht hätte man es heute schon tun können, denn hier haben wir eine gemeinsame Basis, und wir brauchen nicht nur die Wohnungen, meine Damen und Herren, für die Familien so dringend, sondern wir brauchen sie auch aus der Arbeitsplatzsituation heraus, daß wir eigene steirische Impulse in die Wirtschaft hineinbringen. Und neben der Versorgung mit sicherer, billiger und sauberer Energie, den Erhalt der Umwelt, sehen wir in der direkten Hilfe für Zehntausende Steirerinnen und Steirer, die täglich pendeln müssen, ein ernstes Anliegen für die Zukunft. Deshalb haben wir auch bereits vor einigen Monaten den Antrag auf Einführung einer Pendlerpauschale in der Steiermark gestellt. Der Herr Landeshauptmann hat heute angekündigt, wenn der Bund nicht wirksam wird, dann wird man in der Steiermark eine Regelung treffen müssen. Unser Antrag liegt dem Landtag vor. Er kann jederzeit beschlossen werden. Auch die Oberösterreicher mit ihrer ÖVP-Mehrheit haben ja nicht auf den Bund gewartet, sondern haben eine Pendlerpauschale in Oberösterreich als Land beschlossen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, als steirische SPÖ sehen wir in einer Sperrklausel, die rechtzeitig und gemeinsam den Wahltermin ins Auge faßt, den Ausdruck einer demokratischen Gesinnung. Und hier stimme ich mit dem Kollegen Turek vollkommen überein, weil wir auch sagen, es gibt einige Dinge, wo wir hier übereinstimmen, daß wir auch eine Zweidrittel-Sperrklausel in der Landesverfassung verankert haben wollen, weil wir glauben, daß das auch von den Menschen in diesem Lande, in der Steiermark, gewünscht wird. Wir Sozialdemokraten haben in unserer Arbeit, meine Damen und Herren, immer wieder unter Beweis gestellt, daß wir das Gemeinsame vor das Trennende stellen. Ich halte persönlich auch nichts davon und habe das am Vormittag betont, ständig die Bundesregierung anzugreifen, obwohl wir alle wissen, daß wir die großen Probleme unserer Heimat nur im Zusammenwirken mit dieser Bundesregierung lösen werden können. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Steirerinnen und Steirer haben im Herbst 1978 diesem Landtag für fünf Jahre ihr Vertrauen gegeben. Schon nach drei Jahren halten es Sie von der ÖVP für notwendig, dieses Vertrauen zurückzugeben. Die sozialistischen Abgeordneten dieses Hohen Hauses haben Ihnen, Herr Landeshauptmann, am 4. Juli 1980 gemeinsam mit Ihrer Fraktion und der FPÖ für drei Jahre das Vertrauen durch Ihre Wahl zum Landeshauptmann ausgesprochen. Schon nach einem Jahr weisen Sie nunmehr dieses Vertrauen zurück und ziehen in einer schweren Zeit, in der unser Land sich befindet, den Wahlkampf der Zusammenarbeit vor. Wir haben Ihnen, meine Damen und Herren von der ÖVP, die schwerwiegenden Gründe gegen eine vorzeitige Auflösung des Landtages, gegen eine vorzeitige Auflösung des Landtages, gegen eine unsachliche Verkürzung der Arbeitszeit unseres Landesparlamentes und der Landesregierung dargelegt. Sie werden dennoch, das wissen wir inzwischen, von Ihrer Mehrheit Gebrauch machen und den Landtag auflösen. Wir aber können und werden aus guten Gründen unseres demokratischen Verständnisses und aus unserem Verantwortungsbewußtsein gegenüber unserer steirischen Heimat an einem Akt, der den Landtag zwei Jahre vor der Zeit auflöst, nicht mitwirken. Wir stehen vor einer der wichtigsten Entscheidungen für die Zukunft unseres Landes. Vielleicht vor der wichtigsten, und wir alle werden das, was wir heute tun, vor den Menschen dieses Landes und auch unseren Kindern zu verantworten haben. In dieser Stunde appelliere ich an alle Steirerinnen und Steirer, am 4. Oktober bei den Landtagswahlen nicht noch mehr Macht in eine Hand zu legen. Ich ersuche diese Steirerinnen und Steirer auch, hier in diesem Land ein Stück des Weges mit uns, mit uns der Sozialdemokratie zu gehen, und wir versprechen Ihnen, daß wir Ihr Vertrauen nicht enttäuschen oder gar mißbrauchen werden. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.)

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete DDr. Stepantschitz hat sich zum Wort gemeldet.

**Abg. DDr. Stepantschitz:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist im allgemeinen in der Demokratie ja üblich, daß eine Minderheit auf Neuwahlen drängt, weil sie stärker werden will und daß die Mehrheit die Macht erhalten will. Es ist, glaube ich, außergewöhnlich, aber immer ein Zeichen von echter Demokratie, wenn jetzt die Mehrheit eine Entscheidung herbeiführen will und etwas riskiert und der Minderheit die Chance gibt, zu wählen. Das ist die Situation, in der wir sind. Dennoch hat unser Beschluß, Neuwahlen auszuschreiben, bei Ihnen scheinbar einige Verwirrung ausgelöst. Ich habe mich sehr gefreut über große Strecken der Rede des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Gross, über seinen erklärten Willen zur Zusammenarbeit, nur bitte, ganz einig sind Sie sich ja offenbar nicht mit Präsident Pleschitz, denn während Sie gesagt haben, auch schon Vormittag, daß wir ja gemeinsam gearbeitet haben, es weitergegangen ist und es so bleiben soll, haben Sie noch gemeint, es ist nichts geschehen. Man hat nicht subventioniert, es ist nichts passiert. Da ist doch eine gewisse Meinungsverschiedenheit da. Ich glaube, es kann vielleicht gerade eine Neuwahl dazu dienen, daß

auch hier eine gewisse Übereinstimmung erfolgt. Ich bin mit Ihnen einig, Herr Landeshauptmann, daß man Neuwahlen nur dann ins Auge fassen soll, wenn es außergewöhnliche Schwierigkeiten gibt. Nur bitte, meine Damen und Herren, jetzt sind die letzten Maturas zu Ende gegangen. 50 Prozent der Maturanten wissen nicht, was sie tun sollen. Wir haben jetzt die Aufnahmeprüfungen gehabt in den Krankenschulen. Nicht einmal die Hälfte konnten wir aufnehmen. Reden Sie mit den Müttern, die nicht wissen, was sie mit der Tochter anfangen sollen, wenn wir sie abweisen müssen. Sind das nicht außergewöhnliche Zustände, wenn die Arbeiter von Judenburg auf die Straße gehen? Ist das nicht ein außergewöhnlicher Zustand, wenn viele Familienväter nicht mehr wissen, wie sie ihre Familien ernähren sollen? Und ich sage Ihnen etwas, meine Damen und Herren – außergewöhnliche Zustände! Die Arbeiter von Judenburg haben ihre Betriebsratswahl vorverlegt, weil sie gewußt haben, daß sie jetzt eine echte Führung brauchen, die sich auch in Wien durchsetzt. Die Wahl ist vielleicht nicht so ausgefallen, wie sie gewollt haben. (Abg. Zinkanell: „Aber auch nicht so, wie Sie es wollten!“) Ich rede von Ihnen und nicht von uns! Diese Arbeiter haben ganz genau gemerkt, daß sie vorverlegte Wahlen haben müssen, daß sie jetzt eine Führung brauchen, mit der man sich am Ballhausplatz auch wirklich durchsetzt. Das war der Kampf. Und dieser Kampf ist von den Arbeitern in Judenburg gehört worden. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Brandl: „Nur setzt sich der Herr Landeshauptmann nicht durch!“) Der Herr Landeshauptmann wird sich schon durchsetzen. (Abg. Brandl: „Dann brauchen wir es nicht ändern!“) Aber unter welchen Bedingungen werde ich Ihnen noch erklären, Sie wissen das scheinbar nicht so genau.

Schauen Sie, und ist das keine Schwierigkeit, wenn wir überhaupt nur mehr die Arbeitsplätze in Wien als Pendler unseren Arbeitern vermitteln können? Da hat der Dichter so schön gesprochen vom Volk der Tänzer und der Geiger. Wir wollen hier in der Steiermark nicht ein Volk der Rentner und der Pendler werden. Ich glaube, wir haben auch ein Anrecht darauf, daß unsere Leute und unsere Jugend hier in der Steiermark arbeiten. Wir haben ein Anrecht darauf, daß gesorgt wird für die Jugend. Wir haben Anrecht darauf, daß wir auch von Wien das bekommen, was uns zusteht. Meine Herrschaften, schauen Sie, so einfach ist das ja nicht. Sie sagen, eigentlich geht ja alles weiter, mit Wien werden wir es uns schon richten. Es ist sehr, sehr aufgefallen, daß der Finanzreferent fast nie da war heute. Ich weiß es nicht warum! (Abg. Zdarsky: „Er ist immer da gewesen!“) Er ist jetzt schon wieder nicht da. Er weiß ja, wie das ist mit der Finanzlage. Er weiß ja, wie schwer das ist, auch ein Darlehen von einer Bank zu bekommen. Er weiß ja, wie das ist mit der Finanzlage. Er weiß ja, wie schwer das ist, auch ein Darlehen von einer Bank zu bekommen. Er weiß ja, wie leicht es ist, den Pendlerzuschlag zu verlangen, und das tun wir auch, und wie schwer es ist, das zu finanzieren. (Abg. Brandl: „Wird das besser!“) Und wir können das nur dann finanzieren, wenn wir uns auch in Wien durchsetzen. Wenn es nicht so bleibt, daß wir benachteiligt werden, schon von Grund auf bei der Steuerverteilung. Daß wir benachteiligt werden zum Beispiel beim klinischen Mehraufwand um etwa 50 Millionen Schilling im

Jahr. Daß wir benachteiligt werden im Krankenhauszusammenarbeitsfonds. Wenn wir alle diese Ungerechtigkeiten aufräumen, dann, meine Damen und Herren, und nur dann hat ein Antrag, den Rentnern und Pendlern etwas zu geben, einen Sinn. Weil nur dann sind wir auch in der Lage, das wirklich durchzuführen.

Es ist die Neuwahl vielleicht nicht überall beliebt. Du hast gemeint, es ist ein Übermut. Ich glaube, wenn man die Situation hier sieht, könnte man eher kleinwinkelig werden. Es ist eher ein Appell, nicht zu verzagen, es ist eher ein Appell, nachzudenken, wie geht das überhaupt noch. Ist es wirklich ein Appell an die Bevölkerung, zu sagen, was will sie jetzt und von wem soll sie geführt werden. Du hast gemeint, Krainer ist ein sehr guter Volksschauspieler. Ich bin in vieler Hinsicht mit Dir manchmal einer Meinung, auch in der, er macht das ausgezeichnet. Und Du hast dann gesagt, aber ob er regieren kann, das wird man erst sehen. Jawohl! Deshalb haben wir ihn nicht vor einem Jahr gewählt. Genau deshalb wählen wir heute, denn jetzt soll die Bevölkerung sehen, ob er regieren kann oder nicht. Er stellt sich der Wahl, genauso wie sein Stellvertreter Gross. Es ist richtig, wenn er vehement für die Arbeitsplätze eintritt. Es ist wichtig, wenn er immer dann, wenn es ihm notwendig erscheint, auch ein Telegramm schickt und gewisse Bemerkungen aus Wien als Antwort darauf können ja wohl nur durch ein überaus schwüles Wetter in Wien erklärt werden. Anders kann man es wohl nicht mehr Ernst nehmen. Wir wollen, meine Damen und Herren, da bin ich auch der Meinung des Landeshauptmannes Gross, jetzt keinen langen Wahlkampf führen, auch keinen kurzen Wahlkampf führen, wir wollen eine kurze Wahlwerbung machen. Und der Vorwurf, „Nicht noch mehr Macht dem Krainer – nicht noch mehr Macht der steirischen ÖVP“, in Wien haben sie 51 Prozent und die ganze Macht in Anspruch genommen, hier haben Sie viel weniger und wir haben mehr, und Sie haben immer mitregiert, wie Gross behauptet hat, und Sie werden das auch in Zukunft tun (Beifall bei der ÖVP.) Und wenn der Landeshauptmann Gross gemeint hat, ein Stück des Weges weitergehen, von einem Stück Weg halte ich überhaupt nichts. Das sieht man ja schon in Wien, wie das aussieht. Wir wollen nicht ein Stück des Weges mit Ihnen gemeinsam gehen, sondern den ganzen Weg, so wie es bisher war. (Beifall bei der ÖVP.) Und wir wissen, daß dieser gemeinsame Weg, auch wenn wir ihn gemeinsam gehen werden, hart genug sein wird. Es ist der Bevölkerung heute ziemlich gleich, wann etwas begonnen wurde und wann etwas beendet wurde und wann wer das gesagt hat und wann wer Minister war. Die Bevölkerung will wissen, daß hier im Land Männer Politik machen, die es Ernst nehmen mit ihrer Zukunft. Die Bevölkerung will wissen, daß es hier Männer gibt (Abg. Brandl: „Frauen gibt es auch noch!“), die eine Verpflichtung haben, nicht nur einer Wahl gegenüber, sondern Verpflichtung auch der Minderheit gegenüber; die haben wir immer gehabt. Wir werden gemeinsam diesen Weg weitergehen. Schauen Sie, das ist der Krainer, so ist er. Dir gefällt er nicht, uns gefällt er. Wir hoffen, der Bevölkerung wird er auch gefallen. (Abg. Ing. Turek: „Schönheitskonkurrenz ist es keine!“ – Abg. Brandl: „Wozu wählen wir?“) Nein, ich meine es politisch, weißt du!

Ich glaube, der Bevölkerung wird er auch gefallen. Wir werden mit einem guten Gewissen unseren Mann stellen, nicht in einem Wahlkampf, sondern in einer sehr kurzen Wahlwerbung, und ich bin ganz überzeugt, daß am 5. Oktober nicht nur das Leben weitergeht, wie gesagt wurde, sondern daß das Leben am 5. Oktober gut weitergehen wird, obwohl sehr, sehr viele Schwierigkeiten zu überwinden sein werden. Aber wir werden es nur dann können, wenn wir uns jetzt nicht in kleiner Wadelbeißerei verlieren, sondern uns gemeinsam heute schon vornehmen, daß uns das Wohl und Wehe unserer Steirer und Steirerinnen über alles zu gehen hat. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Dr. Strenitz hat sich zum Wort gemeldet.

**Abg. Dr. Strenitz:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Steiermärkische Landtag ist heute zusammengetreten, weil es dem Herrn Landeshauptmann offenbar beliebt, durch die Mehrheit seiner Fraktion die Auflösung dieses Hohen Hauses beschließen zu lassen und die Damen und Herren Abgeordneten zwei Jahre vor der verfassungsmäßig vorgesehenen Zeit nach Hause zu schicken. Es hat gerade die Debatte des heutigen Vormittages sehr eindringlich gezeigt, wie widersinnig und in sich widersprüchlich dieses Vorgehen der Österreichischen Volkspartei ist. Denn wenn es in der Steiermark eine solche Zahl von Problemen, wie wir es Vormittag gehört haben, gibt, dann, meine Damen und Herren, wäre es wahrlich besser zu arbeiten anstatt wahlzukämpfen. Aber für den Herrn Landeshauptmann sind Arbeiten und Wahlkämpfen offenbar dasselbe.

Und noch etwas anderes hat der heutige Vormittag gezeigt, den Stil, Herr Landeshauptmann, in dem Sie und Ihre Partei agieren. Sie zeigen sich als guter Steirer. Aber am heutigen Vormittag war in diesem Haus von Ihnen und von der Österreichischen Volkspartei das Wort Bundesregierung viel, viel öfter zu hören als das Wort Steiermark. Ein unbefangener Zuhörer würde meinen, daß es hier um eine Auflösung des Nationalrates und um eine Bundeswahl gehen würde als um die Auflösung des Steiermärkischen Landtages. Das ist doch wieder einmal mehr nichts anderes als der Versuch, Verantwortung abzuschieben. Herr Landeshauptmann, ich frage Sie, Sie haben dreißig Mandate im Steiermärkischen Landtag, Sie haben in der Landesregierung eine Mehrheit von 5 : 4 und wenn Ihr Abgeordneter gesagt hat, Sie würden eine solide Basis für die Arbeit brauchen, was ist denn eine solide Basis? Ist das eine Zweidrittelmehrheit in der Steiermärkischen Landesregierung? Wenn es das sein sollte, dann sagen Sie es den Steirerinnen und Steirern bitte schön vorher.

Sie haben uns heute in Ihrem Beschlußantrag einen Katalog schöner, guter, teurer Dinge aufgezählt. Vieles von dem haben die Sozialisten in diesem Land schon lange gefordert. Es ist unter anderem die Pendlerbeihilfe genannt worden. Ich erinnere an den Antrag, den wir am 10. Dezember des vergangenen Jahres gestellt haben. Herr Kollege Stepantschitz meint, wer wird es bezahlen? Meine Damen und Herren, wenn Sie die Millionen, die dieser Wahlkampf kostet, zugunsten der

pendelnden Männer und Frauen dieses Landes verwenden würden, wenn Sie die Millionen, die Ihr Wahlkampf kostet, für die Grenzlandbevölkerung einsetzen würden, dann hätten diese Menschen mehr davon als von einer Vorverlegung der Wahlen. (Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Dorfer: „Tun Sie das doch!“)

Wir bedauern daher die Auflösung des Steiermärkischen Landtages zwei Jahre vor dem Ende der Gesetzgebungsperiode, weil vor allem die Arbeit dieses Hohen Hauses keine einzige sachliche Begründung dafür liefert, ja es würde eher alles dafür sprechen, die Arbeit endlich einmal zu beginnen. Kollege Turek hat vorhin in sehr humorvoller Weise gesagt, was unter Landeshauptmann Krainer so unter Gesetzen alles schiefgegangen ist. Meine Damen und Herren, vieles ist überhaupt nicht schief gegangen, weil überhaupt nichts gegangen ist, denn eine Gegenüberstellung jener parlamentarischen Vorhaben, die in der Ära Dr. Krainer erledigt wurden und jener, die liegengeblieben sind, ergibt eine eindeutig negative Bilanz. Es ist viel mehr liegen geblieben als erledigt wurde. Beginnen wir mit der Neuordnung der Steiermärkischen Landesverfassung. Sie alle wissen, daß es unter den Landeshauptleuten Dr. Niederl und Sebastian sehr lange und ausführliche Gespräche gegeben hat und daß wir uns bis auf wenige Punkte einigen konnten. Meine Damen und Herren, seit dem 4. Juli des vergangenen Jahres, seit dem Amtsantritt des Herrn Landeshauptmannes Dr. Krainer hat es keine einzige offizielle Verhandlung in Verfassungsdingen mehr gegeben. Das hat zur Folge, daß wichtige Fragen weiterhin unerledigt sind. Wir haben heute in der Steiermark weder die direktdemokratische Institution des Volksbegehrens noch gesetzliche Regelungen des direktdemokratischen Instruments der Volksabstimmung, es gibt keine Gespräche und Verhandlungen über den Ausbau der Gemeindeautonomie in der Steiermark und auch jener Gesetzesentwurf über die Unterstützung von Bürgerinitiativen in der Steiermark ruht seit Jahren Still in der Schublade.

Meine Damen und Herren, eine Anmerkung. Es würde in diesem Land sicherlich nicht so viele Bürgerinitiativen geben, an sich begrüßenswerte Formen der Bürgermitbestimmung und der Bürgeraktivität, wenn in diesem Land alles so gut bestellt wäre, wie es uns der Herr Landeshauptmann manchmal glauben machen möchte. Interessiert aus all diesen verfassungsmäßigen Problemen hat Sie offenbar nur die Frage der Legislaturperiode. Und hier haben wir nicht offiziell, denn zu solchen Gesprächen kam es ja nicht, aber inoffiziell immer wieder gehört, Sie würden viel lieber eine Verlängerung von fünf auf sechs Jahre haben wollen und das zu einer Zeit, als der Herr Landeshauptmann offenbar längst beschlossen hatte, spätestens ein Jahr nach Amtsantritt wählen zu lassen, das heißt also, die Legislaturperiode nicht um ein Jahr zu verlängern, sondern die gegenwärtige um zwei Jahre abzukürzen. Wir sind unter anderem auch in der Frage des Ausbaues der Kontrolleinrichtungen kaum einen Schritt weitergekommen. Wir waren uns etwa vor einem Jahr nach der Affäre in der Steirischen Tierkörperverwertung, die, wie Sie, Herr Landeshauptmann, ja selbst wissen, in der ÖVP einiges verändert hat, alle darüber einig, daß man gar nicht über Landesgrenzen hinaus schauen muß, um festzustellen, daß die Kontrollein-

richtungen der öffentlichen Hand nicht greifen. Wir haben damals, und wir sagen es auch heute, eine Reihe von Beispielen aufgezählt, daß es vor allem in ÖVP-Bereichen dieses Landes viel zu kontrollieren gäbe. Etwa den Bereich des Audiovisuellen Zentrums in Graz, wo es eine geradezu sträfliche Vernachlässigung von Kontrollpflichten durch das zuständige ÖVP-Regierungsmitglied gegeben hat. Oder das Berufsschulzentrum in Lassing, wo in bedenklicher Weise Nahverhältnisse zwischen ÖVP-Mandataren als Auftraggebern und ÖVP-Mandataren als bauführende Firmen aufgedeckt wurden. (Abg. Dr. Dorfer: „Das sind übelste Unterstellungen!“)

Kollege Dorfer, Sie kennen die Namen alle, und wir brauchen sie jetzt nicht hier noch einmal breittreten. Aber lassen Sie mich das weiterführen. Die ÖVP-Praxis bei der Entschädigung von Katastrophenfällen: Wir haben hier eine dringliche Anfrage in diesem Haus darüber abgeführt. Eine Praxis, nach der ÖVP-nahestehende Landwirte von den Unwettern offenbar mehr betroffen sein mußten als alle anderen Bauern, denn so schaute die Entschädigung zunächst aus. Wir haben im Rahmen dieser dringlichen Anfrage die Landesregierung ersucht, bis zum Ende dieser Frühjahrstagung dem Hohen Haus einen Bericht über diese Vorfälle vorzulegen, und es ist nicht geschehen. Ihre Reaktion, Herr Landeshauptmann, war es nicht, hier nach dem Rechten zu sehen und dem Hohen Haus vollständige Aufklärung über diese Dinge zu geben, sondern Ihre Reaktion war eine Flucht nach vorne, nämlich die Ausschreibung von Neuwahlen. (Abg. Dr. Eichinger: „Das ist eine ganz schwache Jusorede!“) Ob diese Argumente, Herr Kollege, schwach oder nicht schwach sind, ist nicht meine Sorge, sondern das wird die steirische Bevölkerung am 4. Oktober entscheiden, und sie wird ausführlich Gelegenheit haben, über diese Dinge noch zu hören. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir haben uns ausführlich darüber unterhalten, und wir haben seit langem gefordert, jene Mißkonstruktion des Landeskontrollamtes endlich geradezurichten, jene Konstruktion, nach der der zu Kontrollierende entscheidet, ob, wer, wann und was kontrolliert wird und die vorschreibt, daß nach der derzeitigen Geschäftsordnung im Ausschuß hinter verschlossenen Polstertüren diskutiert und verhandelt werden muß. Wir hätten schon längst wirksame Regelungen treffen können, und Sie und Ihre Partei hätten aufgrund der bestehenden Mehrheitsverhältnisse in diesem Land Gelegenheit gehabt, alle Ihre Vorstellungen hier ausreichend einfließen zu lassen, und es hätte nicht der spektakulären Forderung nach einem Landesrechnungshof bedurft, zu der wir im übrigen, und wir haben das schon gesagt, auch positiv stehen. Auch in diesem Fall war Ihre Antwort die Ausschreibung von Neuwahlen, als ob es dadurch möglich wäre, sachliche Argumente zu ersetzen.

Landeshauptmannstellvertreter Gross hat schon darauf hingewiesen, daß der sozialistische Klub in der letzten Zeit eine Reihe von Gesetzesentwürfen vorgelegt hat, weil sozialistische Abgeordnete dieses Hohen Hauses immer bemüht waren, die Probleme des Landes und der Menschen zu erkennen und Lösungsvorschläge in Form von Gesetzen zu formulieren. Wir hätten innerhalb der nächsten zwei Jahre diese Gesetze und noch manches andere erledigen können,

aber ihre Antwort, Herr Landeshauptmann, auf diese Gesetzesanträge ist heute die Ausschreibung von Neuwahlen, weil Sie offenbar der Annahme sind, Ihrer Machtfülle noch einiges hinzufügen zu können, um sachliches Ringen um Argumente durch vielleicht noch klarere Mehrheiten zu ersetzen. Meine Damen und Herren, monatelang, bisweilen jahrelang, sind dagegen Anträge der sozialistischen Fraktion von Ihnen und ÖVP-Referenten unbeachtet geblieben. Sozialistische Abgeordnete haben in der Fragestunde der letzten Landtagssitzung versucht, durch 14 Anfragen von ÖVP-Regierungsmitgliedern den Grund Ihrer Säumigkeit zu fragen. Ich könnte Ihnen alle diese Punkte jetzt aufzählen. Zwei Jahre keine Reaktion auf den Antrag zum Ausbau des Landesstraßennetzes in Graz, zwei Jahre kein Erledigungsentwurf zur Forderung nach einem Konzept zur Beseitigung von Sondermüll, und, und, und, meine Damen und Herren.

Auch der Versuch, Präsident Koren zu bitten, die Arbeit von ÖVP-Regierungsmitgliedern zu beschleunigen, blieb erfolglos. Ein diesbezüglicher Brief ist bereits seit mehreren Monaten unbeantwortet.

Das Ergebnis dieses Untätigseins ist, meine Damen und Herren, daß wir mehr als einmal – und darüber waren wir uns in allen Fraktionen einig – zu Landtagssitzungen gerufen wurden, bei denen die Tagesordnung, die es zu behandeln gab, mehr als dürftig war. Erst vor wenigen Wochen überraschte uns der ÖVP-Klub mit dem Vorschlag, eine Landtagssitzung überhaupt ausfallen zu lassen, weil es dafür keine entsprechende Tagesordnung gab. Wir haben damals in diesen Gesprächen zugestimmt, zugestimmt in der Erwartung, daß wir wenigstens das nächste Mal eine entsprechende Tagesordnung vorgesetzt erhalten würden. Aber um so größer (Abg. Dr. Schilcher: „Es ist ungeheuerlich, was du hier aufführst. Du hast gebeten, wegen des Bundesparteitages!“) Herr Präsident, ich bin nicht bereit, unter diesen Verhältnissen weiterzureden! (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist politische Rattenfängerrei“ – Klingelzeichen – Präsident: „Bitte fortsetzen!“) Herr Präsident, erlauben Sie mir, daß ich den Sachverhalt klarstelle.

Es war so, und das werden Sie nicht bestreiten können, daß Vizepräsident Feldgrill und Kollege Schilcher zu uns kamen und gesagt haben, lassen wir die Sitzung ausfallen, wir haben keine Tagesordnungspunkte darauf. Wir waren einverstanden und haben gesagt „ja“ in der Hoffnung, daß es wenigstens das nächste Mal mehr Tagesordnungspunkte geben würde. Dann haben Sie gemeint, dann verwenden wir den Termin zu einem Gespräch über den Landesrechnungshof. Darauf haben wir gesagt, wenn es schon keine Landtagssitzung geben sollte, dann werden einige unserer Kollegen nach Wien fahren, weil wir dort eine Sitzung haben. Dann werden wir diese Besprechung nicht durchführen können. Das war der Sachverhalt! (Abg. Dr. Dorfer: „Lügen von dir sind wir gewohnt, Herr Dieter Strenitz. Er hat gesagt, einen Tag vor dem Landtag hat er es bekommen. Monatelang hat er das Kinogesetz gehabt!“) Ich verwahre mich dagegen!

Herr Präsident, ich verwahre mich gegen diese Ausdrucksweise des Abgeordneten Dorfer. Ich habe hier einen Sachverhalt und nichts als den Sachverhalt geschildert. Wir haben gehofft, daß Sie wenigstens das

nächste Mal eine stärkere Tagesordnung auf den Tisch legen, um so mehr erstaunt waren wir, daß es haarscharf dieselbe Tagesordnung war, dieselbe dürftige. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Schilcher: „Nicht einmal das stimmt!“) Sie hätten sich um diese Tagesordnung keine Sorgen machen müssen, wenn Ihre VP-Referenten nur einen Bruchteil jener Anträge beschlußreif vorgelegt hätten, die wir in den letzten Jahren gestellt haben. (Abg. Schrammel: „Da kann man sich nicht herausreden, wenn man so einen Fehler gemacht hat!“) Darf ich weiter, Herr Präsident?

Es hat trotz dieser Dinge da und dort Ansätze zur Zusammenarbeit gegeben. Ich nenne die Bemühungen um die Sicherung und Erhaltung der Arbeitsplätze in diesem Land, ich nenne die Gespräche und Verhandlungen um die Neuordnung der Förderung des Wohnbaues. Ich nenne die Gespräche um eine vermehrte Bereitstellung von finanziellen Mitteln für Wasser- und Abwasseranlagen unserer steirischen Gemeinden. Alle Gespräche sind vom Herrn Landeshauptmann durch die Ausschreibung der Neuwahl abrupt unterbrochen worden.

Meine Damen und Herren! Abgeordneter Turek hat vorhin schon gemeint, daß es schlechthin unrichtig ist zu behaupten, man würde insofern steirisch-eigenständig wählen, wenn man einen möglichst großen Abstand zur Nationalratswahl erreicht. Die Nationalratswahl würde verfassungsmäßig im Frühjahr 1983 stattfinden und die Landtagswahl im Herbst 1983. Da liegt sicherlich ein halbes Jahr dazwischen. Aber Herr Landeshauptmann, ich darf Sie auch daran erinnern, daß Ihrem Herrn Vater, Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer bei aller Betonung der steirischen Eigenständigkeit 1970 immerhin zwei Wochen für diese steirische Eigenständigkeit genügt haben – zwei Wochen Zwischenraum zwischen Landtagswahl und Nationalratswahl. Und auch das Argument, daß die beiden ersten Männer der stärksten politischen Kräfte dieses Landes von der steirischen Bevölkerung zu wählen oder von dieser zu bestätigen seien, ist schlechthin falsch. Landeshauptmannstellvertreter Gross hat auf die verfassungsmäßige Situation hingewiesen. Aber sollten Sie der Meinung sein, daß die beiden ersten Männer dieses Landes sich tatsächlich in einer Urwahl der steirischen Bevölkerung stellen sollten, dann wäre auch Landeshauptmann Dr. Niederl nach dem Tode Ihres Vaters drei Jahre ohne diese Legitimation Landeshauptmann der Steiermark gewesen. Und Landeshauptmann Dr. Niederl hat zumindest aus diesem Grund keinen Anlaß gesehen, Neuwahlen derart vorzeitig auszuschreiben. Unglaublich ist schließlich das Argument, durch einen Oktoberwahltermin den Wahlkampf abzukürzen. Abgekürzt wird höchstens Ihr eigener Wahlkampf, Herr Landeshauptmann, den Sie vom ersten Tag Ihrer Wahl an per Auto, Flugzeug und Hubschrauber in der ganzen Steiermark führen. Das parlamentarische Forum gibt Ihnen jedenfalls keine sachliche Begründung für eine Auflösung des Steiermärkischen Landtages. Die Abgeordneten dieses Hohen Hauses hatten ohne Unterschied der Fraktionen immer die Absicht, ihr Bestes zu geben. Es waren parteitaktische Überlegungen, die sie veranlaßt haben, die Arbeit des Steiermärkischen Landtages abrupt zu unterbrechen. Sie können aber überzeugt sein, daß diese ihre Vorgangsweise nicht nur in den

Reihen der steirischen Sozialdemokraten keine Zustimmung findet, sondern in breitesten Kreisen der steirischen Bevölkerung und wie Sie wahrscheinlich wissen, auch in Ihren eigenen Reihen keine oder nur wenig Gegenliebe findet. Wir werden jedenfalls den Steirern und Steirerinnen sagen, daß sachliche und demokratische Diskussionen in diesem steirischen Landesparlament in Zukunft nur geführt werden können, wenn die sozialistische Partei mit Landeshauptmann Gross an der Spitze mit einem entsprechenden Maß an Vertrauen ausgestattet und die ÖVP nicht weiter gestärkt wird. Wir werden Ihrem Auflösungsantrag daher nicht zustimmen. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident:** Zum Wort hat sich gemeldet der Herr Abgeordnete Hermann Ritzinger. Ich erteile es ihm.

**Abg. Ritzinger:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn man jetzt den sozialistischen Rednern in diesem Hause und auch dem Herrn Abgeordneten Turek hinsichtlich der Auflösung des Landtages zugehört hat, würde man annehmen, im ganzen Land ist jetzt eine große Bewegung im Gange, und es wäre so als wenn Berge einstürzen, weil der steirische Landtag neu gewählt wird. In Wahrheit ist es so, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, aber auch Herr Abgeordneter Turek, daß Sie sich in Ihren Reden und Äußerungen meines Erachtens, wenn man mit der Bevölkerung spricht, weitgehend übernehmen. Übernehmen deshalb, weil – wenn man – und die Auflösung ist ja schon länger bekannt –, mit den Steirerinnen und Steirern spricht, dann immer wieder zuerst die Frage auftaucht „warum“, und wenn man die Äußerung abgibt, daß wir eine völlig neue Regierungsmannschaft bekommen haben, einen Landeshauptmann, einen Ersten Landeshauptmannstellvertreter und daß wesentliche Dinge in der Entscheidung dieses Landtages und der neuen Regierung liegen, die hineingehen weit in die achtziger Jahre, daß diese Mannschaft, aber auch dieser Landtag eine neue Bestätigung durch die steirischen Mitbürger benötigt. Und, meine Damen und Herren, ich wundere mich, gerade Sie von der Sozialistischen Partei müssen ja froh sein, wenn Ihr Erster Landeshauptmannstellvertreter endlich durch die Steirerinnen und Steirer sozusagen wahlmäßig bestätigt wird.

Bis jetzt lebt er ja noch aus dem Rucksack des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Sebastian, wie Sie wissen, der vor drei Jahren durch das Land gezogen ist. (Abg. Hammer: „Wir sind nicht machthungrig. Wir wollen nur ordentlich arbeiten!“) Herr Kollege, ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie vom Arbeiten rede. Ich wundere mich, der Herr Landeshauptmannstellvertreter Gross hat gesagt, es kann nicht weitergehen bei der Landesverfassung, der Landesgeschäftsordnung, beim Landesrechnungshof, bei der Kulturförderung. Meine Damen und Herren, der Landtag und die Ausschüsse sind ja letzten Endes permanent erklärt. Es können die Ausschüsse weitertagen, und Sie können arbeiten, wenn Sie wollen, Tag und Nacht. Ihr Argument, daß nicht gearbeitet werden kann, zieht nicht. Und im übrigen, meine Damen und Herren, auch Ihr Argument, daß in der Landesverfassung die Legislaturperiode mit fünf Jahren festgelegt ist, ist auch kein Argument.

Es heißt darin, spätestens nach fünf Jahren muß gewählt werden. Die Landesverfassung, das sehen Sie ja, schließt nicht aus, daß wir früher wählen können. Meine Damen und Herren, auch die Argumentation, die sie anbringen, in der Angelegenheit unseres Bundesparteiobmannes Dr. Mock, der gesagt hat, es sei ein Schwächezeichen einer Regierung, wenn sie frühzeitig wählt. Er hat in dieser Frage völlig recht gehabt. Für Herrn Bundeskanzler Kreisky ist es sicher nach zehn Jahren Regierung ein Schwächezeichen, wenn er die Flucht nach vorne antritt.

In der steirischen Landesregierung haben wir eine neue Regierungsmannschaft. Von neun Mitgliedern sind fünf neu. Davon kommen zwei von Ihnen und drei von uns. Es ist selbstverständlich, daß ein Landeshauptmann das verfassungsmäßige Recht hat, nach einem Jahr den Souverän, das steirische Volk zu fragen, ob es mit seiner Arbeit zufrieden ist und ob es ihm das Vertrauen ausspricht für die schwierigen achtziger Jahre sozusagen dieses Land zu führen. Und alles andere, was Sie hier angebracht haben, sind letzten Endes sowohl von der Freiheitlichen Partei als auch von der SPÖ nichts als Krokodilstränen politischer Art. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Herr Abgeordneter Dr. Horvatek hat das Wort.

**Abg. Dr. Horvatek:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Fast genau auf den Tag vor einem Jahr, es wurde schon mehrfach ausgedrückt, wählte das Hohe Haus einstimmig jenen Mann, der jetzt nicht im Saal ist, zum Landeshauptmann, der uns heute mit Hilfe seiner Partei zwei Jahre vor der Zeit nach Hause schickt. Damals, und ich war beeindruckt, sprach der Herr Präsident oben in der Burg von einem guten steirischen Tag. Heute stehen wir, und ich sage das sehr ernst, vor den Resten eines verwirkten Vertrauensvorschlusses. Damals war in der Regierungserklärung, Herr Kollege Maitz, übrigens ein großes Wort für ein Jahr Arbeit, viel von der Zusammenarbeit die Rede. (Abg. Dr. Maitz: „Das hätten Ihr gern!“)

Heute diktiert, und ich wiederhole das hier, die Mehrheitspartei einen Wahltermin, für den es keine andere Begründung gibt als ungezügelttes Machtstreben. Damals meinte der Herr Landeshauptmann in einem Interview in der „Kleinen Zeitung“, das steirische Klima ist eine großartige Sache, und ich bin sehr beeindruckt davon. Heute wird hier von ihm und von Ihnen steirisches Klima in der Praxis vorgeführt, und wir sind sehr beeindruckt davon. Versprechungen werden in die unterste Schublade gesteckt, wichtige Gesetzesentwürfe, Kollege Dr. Strenitz hat darauf hingewiesen, bleiben unerledigt. Zwischen der Antrittsrede des Herrn Landeshauptmannes und der politischen Realität, meine Damen und Herren, klaffen große Gegensätze. Ich wiederhole das eine Beispiel. Der Herr Landeshauptmann hat in seiner sogenannten Regierungserklärung, und ich zitiere wörtlich, angekündigt: „Durch die Reform der Landesverfassung und des Wahlrechtes sollen dem Bürger mehr Rechte der Mitwirkung und Kontrolle eingeräumt werden.“ Das sagte er wörtlich vor einem Jahr. Unter seiner bisherigen Amtsführung gab es keine einzige Parteienver-

handlung über die Landesverfassung und die neue Geschäftsordnung. Das hat sich alles noch unter Landeshauptmann Dr. Niederl abgespielt, Landeshauptmannstellvertreter Wegart war damals Verhandlungsführer der ÖVP und auch der Herr Landesamtspräsident war damals noch dabei. Die mangelnde Bereitschaft, über die Landesverfassung auch nur zu reden, wird heute verständlich, wenn man weiß, daß wir damals auch darüber verhandelt haben, tatsächlich jene Bestimmungen aufzunehmen, die die Vorverlegung von Landtagswahlen über einen bestimmten Zeitraum hinaus an eine Zweidrittelmehrheit in diesem Hohen Hause binden würde, wie das in anderen Bundesländern der Fall ist. Nur über den Zeitraum hat es noch Meinungsverschiedenheiten gegeben. Die steirische Bevölkerung wird nun auf jene Elemente der direkten Demokratie, die überall sonst üblich und vorhanden sind, auch auf Bundesebene, in den anderen Bundesländern, warten müssen, Volksbegehren, Volksabstimmung, Volksbefragung. Es gibt halt doch, Herr Landeshauptmann, einen gewissen Unterschied zwischen Reden im joanneischen Geist und einer metternichschen Praxis!

Hohes Haus, der Landtag wird nicht nach Hause geschickt, Herr Kollege Maitz, weil die großen Probleme unserer steirischen Heimat gelöst sind. Der Landtag wird nicht nach Hause geschickt, weil es am Zusammenarbeitswillen der kleineren Parteien in diesem Hohen Hause mangelt, der Landtag wird nicht nach Hause geschickt, weil es unüberbrückbare Gegensätze in grundlegenden Fragen gibt, der Landtag wird nach Hause geschickt, weil es dem Herrn Landeshauptmann und seinen Beratern in ihr parteipolitisches Konzept paßt, das ist die ganze Wahrheit. (Beifall bei der SPÖ.) Und er wird nach Hause geschickt, weil sie über Meinungsforschungsergebnisse offenbar verfügen, die ja noch mehr Macht verheißen. Meinungsforschungsergebnisse, die gleichzeitig davor warnen, der Aufbauarbeit von Hans Gross, der erst seit einem Jahr in der Landesregierung sitzt und nicht elf Jahre, weiterhin Spielraum zu lassen. (Abg. Dr. Maitz: „Ihr kommt ja am 15. Oktober wieder!“ - Abg. Dr. Dorfer: „Er ist seit 16 Jahren im Landtag!“) Es stimmt schon, was Stadtrat Stingl formulierte, daß hier, meine Damen und Herren, die Mehrheit mit der Maßlosigkeit ganz einfach verwechselt wird und manche reden, zu Recht, sage ich, von der Arroganz der Macht.

Meine Damen und Herren, es sind nicht sachliche, sondern parteitaktische, parteipolitische, machtpolitische Gründe, die zum heutigen Mehrheitsdiktat führen werden. Das sagen ja im übrigen auch die meisten Medien. So konnte man zum Beispiel am 23. Juni in der „Kleinen Zeitung“ lesen, daß das eigentliche Motiv für den Absprung in vorzeitige Wahlen eine Meinungsumfrage war. Die „Kronen Zeitung“ fordert in einem Kommentar ihres Chefredakteurs, lieber arbeiten als wahlkämpfen. Ich zitiere wörtlich: „Sollte die Landtagswahl um ganze zwei Jahre vorverlegt werden, dann erfolgt das ohne jede sachliche Begründung und ist auch, wenn es hart klingen mag, ein rein machtpolitischer Willkürakt.“ Soweit die „Kronen Zeitung“, und ich könnte diese Beispiele fortsetzen. Meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, Herr Landeshauptmann, Sie haben ja heute wahrscheinlich

noch Gelegenheit, sagen Sie die wahren Gründe, warum sie jetzt zwei Jahre vor der Zeit wählen wollen. Die Landtagswahlen müßten erst im Herbst 1983 stattfinden und da können vorverlegte Nationalratswahlen, das paßt ja nie zusammen, nie und nimmer die steirische Eigenständigkeit stören. Sie reden von einem möglichst kurzen Wahlkampf und führen ihn doch selbst bereits seit einem Jahr mit allen Möglichkeiten, die Ihnen Ihr öffentliches Amt gibt. Ich möchte doch etwas sagen zum Scheinargument, daß Sie den Wahlkampf verkürzen wollen. Ist das tägliche Werben und Ringen um das Vertrauen der Menschen nicht geradezu die Grundlage unseres demokratischen Gemeinwesens? Ich würde es für äußerst bedenklich halten, Herr Landeshauptmann, wenn Sie sich dazu nicht bekennen sollten. Und wenn Sie von den Kosten reden, teuer, meine Damen und Herren, wird es dann, wenn ein Landtag mit einer fünfjährigen Funktionsperiode in elf Jahren viermal neu gewählt werden muß. Das kostet Geld und auch Vertrauen. Weit über zwei Drittel, Herr Kollege Ritzinger, ich weiß nicht, mit wem Sie da geredet haben, der Steirerinnen und Steirer sind nach einer letzten Erhebung, die wir durchführen ließen, jedenfalls gegen eine Vorverlegung von Landtagswahlen zum gegenwärtigen Zeitpunkt, und ich stelle der steirischen Bevölkerung ein ausgezeichnetes politisches Denken aus. Die ständigen Vorverlegungen, zuerst ein halbes Jahr, dann ein Jahr, jetzt sind es schon zwei Jahre, diese ständigen Vorverlegungen werden vor allem von den jungen Menschen abgelehnt, und sie tragen damit höchstens dazu bei, die vielbeschworene Demokratieermüdung und Demokratieverdrossenheit gerade der Jugend zu fördern und dafür tragen Sie, meine Damen und Herren, die Verantwortung. Hohes Haus, dieser Meinung muß ja der Herr Landeshauptmann auch einmal gewesen sein, denn ich wiederhole es, Sie haben in einem Interview kurz nach Ihrem Amtsantritt wörtlich gesagt auf die Frage, ob Landtagswahlen vorverlegt werden, ich zitiere: „Legislaturperioden sind dazu da, um auszulaufen.“

Und noch am 3. August des Vorjahres meinten Sie in der „Kleinen Zeitung“: „Es ist richtig, daß in der Regierungszeit meines Vorgängers, des Landeshauptmannes Niederl, großartige Wahlergebnisse erzielt werden konnten. Die nächste Landtagswahl in der Steiermark ist vom Gesetzgeber für 1983 vorgesehen.“ Wie rasch man seine Meinung ändern kann. Meine Damen und Herren, was ist das Ziel der Österreichischen Volkspartei? Sie wollen die steirischen Sozialdemokraten durch einen Blitzwahlkampf mandatsmäßig schwächen, um in der Landesregierung endlich eine Zweidrittelmehrheit zu erringen. Diese Zweidrittelmehrheit, meine Damen und Herren, und ich sage das hier sehr bewußt auch im Hohen Haus, würde die größte Machtzusammenballung in diesem Land seit dem Jahre 1945 bedeuten. Gleichzeitig könnten Sie aber, wenn Sie nur ein bißchen dazugewinnen, und das wissen Sie ganz genau, auch einen Bundesratssitz gewinnen und damit die Arbeit, die Gesetzgebung des Parlaments und damit die Regierung Kreisky auf Bundesebene blockieren. Das sind die wahren Gründe. (Allgemeine Heiterkeit.) Das muß man Ihnen in diesem Hohen Haus in aller Deutlichkeit sagen. Das ist Ihr Wahlziel, und das sollten Sie den Menschen doch ehrlich und offen sagen. (Beifall bei der SPÖ.)

Das hat der Herr Landeshauptmann schon einmal getan. Bitte hört mir wieder ein bißchen zu! Am 25. Juni war im „Kurier“ zu lesen, bitte nachlesen, auch keine sozialistische Zeitung, unter dem Titel „Steirischer Brauch“: „Jetzt glaubt Josef Krainer II. so gut in der Wählergunst zu liegen, daß er auf dieses unberechenbare Spiel setzt. Sein Wahlziel hat er genannt, zu den 30 Mandaten will er noch zwei dazu!“ Und das ganz gleiche ist vor drei Tagen wieder im „Kurier“ gestanden, Herr Landeshauptmann, auch bis heute nicht dementiert.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß! Die Erfahrungen des letzten Jahres, in dem wir die Vorgänge innerhalb der Österreichischen Volkspartei hier in der Steiermark sehr genau beobachtet haben und einige Opfer sind ja hier im Saal, zeigen, daß es nicht gut sein kann, allzuviel Macht in einer Hand zu konzentrieren. In Ihrer Hand, Herr Landeshauptmann! Sie haben uns mit Ihrer heutigen Entscheidung herausgefordert, und Sie werden uns nicht unvorbereitet finden. Wir sind der Auffassung, daß es gerade in einer wirtschaftlich so schwierigen Zeit, Herr Kollege, besser gewesen wäre, gemeinsam weiterzuarbeiten.

Aber Sie brechen mutwillig und übermütig vorzeitig Wahlen vom Zaun. Wir werden das den Menschen draußen sagen. Wer die Zusammenarbeit in diesem Land haben will, kann nicht gleichzeitig eine weitere Machtzusammenballung in den Händen Ihrer Partei wollen. Ein hoher ÖVP-Politiker meinte, auch er sitzt im Saal, ich hoffe scherzhaft, daß es nun darum gehe, den Herrn Landeshauptmann durch das Volk salben zu lassen. Die Geschichte zeigt und lehrt, daß man sich bei einem solchen Vorhaben manchmal auch anschmieren kann. Hohes Haus, wir lehnen Ihren Antrag, diesen steirischen Landtag zwei Jahre vor der Zeit mutwillig aufzulösen, mit Entschiedenheit und überzeugt ab. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident:** Der Abgeordnete Dr. Schilcher hat sich zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Prof. Dr. Schilcher:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die letzten beiden Wortmeldungen Horvatek – Strenitz haben mir zunächst einmal gezeigt, daß man auch überziehen kann. Ich glaube, man soll keinen falschen Zungenschlag hereinholen, denn auf der einen Seite – bitte – joanneischen Geist mit Metternich zu vergleichen, wissen Sie, Herr Kollege Horvatek, Metternich hat sich nie wählen lassen. Das ist der große Unterschied. Und den Wähler um sein Vertrauen zu bitten, ist eben ganz etwas anderes, als was Sie da immer vorgaukeln wollen, und ich bitte, etwas (Abg. Dr. Horvatek: „Auf die Praxis kommt es an, Herr Kollege!“), was der Demokratiemüdigkeit genau im Gegenteil entgegensteuert. Denn die Menschen, die sagen „ja, darf ich den nur einmal in zehn Jahren entscheiden?“, sind sicher demokratiemüde. So kann man das nicht machen.

Und ein zweites. Ich kenne mich wirklich nicht aus, Günter Horvatek. Auf der einen Seite wird gesagt, zwei Drittel Mehrheit haben eine junge Umfrage, zwei Drittel Mehrheit sind dagegen und dann heißt es, „Ihr wollt die Zweidrittelmehrheit!“ Womit denn? Also entscheidet Euch einmal. Sind so zwei Drittel für Euch oder sind

die zwei Drittel für uns? Ich hätte gesagt, eine Wahl ist eine Chance, stärker zu werden, auch für den Hansl Gross, auch für Euch. Also ergreifen wir alle diese Chance und fürchtet Euch doch nicht so davor. (Beifall bei der ÖVP.) Das ist das eine.

Dann bitte, ich sage es sonst nicht, aber wenn das Opfer der Macht so oft kommt. Der Herr Kollege Ileschitz ist jetzt nicht da, aber er könnte dir Nachhilfestunden geben, er könnte dir vielleicht erzählen, was der Herr Auer oder der Herr Gmoser und so weiter über Opfer der Macht denken. Also so einseitig soll man die Dinge nicht darstellen. Ich wollte aber etwas anderes sagen.

Ich wollte sagen, daß der Herr Kollege Turek heute viel gesagt hat. Und er hat sogar eines richtig gesagt, nämlich daß es schon ein Jahr Wahlkampf gibt. Ja, und Sie haben einiges nicht richtig gesagt. Sie haben zum Beispiel gesagt, der Herr Landeshauptmann hätte sich am 4. Juli 1980 neu wählen lassen sollen. Ich glaube, das stimmt einfach nicht, weil die Leute einen Landeshauptmann, einen Landeshauptmannstellvertreter, eine neue Mannschaft ohne weiteres ein Jahr arbeiten sehen sollen. Bitte, so hat es auch ein Herr Landeshauptmann Kery gehalten. So hat es auch der Gratz gehalten. (Abg. Dr. Horvatek: „Drei Jahre wären besser gewesen!“) Nur, das habt Ihr vergessen. Der Herr Landeshauptmann Gratz hat schon nach drei Monaten seiner Regierungszeit aufgelöst. Und dann hätten Sie bitte auch einmal dem Herrn Bundesparteiohmann Ihr Mißfallen mitteilen müssen, dem damaligen Peter. (Abg. Ing. Turek: „Das ist schon zehn Jahre her. Ich habe mein Mißfallen mitgeteilt, es hat nichts geholfen!“) Eben, der hat immerhin mitgestimmt, als nach einem Jahr die Regierung aufgelöst wurde. Also tun Sie das ausgleichen! Ja und wenn bitte sehr Wahlkampf gemacht wurde, dann wurde Wahlkampf von der SPÖ gemacht. Ich habe hier vor mir Hans Gross am 2. September 1980 in allen Tageszeitungen ganz groß und ganz fesch! Ich habe hier Hans Gross am 16. Februar 1981 in allen Tageszeitungen! Ganz groß, ganz fesch!

Wir haben mittlerweile nicht weniger als vier Postwürfe erhalten von der SPÖ! Postwurf Nr. 1, Postwurf Nr. 2 – schöne Bilder, teure Bilder! Wo ist denn der Herr Strenitz? Er hat gemeint, Wahlkampf kostet Geld, Postwurf Nr. 3, Postwurf Nr. 4 – also wenn Sie glauben, daß Sie bislang keinen Wahlkampf geführt haben, dann lassen Sie sich vom Turek überzeugen, es ist so gewesen. Es ist wahlgekämpft worden, und wir glauben nur, daß es aufhören soll mit dem Stil. Und jetzt komme ich zu etwas, was eine ganz große Chuzpe ist. Und ich hätte wirklich darüber geschwiegen, wenn das nur der Herr Abgeordnete Strenitz gesagt hat, denn mittlerweile weiß ich schon, daß er gerne das Ruderleiberl über den Steireranzug zieht und hier Jusoreden hält. Aber es hat dies auch der Herr Landeshauptmannstellvertreter gesagt und daher verdient es wirklich eine Antwort. Er hat gemeint, gut wäre es doch, würden wir die Zeit dazu benützen zu arbeiten. Wirklich zu arbeiten. Zum Beispiel haben Sie gesagt, den Landesrechnungshof anzugehen. Und sehen Sie, das gehört zur größten Chuzpe, die ich je erlebt habe. Darf ich Ihnen das schildern? Am 26. November hat die ÖVP Steiermark einen Initiativantrag zur Schaffung des Landesrechnungshofes eingebracht. Wir sind

sofort herantreten und haben gefragt, kann man darüber Gespräche eröffnen. Erste Antwort der SPÖ: „Ja, es ist gar nicht sicher, ob der Name Landesrechnungshof überhaupt durchgeht.“ Daraufhin haben wir bei einem Ihnen nahestehenden Professor ein Rechtsgutachten eingeholt, ob der Name Landesrechnungshof sozusagen gesetzlich geschützt ist oder nicht. Wir haben dieses Rechtsgutachten bekommen. Daraufhin habe ich ein Schreiben an die Klubobmänner gerichtet und habe dann eine Aufforderung, unterzeichnet von Klubobmann Hans Gross und Landesrat Klauser, erhalten, er möchte in einigen juristischen Bestimmungen noch nähere Präzisierungen. Wir haben uns zusammengesetzt mit den Juristen des Landes, haben ein ausführliches Schreiben im April, soviel ich weiß am 6. April, zurückgeschickt. Dann haben wir gedacht, eine zeitlang wird es halt brauchen, bis Ihr dazu Stellung nehmt. Und dann habe ich vor Zeugen, mindestens dreimal, zuletzt beim Hearing zum Lichtspielgesetz den Herrn Klubobmann Strenitz gebeten, endlich eine Antwort darauf zu geben. Der Herr Klubobmann Turek, den ich auch ersucht habe, hat diese Antwort sofort geliefert. Das war der große Unterschied. Von Ihnen habe ich bis heute noch kein Schreiben dazu. Bis heute noch nicht.

Sie haben mir gesagt, ich habe Bundesparteitag. Man müßte einsehen, daß das nicht geht. Ich habe ein schriftlich notiertes Versprechen vom 10. Juni 1981, bis nächste Woche ist das da. Seither ist ein Monat ins Land gezogen, ich habe keine Antwort von Ihnen, Herr Strenitz.

Ich habe aber etwas Anderes gesehen. Sie haben nämlich am 2. Juni eine Pressekonferenz abgehalten mit dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Gross, wo Sie als große Forderung hinstellen einen Rechnungshof zu installieren, und es möge die ÖVP endlich darüber Verhandlungen beginnen, steht hier drinnen in der „Neuen Zeit“, nachdem wir Sie sechs Monate lang gebeten haben, diese Verhandlungen durchzuführen und das nenne ich Wahlkampf statt arbeiten, und darum müssen wir schleunigst wählen, damit wir klare Verhältnisse haben und ein Klima, wo wieder sinnvoll gearbeitet werden kann. (Beifall bei der ÖVP.)

Lassen Sie mich noch etwas sagen. Es ist heute in der Wirtschaftsdebatte, die übrigens deutlich genug gezeigt hat, daß es außergewöhnliche Situationen hier in der Steiermark gibt, außergewöhnliche Situationen, die es jederzeit rechtfertigen, einen Landtag aufzulösen, hat es sehr viel Nostalgie gegeben. Es scheint hier der Kreisky alle anzustecken, nachdem er am Bundesparteitag geschlagene zwei Stunden über die Vergangenheit geredet hat, es hat heute auch der Loidl das Jahr 1965 beschworen, auch der Turek. Es geht nicht um die Vergangenheit, es geht um die Zukunft dieses Landes, und das ist für uns der allerentscheidende Grund. Wir haben heute gesagt, wir müssen die Mürz-Mur-Furche-Straße bis 1986 fertig haben. Es ist ein mindestens so großes Problem die Weltmeisterschaft in Schladming, weil der dort vereinbarte Schlüssel 30 : 30 ist einfach gelinde gesagt, eine Belastung. Es muß der Bund gebeten werden, seine Verantwortung in der Verstaatlichten wahrzunehmen. Es muß ihm klargelegt werden, daß er etwas dazuschießen muß zum Kongreßzentrum. So geht das nicht, daß alle anderen das haben, nur wir nicht. Wir zahlen unseres allein. Und

bitte, ein ganz gewaltiger Brocken, der uns demnächst ins Haus steht, Stepantschitz hat es schon angedeutet, was wird mit den Spitälern sein? Nehmen wir einmal an, das AKH wird wirklich fertiggestellt, dann sagen die vorsichtigsten Leute acht Milliarden Schilling Betriebskosten, das räumt uns den Zusammenarbeitsfonds bis auf den letzten Groschen aus. Wir haben nicht einen Schilling für unsere Spitäler. Hier brauchen Sie einen starken Landeshauptmann, der hinausfährt und klar macht, was da los ist (Beifall bei der ÖVP.) und dazu brauchen Sie, und ich stehe zu diesem Ausdruck, einen vom Volk gesalbten, wenn Sie so wollen, einen wirklich gewählten Landeshauptmann. Und daher möchten wir diese Wahl. Und eines bitte noch. Ich bin heute daher gefahren, mit übrigens schon 50 Groschen mehr Benzin, und habe Eure Plakate gesehen und habe mir wirklich gedacht, ja fällt denen in einer so ungeheuren schwierigen Zeit nichts anderes ein als von einer schwarzen oder roten oder blauen Steiermark zu reden? Das was der Landeshauptmannstellvertreter Gross hier gesagt hat, einig und zusammenstehen, das können wir nach dem 4. Oktober am besten. Bis dahin bitte, und da muß ich mit einer Legende aufräumen, muß und kann gearbeitet werden. Niemand ist gehindert. Ich habe zwar noch nie gesehen, daß im Sommer alle Abgeordneten arbeiten, wie Sie jetzt offenbar Glauben machen wollen, daß überhaupt nur ein ungeheurer Wutausbruch an Arbeit stattfindet, denn im August weiß ich, hat es noch nie eine Sitzung gegeben, aber wenn Sie wollen; wird es den ganzen August Sitzungen geben können und auch den ganzen September, da haben wir überhaupt keine Probleme.

Dann werden wir das machen. Jeden Ausschuß, den Sie wollen, werden wir einberufen, denn bitte lesen Sie die Bundesverfassung, wenn hier heute der Geist der Bundesverfassung beschworen ist, die Buchstaben haben auch etwas zu bedeuten. Die Gesetzgebungsperiode endet nicht mit dem heutigen Tag, sondern nach Art. 10 Abs. 5 der Landesverfassung dauert die Gesetzgebungsperiode bis zum Zusammentritt des neu gewählten Landtages. Bis dahin ist alles an Arbeit möglich. Und wirklich geschieht eines. Wir machen einen kurzen und äußerst billigen Wahlkampf, und Sie ersparen sich auch viel Geld, Herr Horvatek, und hören auf mit den vielen, vielen Postwürfen und Inseraten bis zum Jahre 1983 und haben dann klare Verhältnisse. (Abg. Dr. Horvatek: „1983“ - Abg. Zinkanell: „Dann ist wieder eine neue Meinungsumfrage, dann gibt es 1983 wieder Neuwahlen!“) Nein, wenn wir nicht auflösen würden, Herr Horvatek. Und dann können wir ruhig darüber reden, ob wir nicht eine Zweidrittel-Sperrklausel machen, aber bitte, auch wenn es der Bund tut. Einseitig ist das sinnlos. Ich meine daher, verbreiten Sie nicht falsche Zungenschläge, informieren Sie das Volk, wie es sich gehört. Wir wollen einen kurzen billigen Wahlkampf und mit der Arbeit am 18. Oktober spätestens wieder beginnen. Danke. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Bitte, zur tatsächlichen Berichtigung, Herr Abgeordneter Dr. Strenitz.

**Abg. Dr. Strenitz:** Was die Gespräche um den Rechnungshof betrifft oder um die zu führenden oder nicht geführten Verhandlungen hat Kollege Schilcher hier nur die halben Tatsachen angeführt. Ich habe in

diesen Gesprächen namens meiner Fraktion zum Ausdruck gebracht, daß Rechnungshof, Verfassung und Geschäftsordnung für uns eine Einheit sind und nur als Paket behandelt werden können und das aus gutem Grund, weil in die Verfassung unter anderem auch die Zweidrittel-Sperrklausel für eine vorzeitige Auflösung des Steiermärkischen Landtages hätte aufgenommen werden sollen und in die Geschäftsordnung vor allem die Kontroll- und Minderheitsrechte jener Parteien, die im Steiermärkischen Landtag nicht die Mehrheit stellen. Es kam aber nicht zu diesen Gesprächen, und wir wissen inzwischen auch warum. Aus gutem Grund, weil Sie von einer solchen Zweidrittel-Sperrklausel für die vorzeitige Auflösung des Landtages eben nichts wissen wollten. Sie gehen aber fehl in der Annahme, daß wir jetzt zustimmen würden, den Rechnungshof allein beschließen zu lassen. Wenn, dann nur alle diese Materien gemeinsam. Darum und um nichts anderes ist es gegangen und darum kam es auch nicht zu diesen Gesprächen. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident:** Der Herr Landeshauptmann hat das Wort.

**Landeshauptmann Dr. Krainer:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist ein langer Landtagssitzungstag geworden, so wie das eigentlich den Themen entspricht, die heute hier diskutiert wurden. Da finde ich es gar nicht traurig, Herr Kollege Strenitz, daß eine Sitzung einmal nicht stattfand, weil Sie das so wollten und wir dem gerne zugestimmt haben, weil wir der Meinung waren, wenn Sie einen Bundesparteitag hier in Graz haben und daher wirklich wirken wollen, daß wir großzügig und verständig genug sind, Ihnen das zu ermöglichen. (Landesrat Dr. Klausner: „Sie haben die Termine verschieben wollen, nicht wir, Herr Landeshauptmann!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte Ihnen gerne noch etwas sagen. Ich halte mich an Ihren Parteivorsitzenden Hans Gross und nicht an Sie, lieber Herr Kollege, auch nicht in der heutigen Argumentation. Denn ich bin sehr beeindruckt gewesen und habe daher auch für den letzten Teil der Ausführungen des Herrn Landeshauptmannstellvertreters bei seiner ersten Rede deutlich sichtbar für alle in diesem Hohen Haus applaudiert. Ich bin sehr der Meinung, daß wir in diesen schwierigen Zeiten – das habe ich schon in meiner Antwort auf die dringliche Anfrage gesagt – alles tun müssen, um – sehen Sie sich das an, dann wundern Sie sich nicht – miteinander für dieses Land zu arbeiten. Und es hat mich außerordentlich beeindruckt, daß der Landeshauptmannstellvertreter Gross gesagt hat, „und Sie finden uns jederzeit an Ihrer Seite, wenn es um die Fragen der Arbeitsplatzsicherung dieses Landes geht“. Ich ziehe nicht die gleichen Schlußfolgerungen wie Ihr Parteiobmann in der Frage der Landtagsauflösung. Ich ziehe andere, ich respektiere sie, ich möchte das ausdrücklich sagen. Ich respektiere auch die des Herrn Kollegen Turek und sie werden schon Ihre Gründe haben. Es ist nur nicht meine Sache, darüber zu befinden, sondern wirklich Ihre, ob Sie sich auch selber sehr viel Gutes tun, damit, daß Sie offenkundig auch Ihren Wählern, denn die anderen werden ja nicht unbedingt auf Sie hören, sagen, wie unnötig diese Wahl im Herbst ist. Das ist wirklich auch Ihnen anheim gegeben, wie jeder

eben die Verantwortung in diesem Lande zu tragen hat, für das, was er an Überzeugung bekannt gibt. Ich möchte Ihnen, weil mich der Abgeordnete Dr. Horvatek angesprochen hat, der vermutlich dienstlich weg mußte – so wie ich früher kurz –, und ich vermute, daß er, nachdem er seine Tasche genommen hat, am Ende gar nicht mehr zurückkommen kann, aber vielleicht ist er doch irgendwo im Hause und auch dem Herrn Dr. Horvatek, den ich sehr respektiere, gerne eine Antwort auf seine Frage geben, warum wir zu diesem Entschluß gekommen sind. Meine Damen und Herren, wahrscheinlich stimmen mir viel mehr im stillen Kämmerlein auch zu in dieser Überzeugung, als das heute hier zum Ausdruck gekommen ist. Ich bin ein Anhänger jener These, die ich ausgesprochen habe nach meiner einstimmigen Wahl im vorigen Jahr. Ich habe oft auch meinen Dank ausgesprochen für diese einstimmige Wahl und für dieses einstimmige Vertrauen. Und ich würde es nie und niemals mißbrauchen, das wissen Sie auch. Nie mißbrauchen! Aber ich sage Ihnen, es ist vor allem meine Verantwortung als Landeshauptmann dieses Landes, mit Ihnen und der Mehrheit des Hauses zusammen – und so sieht unsere Landesverfassung nun einmal aus. (Abg. Hammer: „Was ist die Vorverlegung des Wahltermines?“)

Sie haben eine andere Meinung zu der Frage und ich auch, und damit hat es sich, Herr Kollege! Ich weiß, daß Sie das nicht gerne hören! Das ist keine demokratische Gesinnung. Ich habe Ihnen auch zugehört und höre Ihnen oft gerne zu, nicht immer! Ich möchte das ausdrücklich sagen. Und wir sollten einander gut zuhören. Das ist die Voraussetzung in der Demokratie! Und wir sollten, wenn wir anderer Meinung sind, auch die andere Meinung respektieren. Und wir sind in dieser Frage anderer Meinung als Sie und anderer Meinung als die freiheitliche Fraktion. Ich weiß, daß ich Sie nicht überzeugen kann, obwohl ich überzeugt bin, daß sehr viele, wenn sie darüber nachdenken, im stillen Kämmerlein meine Meinung teilen. Ich sage Ihnen warum! Weil Ihnen allen genau so klar ist wie uns, daß das, was auf uns zukommt, was wir in der Debatte des heutigen Vormittags miteinander diskutiert haben, eine sehr, sehr schwierige Lage sein wird. Genau das, was auch Hans Gross in seiner Rede gesagt hat, Sie haben es sogar monatelang plakatiert, die schwierigen achtziger Jahre. Und da gibt es keine Rederei. Da gibt es nur Redlichkeit, nur Anständigkeit, nur Verantwortungsbewußtsein den Menschen dieses Landes gegenüber, wenn wir das alle ernst meinen. Und meine Herren, der Herr Abgeordnete Dr. Schilcher hat es in seiner pikant interessanten Formulierung angesprochen. Jeden Tag bis zum Wahltag, bis zur Einberufung des neuen Landtages kann dieses Hohe Haus zusammengerufen werden. Keine Hypokrise! Jedes Mal, wenn Sie es für notwendig halten, werden wir dort, wo wir die Mehrheit in den Ausschüssen haben, sie selbstverständlich einberufen, weil wir sie permanent erklärt haben. Und meine sehr geehrten Damen und Herren, ich füge noch hinzu, was schon einmal gesagt wurde heute. Bis auf ein einziges Mal, und da haben alle mitgestimmt bei dieser Permanenzerklärung des TKV-Untersuchungsausschusses, hat noch nie, so lange der Herr Präsident Koren dieses Amt inne hat, ich habe ihn auch gefragt, jedenfalls auch nicht so lange ich hier in diesem Hohen Hause tätig bin, eine Sitzung im Sommer stattgefunden

den. Niemand hat diesen Wunsch geäußert. Und ich sage es ganz unzynisch, auch diese ganz wichtige Frage, die wir heute in der Dringlichen diskutiert haben, hätte gar nicht diskutiert werden können, wenn wir uns sozusagen nicht heute hier zusammengefunden hätten nach den Gepflogenheiten. Nach den Gepflogenheiten des Hohen Hauses! Sie hätte formell und theoretisch stattfinden können. Aber bisher hat es das nie gegeben. Man soll also nicht so tun. Reden wir so, wie wir denken, ich akzeptiere das, ich respektiere Ihre Meinung selbstverständlich. Aber erzählen wir den Leuten nicht Geschichten, die mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmen. Das nämlich macht die Demokratie! (Abg. Kohlhammer: „Das ist unser ernstes Anliegen!“) Dann bitte verlangen Sie, Herr Abgeordneter Kohlhammer, noch dazu aus meinem Wahlkreis, wenn Sie es für notwendig halten, eine solche Sitzung. (Abg. Hammer: „Das hängt vom Stil ab!“)

Aber ich bitte Sie! Jetzt wollen Sie – und damit bin ich beim zweiten Punkt meiner Antwort an den Abgeordneten Dr. Horvatek –, jetzt wollen Sie mir sagen, daß ein dreiwöchiger Ablauf von Wahlwerbung, wie der Stepantschitz formuliert hat, daß Klima mehr vergiftet als ein zweijähriger Dauerwahlkampf, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich werde Ihnen etwas sagen. Wir haben dem Herrn Bundeskanzler Kreisky, als er sich in Graz aufgehalten hat über Ihre Einladung zum Bundesparteitag der SPÖ, sehr gut über die Medien zugehört und zugeschaut, weil er immer Interessantes zu sagen weiß, auch wenn wir nicht in allen Fragen und in vielen wichtigen nicht mit ihm übereinstimmen. Ich sage Ihnen auch ganz ehrlich, ich nehme auch Ihren Bundesparteivorsitzenden in der Frage der Vorverlegung der Nationalratswahlen ernster als seinen zeitweiligen Stellvertreter, als er krank war. Sie wissen, was damit gemeint ist. Ich finde es im übrigen gar nicht sehr fair, daß man während der Krankheit des Bundesparteiobermannes Erklärungen abgibt, die mit seinen nicht übereingestimmt haben. Aber das ist wirklich auch eine Sache Ihrer sozialistischen Partei. Wie das Herr Vizekanzler Sinowatz und wie das Herr Abgeordneter Blecha verantworten, ist wirklich ihre Sache. Ich weiß nur eines, daß hier in diesem Hohen Hause, als wir gesagt haben im Jahre 1978, es werde zu einer Vorverlegung der Nationalratswahlen kommen, weil wir das aus Wien gehört haben, sehr prominente Herren Ihrer Partei – Sie können es in den Protokollen nachlesen – gesagt haben, es sei keine Rede davon. Und die haben recht gehabt. Sie sind vorverlegt worden. Und genauso, sage ich Ihnen, wird es wieder sein. Einen Fall ausgenommen, das habe ich in der Pressekonferenz dargestellt, und ich möchte darüber nicht länger reden – eine Frage ausgenommen! Ich sage Ihnen das ganz schlicht und einfach. (Abg. Kohlhammer: „Was hat das mit dem Herbsttermin zu tun?“) Wir werden dann fünf ganze Jahre zur Verfügung haben. Selbstverständlich. Und ich sage Ihnen noch etwas, und das habe ich schon dem Herrn Kollegen Gross in einer Parteienverhandlung gesagt und das habe ich dem Herrn Abgeordneten Turek zusammen mit Bürgermeister Götz in einer Parteienverhandlung gesagt, mit Ihnen ist Stingl gekommen über Ihren Wunsch, meine Herren, jederzeit schriftlich von mir eine Zustimmung zu einer Sperrklausel, zweidrittel, hinsichtlich vorverlegter Landtagswahlen, wenn garantiert ist, daß

nicht im selben Jahr Nationalrats- und Landtagswahlen zusammenfallen. Ich halte es wirklich mit der Überzeugung, daß wir uns alle miteinander nichts Gutes tun, wenn wir uns auch als steirischer Landtag empfinden, wenn wir unsere eigenen Probleme haben, wenn wir unsere eigenen Konzepte haben. Wir haben das Modell Steiermark vorgelegt, in einer großartigen Arbeit bestqualifizierter Leute, Sie arbeiten an Ihren Alternativen, die Freiheitlichen haben eine Programmarbeit, wenn wir uns auf diese Fragen konzentrieren und – auf die Persönlichkeiten, die natürlich, und ich gehöre dazu, gerne, auch in dieser Funktion, das Vertrauen des Volkes haben möchten, um das ich wirklich bitte, jeden einzelnen Steirer und jede einzelne Steirerin, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Lassen Sie mich ein abschließendes Wort sagen, und es ist ein Zitat eines bedeutenden deutschen Publizisten, des Chefredakteurs Theo Sommer, von der „Hamburger Zeit“, der, wie Sie ja alle, die meisten von Ihnen wissen werden, lange, lange Jahre dem heutigen deutschen Bundeskanzler publizistisch gedient hat. Er hat 1980 unter dem Titel „Gefahren eines Wahlkampfes“ folgendes geschrieben: „Die Parteipropagandisten setzen nicht selten auf die Ängste der Wähler, anstatt deren Hoffnungen zu aktivieren. Ein Sommerschlußverkauf für alte Hüte beleidigt nicht nur die Intelligenz der Wähler. Es manifestiert sich darin auch eine sträfliche Pflichtvergessenheit angesichts der vielfältigen wichtigen Probleme, die uns bedrängen. Politik der Diffamierung zerfrißt die Demokratie, und nach den Lehrbüchern der Politologie sollen Wahlkämpfe die Demokratie stärken.“ Das war das Zitat des Chefredakteurs Theo Sommer. Ich bin überzeugt, daß wir alle dazu beitragen müssen, daß unser steirischer Wahlkampf, diese Wahlwerbung, wie es Stepantschitz genannt hat, unsere steirische Demokratie nicht schwächt. Wir werden, das haben wir in den Vereinbarungen mit den anderen Parteien ausgesprochen, ein Fairnessabkommen schließen, aber nicht nur ein Abkommen, wir werden uns auch daran halten. Gesunde sportliche Härte, unterschiedliche Standpunkte, sind nicht ausgeschlossen, das wissen wir sehr genau und Sie auch. Das ist auch steirisch und das gehört auch in dieses sogenannte Klima. Meine Damen und Herren, das sind wir den Alten in diesem Land schuldig, die dieses Land aufgebaut haben, unsere Väter und unsere Mütter, und das sind wir den Jungen in diesem Land schuldig, die sich schwer genug tun mit der Demokratie und mit dem, was oft und oft unter Demokratie verstanden wird, und das sind wir vor allem unserer Selbstachtung, meine Damen und Herren, hier in diesem Hohen Hause und auf dieser Regierungsbank schuldig, denn es ist schon gesagt worden, wir wollen uns am 4. Oktober am Abend so wie bis dorthin in die Augen schauen können und erst recht am 5. Oktober. Und in dieser Gesinnung danke ich Ihnen allen sehr für Ihre Arbeit, die wir nach der Wahl mit ganzer steirischer Kraft fortsetzen wollen. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht mehr vor. Wir stimmen über den Antrag des Herrn

Berichterstatters ab. Ich ersuche die Abgeordneten, die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben.

Der Antrag ist angenommen.

Meine Damen und Herren!

Nun ist es Zeit, daß ich Ihnen die in der letzten Sitzung versprochenen Ferienwünsche ausspreche. Ich möchte sie nicht in eine umständliche Schlußrede verpacken. Ich habe weder die Absicht noch das Recht, Ihnen gutgemeinte Ratschläge zu erteilen. Aber ich habe das Recht und Grund, besorgt zu sein, daß in den

zu erwartenden Auseinandersetzungen Töne angeschlagen werden, deren Nachhall der Fortsetzung einer bisher erfolgreichen und weiterhin dringend notwendigen Zusammenarbeit nicht förderlich wäre.

Vom ganzen Herzen wünsche ich jedem einzelnen Mitglied des Hohen Hauses erholsame Wochen. Die steirische Almluft möge Ihre Nerven stärken.

Ich wünsche einen guten Sommer und bitte Sie, noch einen Augenblick im Saal zu bleiben wegen der fotografischen Aufnahme. Ich schließe die Sitzung.

Ende der Sitzung: 15.30 Uhr.